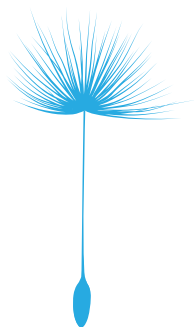


Harald Mahrer (Hrsg.)

Freiheit.
Verantwortung.
Solidarität.
Chancengerechtigkeit.
Ehrlichkeit.



Wir sind dafür.

edition noir

JULIUS RAAB STIFTUNG

Harald Mahrer (Hrsg.)

Ehrlichkeit.

Wir sind dafür.

JULIUS RAAB STIFTUNG

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

2012 Verlag noir, Wien
Verlag noir, 1120 Wien, Tivoligasse 73
www.verlagnoir.at

Herausgeber: Julius Raab Stiftung
Grafik und Satz: Gull + Company GmbH, dggd – Doris grussmann graphic design
Lektorat: Dr. Arnold Klaffenböck
Druck: AV+Astoria Druckzentrum GmbH
Printed in Austria

ISBN 978-3-9503255-7-7



Vorwort – Für mehr Ehrlichkeit

Harald Mahrer

Seite 9

Tugend und Notwendigkeit

Michael Spindelegger

Seite 13

Ehrlichkeit bedeutet Mut zur Wahrheit

Christoph Leitl

Seite 21

Über Ehrlichkeit und Demokratie

Karlheinz Kopf

Seite 29

Ehrlichkeit ist keine Einbahnstraße

Markus Schindler

Seite 35

Ehrlich gesagt ...

Eva Weissenberger

Seite 47



Immer ehrlich sein!

Rudolf Bretschneider

Seite 55

Die Herrlichkeit der Politik

Norbert Schnedl

Seite 67

Die Vertrauenskrise

Heinrich Schaller

Seite 77

Ehrlich besser – besser ehrlich

Thomas Uher

Seite 85

Die Transparenz der Macht

Harald Katzmair

Seite 95

Im Dialog ehrlich bleiben

Thomas Goiser im Gespräch mit Herbert Krejci

Seite 101



Ehrlich zu sich selbst – und Sieger geblieben

Thomas Goiser im Gespräch mit Fritz Molden

Seite 107

**Festrede zum
120. Geburtstag von Julius Raab**

Karl Korinek

Seite 113

Autorenporträts und Interviewpartner

Seite 125



Vorwort – Für mehr Ehrlichkeit

„Jeder ehrliche Mensch wählt lieber den Verlust seiner Ehre als den Verlust seines reinen Gewissens“. Michel de Montaigne

„Ehrlichkeit und Politik“ ist ein Dauerbrenner der öffentlichen Debatte, dem die Korruptionsaffären der jüngsten Vergangenheit noch kräftig Zündstoff zugeführt haben. Wie ehrlich muss Politik sein? Wie ehrlich kann sie überhaupt sein? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des vorliegenden Essay-Bandes der Julius Raab Stiftung zum Wert der Ehrlichkeit.

Dass Ehrlichkeit Konsequenz, aber auch Differenzierung erfordert, steht außer Frage: Denn Politik und Wähler eint vielfach eines – die Angst vor unangenehmen Wahrheiten. Die Bürger gehen ihnen aus dem Weg, weil sie mit spürbaren Konsequenzen verbunden sind (z. B. notwendige Pensionsreformen). Die Politiker meiden sie, weil sie davon ausgehen, von den Bürgern bei den nächsten Wahlen abgestraft zu werden, wenn sie unangenehme Wahrheiten zum Thema machen. Stattdessen verteilt man lieber ein Wahlzuckerl nach dem anderen – und das selbstverständlich auf Pump.

Österreich braucht eine neue Kultur der Ehrlichkeit. Und das nicht nur aus ethischen, sondern auch aus rein pragmatischen Gründen: Mehr Ehrlichkeit in der Politik ist ganz wesentlich, um die Problemlösungsfähigkeit der Politik zu erhöhen. Denn Ehrlichkeit in der Politik heißt, dass Probleme rechtzeitig thematisiert werden – dann, wenn ihre Lösung meist auch finanziell noch vergleichsweise günstig kommt. Eine ehrlichere

politische Kultur reduziert auch den Politikverdross und das Desinteresse, die sich in immer mehr Bevölkerungsschichten gegenüber der Politik ausbreiten. Ehrlichkeit macht Politik berechenbar und ist Grundlage für eine neue politische Beteiligungskultur. Denn sie schafft, was heute fehlt: Vertrauen in die Politik.

Es sind hochkarätige Autorinnen und Autoren, die sich mit den politischen und gesellschaftlichen Dimensionen von mehr Ehrlichkeit auseinandersetzen. Michael Spindelegger beschreibt seinen persönlichen Zugang zum Wert der Ehrlichkeit und dazu, wie er politisch gelebt werden muss. Christoph Leitl plädiert dafür, sich Unehrllichkeit nicht länger gefallen zu lassen und zeigt auf, mit welchen Unehrllichkeiten die Unternehmen heute konfrontiert sind. Karlheinz Kopf diskutiert den Wert der Ehrlichkeit vor dem Hintergrund der notwendigen Demokratieform, die auch Markus Schindler mit Blick auf das Wahlrecht einfordert. Eva Weissenberger erklärt, warum Politik und Medien von einer Kultur der Unehrllichkeit geprägt sind und was sich dagegen tun lässt. Rudolf Bretschneider hält einen Politikermonolog über Ehrlichkeit und Lüge. Norbert Schnedl präsentiert kleine, aber wichtige Schritte für mehr Ehrlichkeit. Mit dem Wiedererringen von Vertrauen für den Finanzsektor und einer zeitgemäßen Kultur der Ehrlichkeit beschäftigen sich Heinrich Schaller und Thomas Uher in ihren Beiträgen. Harald Katzmaier plädiert für einen transparenten Umgang mit den Netzwerken der Macht. In Interviews von Thomas Goiser erläutern Herbert Krejci und Otto Molden ihre Erfahrungen mit Ehrlichkeit in Österreich. Und in seiner Würdigung von Julius Raab anlässlich dessen 120. Geburtstags macht Karl Korinek im historischen Rückblick deutlich, warum Ehrlichkeit im politischen Handeln zum Erfolg führt.

Wir sind davon überzeugt: Es zahlt sich aus für Politik und Gesellschaft, Unehrlichkeit nicht nur zu kritisieren, sondern auch Orientierungen und Leitlinien für zukunftsorientierte Ehrlichkeit außer Streit zu stellen. Der vorliegende Essay-Band liefert dafür eine fundierte und jedenfalls ehrlich gemeinte Basis.

Dr. Harald Mahrer
Präsident der Julius Raab Stiftung

Tugend und Notwendigkeit

Über Ehrlichkeit in der Politik und die Bedeutung einer offenen Diskussionskultur

Michael Spindelegger

Ehrlichkeit ist ein wesentlicher Grundwert, der bei meinem privaten und politischen Handeln immer im Zentrum steht und den ich eng mit unserer Volkspartei verbinde. Denn die Volkspartei ist eine wertebewusste Partei mit Werten auf der Höhe der Zeit. Ehrlichkeit ist so ein Wert auf der Höhe der Zeit. Sie bildet die Basis für die Verantwortung, auf der wir die Zukunft unserer Heimat Österreich gestalten und weiterentwickeln wollen. Ehrlichkeit ist deshalb nicht nur eine Tugend und ein Grundwert, sondern absolute politische Notwendigkeit. Denn gerade Politiker haben in ihrer Funktion die Aufgabe, über ihren unmittelbaren Wirkungskreis hinaus zu gestalten und den Menschen voranzugehen. Nur den Ehrlichen wird man auf Dauer auch folgen.

Der Begriff der Ehrlichkeit beinhaltet für mich die Redlichkeit, den Anstand und die Aufrichtigkeit im Umgang mit den Menschen, die notwendig sind, um Vertrauen aufzubauen. Denn Vertrauen ist das höchste Gut in der Politik. Die Wahrheit zu sagen und nicht zu lügen sind Werte, die wir bereits unseren Kindern beibringen, und die selbstverständlich sind. Als Politiker ist es unsere Aufgabe, die Menschen über unsere Arbeit zu informieren. Entscheidungen müssen nach bestem Wissen und Gewissen und immer zum Wohl der Menschen getätigt und auch begründet werden. Niemals darf der eigene Vorteil im Vordergrund stehen. Denn wer in die Politik geht, muss für die Menschen und das Land etwas bewegen wollen und nicht in die eigene Tasche wirtschaften. Nur so wird die Politik auf Dauer das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen können.

Ehrlichkeit heißt auch Offenheit, den Menschen die Wahrheit über politische Entscheidungen zuzutrauen und Maßnahmen

zu setzen, weil sie notwendig sind. Politisches Handeln, das sich einfach nach der aktuellen Stimmung und populären Meinungen ausrichtet, greift zu kurz. Entscheidungen im Hier und Jetzt haben immer auch Auswirkungen auf das Morgen und Übermorgen. Das verlangt Weitsicht und Verantwortungsbewusstsein von den Entscheidungsträgern.

Redlichkeit und Anstand

Ein offener politischer Diskurs und gute, zukunftgestaltende Politik sind nur dann möglich, wenn die Bevölkerung der Politik vertraut. Dafür braucht es redliche und anständige Politiker. Mit dem von der Bundesregierung im Frühjahr 2012 beschlossenen Sauberkeitspaket haben wir deshalb für die notwendige Transparenz und Offenheit in der Politik gesorgt. Wir haben nicht nur strengere Korruptionsbestimmungen und umfassende Offenlegungspflichten für Politikerinnen und Politiker durchgesetzt, sondern auch gläserne Parteikassen eingeführt. Mit dem Sauberkeitspaket haben wir die richtigen Antworten auf die Verfehlungen der Vergangenheit gegeben und einen wesentlichen Schritt gesetzt, um das Vertrauen der Menschen in die Politik zurückzugewinnen.

Als Parteioobmann der Österreichischen Volkspartei bin ich darüber hinaus konsequent einen Schritt weitergegangen. Denn Anstand, Ehrlichkeit und Sauberkeit sind Werte, die gerade in unserer Volkspartei Tradition haben. Deshalb habe ich veranlasst, dass wir uns in der Volkspartei selbst einen Verhaltenskodex geben. Damit geben wir unseren Funktionärinnen und Funktionären einen Leitfaden für die tagtägliche politische Arbeit in die Hand, der auch Sicherheit in Graubereichen verleiht, die das Gesetz nicht regeln kann. Der Kodex versteht sich als Hilfswerk und Richtschnur, die die Arbeit im Alltag erleichtern sollen. Als Unterstützung bei der praktischen Auslegung des Kodex und für die Durchführung eines Verfahrens wurde ein Ethikrat eingerichtet. Dieser hat darüber hinaus einmal im Jahr einen Bericht an den Bundesparteivorstand über die Anwendung des Verhaltenskodex abzuliefern. Auch die anderen Parteien sind gefordert, sich zu Anstand und Ehrlichkeit

zu bekennen. Denn nichts braucht die Politik mehr als das Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Ehrlichkeit im Umgang mit Steuergeld

Ein ehrlicher Umgang mit den Menschen verlangt auch einen ehrlichen Umgang mit ihrem Steuergeld. In Österreich tragen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mit bis zu 50 Prozent ihres hart erarbeiteten Einkommens zur Erhaltung des Gemeinwohls bei. Das ist keine Selbstverständlichkeit und Neiddebatten sind daher völlig fehl am Platz. Erarbeiten muss immer vor Verteilen kommen, und die Tatkraft und der Fleiß der Menschen verdienen unsere Anerkennung.

Deshalb setzt sich die Volkspartei dafür ein, dass die Menschen mehr Mitbestimmungsrechte erhalten, was die Verwendung ihrer Steuern angeht. In einem ersten Schritt werden heuer erstmals die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler informiert, wohin ihr Steuereuro fließt. Denn wer einen Beitrag leistet, hat auch ein Recht, zu erfahren, wofür sein Beitrag verwendet wird. In einem zweiten Schritt wollen wir, dass die hart arbeitenden Bürgerinnen und Bürger zehn Prozent ihrer Einkommenssteuer zweckwidmen können. Damit kann jede und jeder Einzelne einen individuellen Schwerpunkt setzen und erhält so ein Mitspracherecht, wofür die Republik das Steuergeld ausgibt.

Tatkraft und Fleiß anerkennen

Ehrlichkeit verlangt von uns auch, jene zu entlarven, die sich Gerechtigkeit auf die Fahnen schreiben, aber nur Neid und Missgunst säen. Ich verwehre mich dagegen, dass einzelne Gruppen in unserem Land gegeneinander ausgespielt werden und der gesellschaftliche Zusammenhalt zunichtegemacht wird. Im Ergebnis führt das zu einer Gesellschaft, die wir weder heute für uns wollen, noch unseren Kindern und künftigen Generationen wünschen. In kaum einem anderen Thema sieht man die unterschiedlichen Zugänge der verschiedenen Parteien deutlicher als in der Frage, wel-

che Wertschätzung wir der Tatkraft und dem Fleiß der Menschen entgegenbringen. Die ÖVP steht klar auf der Seite derjenigen, die Hand anlegen, anstatt die Hand nur aufzuhalten.

Umverteilung ist keine Frage der Gerechtigkeit, sondern eine Frage des sozialen Zusammenhalts. Unsere Gesellschaft und unser Wohlstand können nur dann gedeihen, wenn der Tatkraft und dem Fleiß der Menschen Vorrang vor staatlicher Umverteilung gegeben wird. Wer die Tatkraft und den Fleiß der Menschen in Österreich schlechtmacht, untergräbt die Grundlage, auf der unser Wohlstand und unser Sozialstaat gebaut sind. Deshalb wollen wir, dass sich Anstrengung und Tatkraft lohnen, und das nicht nur im materiellen Sinn: Es geht darum, dass wir in unserer Gesellschaft als Ganzes diesen Werten wieder mehr Bedeutung geben. Nur auf dieser gemeinsamen Basis werden wir langfristig wettbewerbsfähig bleiben und unseren Bürgerinnen und Bürgern jenes Österreich bieten können, das sie sich wünschen.

Österreich langfristig sichern

Österreich steht heute im internationalen Vergleich gut da. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote in der gesamten Europäischen Union, eine der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeitsquoten und auch was unser Wirtschaftswachstum betrifft, nehmen wir eine hervorragende Position ein. Wir haben eines der besten Gesundheitssysteme, ein ausgezeichnetes Bildungssystem und ein soziales Netz für jene, die es nicht aus eigener Kraft schaffen können, die international ihresgleichen suchen. Mit einem Wort, Österreich ist ein Land, in dem man gut leben kann. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille.

Wir stehen heute auch vor großen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, denen wir begegnen müssen. Denn wir haben in den vergangenen Jahrzehnten über unsere Verhältnisse gelebt. Wir haben einen riesigen Schuldenberg von über 220 Milliarden Euro angehäuft, der bereits 74 Prozent unserer Wirtschaftsleistung ausmacht. Acht Milliarden geben wir

jedes Jahr für diesen Schuldendienst aus. Das ist mehr, als wir für Bildung ausgeben. Hätten wir nicht die Notbremse gezogen, würden wir 2016 die Hälfte des Bundeshaushalts für die ÖBB, Pensionen und Zinsen ausgeben. Das sind keine Investitionen in die Zukunft, sondern Geld für den Erhalt eines Systems, das Wachstum bremst und verhindert. So ein System hat keine Zukunft.

Weil wir nicht wollen, dass unsere Kinder diesen riesigen Schuldenberg mit auf den Lebensweg bekommen, müssen wir den Menschen offen sagen: So können wir nicht weitermachen, das ist nicht nachhaltig. Wer die Zukunft auf Schulden baut, baut auf Sand. Deshalb haben wir im Frühjahr 2012 ein Reformpaket durchgesetzt, mit dem wir konsequent die großen Kostentreiber dieser Republik angehen und Österreich langfristig auf gesunde Beine stellen.

Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass jene Maßnahmen, die wir mit dem Reformpaket beschlossen haben, für niemanden leicht sind, und sicher ist es nicht populär, den Menschen zu sagen, dass unser Land sparen muss. Doch dieser Schritt war unbedingt notwendig. Damit wir wieder Luft zum Atmen und die Hände frei bekommen, um Österreich wieder stark zu machen. Den Menschen die Wahrheit zu sagen ist der ehrliche Weg, und ich bin überzeugt, es ist der richtige Weg.

Europa langfristig sichern

Ein zweites großes Projekt sind die Europäische Union und unsere Währung, der Euro. Für mich ist klar, dass unsere Zukunft in Europa liegen muss. Die Österreichische Volkspartei ist die Europapartei in Österreich. Wir stehen zu Europa und zur europäischen Einigung. Sie garantiert uns langfristige Stabilität, sie fördert Wachstum, bringt Wohlstand und sichert den Frieden. Diese Errungenschaften müssen wir bewahren, weiterentwickeln und an künftige Generationen weitergeben. Gerade Österreich profitiert von den vielfältigen Möglichkeiten und Chancen, die uns die EU bietet. Wie kaum ein anderes Land haben wir durch die Öffnung

der Grenzen unsere wirtschaftliche Position stärken können und auch im Alltag nutzen wir die Chancen, die uns dieses Europa bietet, wie etwa die Reisefreiheit und die Möglichkeit, in anderen Ländern zu studieren, zu leben und zu arbeiten.

Ehrlich zu sein heißt aber auch, die Fakten auf den Tisch zu legen und zu sagen, was das Ende des Euros bedeuten würde. Erst kürzlich hat das Wirtschaftsforschungsinstitut vorgerechnet, was uns ein Euro-Ausstieg der Schuldenländer kosten würde. Laut den Berechnungen würde unsere heimische Wirtschaft in den Jahren 2013 und 2014 um insgesamt 43 Mrd. Euro schrumpfen und mehr als 100.000 Arbeitsplätze verloren gehen. Das ist ein Szenario, das wir nicht zulassen werden.

Deshalb muss Zusammenhalt auch im europäischen Kontext einen Stellenwert haben und darum ist auch ein Rettungsschirm notwendig. Selbstverständlich müssen die betroffenen Staaten massive Reformen umsetzen. Nach dem Gießkannenprinzip Geld zu verteilen, ohne dass sich an der wirtschaftlichen und finanziellen Struktur dieser Länder etwas ändert, ist nicht sinnvoll. Wir müssen uns bewusst sein, dass es nicht nur um die Schuldenländer, sondern um die Zukunft des Euros, unserer Währung, und die Stabilität des gesamten EU-Wirtschaftsraumes geht. Wir müssen jetzt entschieden handeln, damit Europa wieder stark wird und Österreich in Europa seine Zukunft finden kann. Für diese Vision wollen wir die Verantwortung übernehmen.

Offene Diskussionskultur

Ehrlich Politik zu machen bedeutet auch, eine seriöse, verantwortungsbewusste und offene politische Diskussionskultur zu betreiben. Gerade vor dem Hintergrund unserer Bestrebungen, die direkte Demokratie in Österreich weiter zu verstärken, müssen wir diese Offenheit im politischen Diskurs vehementer denn je verlangen.

Die aktuelle Debatte zur Frage der Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht in Österreich macht diesen Punkt sehr deutlich. Unabhängig vom Ausgang dieser ersten Volksbefragung in Österreich ist es ganz wesentlich, im Vorfeld eine konstruktive und offene Debatte zu führen. Denn es geht um die Zukunft der Sicherheit in Österreich. Sowohl um unsere Sicherheit im Sinne einer umfassenden Landesverteidigung, eines flächendeckenden Katastrophenschutzes, als auch um die soziale Sicherheit in unserem Land in der Form des Zivildienstes. Wer hier Argumente verdrängt und den Menschen aus Parteiläson Sand in die Augen zu streuen versucht, macht keine ehrliche Politik und erweist seinem Land keinen guten Dienst. Denn es kann nicht sein, dass von den Bürgerinnen und Bürgern Entscheidungen auf Basis falscher oder unzureichender Informationen verlangt werden. Konzepte, die zur Abstimmung gebracht oder einer Befragung unterzogen werden, dürfen nicht hingerechnet oder schöngeschrieben sein. Wir fühlen uns einer ehrlichen Informationspolitik verpflichtet.

Richten wir den Blick nach vorne

Politik zu machen heißt, die Zukunft in die Hand zu nehmen, zu gestalten und unsere Heimat weiterzubringen, mit dem Ziel, dass jede Generation der nächsten ein besseres Österreich übergibt. Das wird auf Dauer nur dann gehen, wenn die Menschen der Politik vertrauen und die Politik den Menschen vertraut. Ehrlichkeit ist das Fundament für dieses Vertrauen. Deshalb ist Ehrlichkeit mehr als eine Tugend, sondern politische Notwendigkeit.

Ehrlichkeit bedeutet Mut zur Wahrheit

Warum wir uns Unehrllichkeit nicht länger gefallen
lassen dürfen

Christoph Leitl

„Jede kleine Ehrlichkeit ist besser als eine große Lüge.“

Leonardo da Vinci

„Die halbe Wahrheit ist nichts wert. Immer nur die ganze.“

Stefan Zweig

Regelmäßig ermittelte Vertrauensindizes von Meinungsforschungsinstituten haben in jüngster Vergangenheit vor allem eines angezeigt: eine immer stärker werdende Politik-Verdrossenheit unter den Bürgern. Angesichts dieser Entwicklung ist die gesamte Politik-Landschaft aufgefordert, sich selbst an der Nase zu nehmen. Denn viele vergessen oft, dass die österreichische Bevölkerung nicht dumm ist! Frau und Herr Österreicher sind zu Recht wütend, wenn sie das Gefühl haben, dass die Politik es nicht ehrlich mit ihnen meint. Tatsache ist jedoch, dass Ehrlichkeit als Eigenschaft heutzutage häufig nicht gerne gehört oder gesehen wird – sowohl im privaten als auch im gesellschaftlichen oder politischen Bereich. Wer ehrlich Fakten an- und ausspricht, läuft oft Gefahr, sich unbeliebt zu machen. Dies ist unter anderem ein Grund dafür, dass Ehrlichkeit in der Praxis viel zu wenig gepflegt wird. Doch gerade in sensiblen Zeiten wie diesen, in denen wir für eine stabile Zukunft der Europäischen Union kämpfen, mit dem immer stärker werdenden globalen Wettbewerb konfrontiert sind, die Wirtschafts- und Finanzkrisen bewältigen und Antworten auf wichtige gesellschaftspolitische Fragen wie Pensionen, Bildung und Gesundheit brauchen, ist Ehrlichkeit ein essenzieller Wert.

Ohne Ehrlichkeit sind keine Reformen möglich

Wir leben gerade heute in einer Zeit, wo politische Reformkraft wichtiger denn je ist. Wer ehrlich an diese Sache herangeht, muss

dazusagen, dass Reformen auch manchmal wehtun. Daher ist es umso wichtiger, die Bevölkerung ehrlich und vollständig zu informieren. Denn ohne Akzeptanz der Bevölkerung ist es schwer, Reformen durchzuführen. Die Bereitschaft der Bevölkerung zu Reformen basiert jedoch auf Vertrauen gegenüber dem politischen System. Je weniger man Politikern ver- und zutraut, desto geringer ist die Akzeptanz von Reformen und desto weniger werden Reformansätze unterstützt.

Um den Teufelskreis zu durchbrechen, der sich aus mangelndem Vertrauen in die Politik und mangelnder Akzeptanz von Reformpolitik speist, muss ein Wert ohne Wenn und Aber in den Mittelpunkt der politischen Debatte rücken: die Ehrlichkeit. Eine neue Kultur der Ehrlichkeit ist erforderlich, damit wieder eine Vertrauensbasis zwischen Politik und Bevölkerung entstehen kann, die wiederum eine notwendige Basis für grundlegende Reformen im Land bildet. Mehr Ehrlichkeit und vor allem Mut zur Wahrheit: Das ist die Erfolgsformel, die Österreich nach vorne bringt.

Ehrlichkeit erfordert Mut zur Wahrheit

An dieser Stelle muss einmal mehr betont werden: Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar. In der Politik erleben wir es jedoch oft, dass der Mut zu Wahrheit und der Wille zur Ehrlichkeit schmerzlich fehlen. Besonders dramatisch wird der mangelhafte Umgang mit der Ehrlichkeit dort, wo gezielt Behauptungen verbreitet werden, die nichts mit der Wahrheit, aber alles mit politischem Kalkül und mit Manipulation der Wirklichkeit zu tun haben.

Den Menschen zu suggerieren, dass durch die Einführung neuer Steuern und Belastungen mehr Gerechtigkeit erreicht werden kann, entbehrt ebenso jeglicher Form von Ehrlichkeit. Vermögenssteuern als die Universallösung für sämtliche Probleme anzupreisen, zeugt von purem Populismus und ist zudem unehrlich. Wer den Bürgern Halbwahrheiten vorsetzt und beteuert, dass durch Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer der Mittelstand nicht belastet wird, ist unehrlich zu sich selbst und zu den Menschen. Es ist auch

schlichtweg unwahr, dass eine Vermögenssteuer nur „Superreiche“ treffen würde. Die Wahrheit ist, dass der Mittelstand und vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen in Österreich zur Kasse gebeten würden. Und das wissen auch jene, die diese Argumentation strapazieren, ganz genau.

Auffällig ist, dass es in der politischen Landschaft Österreichs einige Gruppierungen gibt, die die Bürger lieber mit neuen Steuern belasten würden, als auch nur eine Sekunde an Reformen zu denken. Der beliebteste Prügelnabe sind anscheinend stets die heimischen Betriebe. Um die Unternehmer als „die Bösen“ darzustellen, bedienen sich diese Politiker oft und gerne himmelschreiender Unwahrheiten: So wird unter anderem die unehrliche Behauptung, dass Unternehmen schlechte Beitragszahler der Sozialversicherung sind, dazu eingesetzt, um Unternehmen zu diskreditieren und ihre soziale Bedeutung kleinzureden. Tatsache ist: Die Unternehmen sind nicht die Ursache für die Krankenkassen-Misere. Im Gegenteil: Sie sind tragende Säule unseres Sozialsystems. Die Wirtschaft zahlt zwei Drittel aller Beiträge zum Sozial- und Gesundheitssystem. Die Arbeitgeberbeiträge werden pünktlich an die jeweiligen Krankenkassen überwiesen. Einmal mehr zeigt sich: Mit Ehrlichkeit hat die falsche Argumentation vonseiten der Arbeiterkammer und der Gewerkschaft nichts zu tun.

Ebenso unehrlich ist es zu behaupten, dass Unternehmer Steuersünder sind. Die Kritik, heimische Unternehmen würden ihre Steuerschulden nicht begleichen, hat mit der Wahrheit und Wirklichkeit nichts zu tun. Die in diesem Zusammenhang meist zitierten Zahlen sind keine hinterzogenen Steuern, sondern bloß eine Auflistung der Steuerrückstände. Abgabenrückstände bzw. Ausstände mit Steuerhinterziehung gleichzusetzen widerspricht allen rechtsstaatlichen Prinzipien – und zuallererst dem Prinzip der Ehrlichkeit.

Ein weiteres, unehrliches Argument, das häufig auftaucht, ist die Falschaussage, Vermögen und Einkommen in Österreich seien ungerecht verteilt. Die Wahrheit lautet aber anders: Österreich gehört zu den Ländern mit der weltweit geringsten Ungleichheit bei der

Einkommensverteilung. Objektive Maßzahl für die Einkommensverteilung in einem Land ist der Gini-Koeffizient. Ein Wert von 0 bedeutet absolut gleichmäßige Verteilung, 1 bedeutet absolute Ungleichheit (einer hat alles). In Österreich beträgt der Gini-Koeffizient gerade 0,26. In Deutschland liegt er bei 0,29 und in der EU-15 bei 0,31. Dazu kommt: Die sogenannten „Reichen“ und Besserverdiener werden in Österreich so hoch besteuert wie fast nirgendwo sonst in Europa. Während in Österreich die Steuerbelastung ab 60.000 Euro Jahreseinkommen bei rund 50 Prozent liegt, hat Frankreich die Erhöhung des Steuersatzes von 41 auf 44 Prozent ab einem Jahreseinkommen von 500.000 Euro fixiert. Deutschland liegt bei rund 45 Prozent ab 300.000 Euro Einkommen.

Im Gegenzug sind 39 Prozent der Einkommensbezieher in Österreich vollkommen von der Lohn- und Einkommensteuer befreit. 2,6 Millionen Personen mit Einkommen zahlen laut Lohnsteuerstatistik keine Steuer. Das sind die Fakten, die in der politischen Argumentation leider nicht ins Treffen geführt werden.

„Eine Arbeitszeitverkürzung schafft Arbeitsplätze“: Auch diese Botschaft wird medial und politisch immer wieder verbreitet – obwohl sie nachweislich nicht den Tatsachen entspricht. Denn wahr ist: Eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich verteuert den Faktor Arbeit. Die dadurch erhöhten Personalkosten benachteiligen vor allem kleine und mittlere Unternehmen – die mehr als 66 Prozent der Arbeitsplätze schaffen. Dieser Kostendruck würde Unternehmen zu Rationalisierungen zwingen, anstatt die Einstellung neuer Mitarbeiter zu fördern. Schon das Beispiel Frankreich mit der Einführung der 35-Stunden-Woche im Jahr 2000 hat gezeigt, dass eine Arbeitszeitverkürzung definitiv nicht dazu geeignet ist, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Deswegen wurde diese Maßnahme auch Schritt für Schritt wieder zurückgenommen. Deutschland begegnete der hohen Arbeitslosigkeit vor zehn Jahren sogar mit einer Arbeitszeitverlängerung. Ergebnis: ein Plus an Beschäftigten – ein Minus bei der Arbeitslosenquote.

Wettbewerb um Wahrheit

Die Liste der Beispiele für angewandte politische Unehrlichkeit ließe sich lange fortsetzen. Unehrlichkeiten prägen die politische Diskussion und vor allem die nahenden Wahlkämpfe. Umso wichtiger ist es, jetzt eines zu tun: reformfeindliche Unehrlichkeit in der Politik aufzudecken und offen zu kritisieren. Medienvielfalt und insbesondere die Internet-Öffentlichkeit sind wichtige Korrektive gegen politische Märchenerzähler. Sie dürfen nicht länger Deutungsmacht in der politischen Debatte haben. Wir müssen angesichts der heutigen Probleme einen Wettbewerb um Wahrheit entfesseln, einen Wettbewerb um Wirklichkeitsnähe.

Wahrheit und Wirklichkeit werden in vielen Bereichen unseres politischen Systems verleugnet und verdrängt. So fehlt uns eine Kultur der Rechtzeitigkeit des politischen Handelns, wo wir Herausforderungen rechtzeitig ansprechen und lösen, anstatt wachsende Problemberge vor uns herzuschieben. Beispiele dafür sind Pensionen, Gesundheit, Schulden und Bildung.

Unser Pensionssystem wird auf Dauer nicht zu finanzieren sein, wenn wir den Reformbedarf nicht offen und ehrlich aussprechen. Nicht ein Schönreden der Probleme bringt uns weiter, gefordert sind vielmehr konkrete und pragmatische Lösungsansätze. Selbst die größten „Systemoptimisten“ könnten beispielsweise nicht bestreiten, dass das durchschnittliche Zugangsalter in der gesetzlichen Pensionsversicherung von über 61 Jahren in den 1970er-Jahren auf derzeit 58 Jahre gesunken ist. Gleichzeitig ist die Lebenserwartung um zwölf Jahre gestiegen. Auf 100 Menschen im Erwerbsalter kommen derzeit 26 Menschen im Alter von 65 plus. 2060 werden es nur noch gut zwei Erwerbsfähige je Pensionist sein. Das ist die Faktenbasis, die niemand leugnen soll. Auf dieser Grundlage sind gemeinsam Reformmaßnahmen zu entwickeln, die vor allem Anreize für einen längeren Verbleib in der Erwerbstätigkeit erfordern.

Unser Gesundheitssystem wird auf Dauer nicht zu finanzieren sein, wenn wir die Herausforderungen nicht klar beim Namen nennen.

Demografische Entwicklung, spitzenmedizinische Anforderungen sowie strukturelle und organisatorische Defizite stellen die Finanzierungsfähigkeit unserer Gesundheitssysteme massiv auf den Prüfstand. Die zentrale Frage lautet: Wie sichern wir trotzdem die Zukunft einer solidarisch gesicherten Gesundheitsversorgung für alle? Wir müssen den Wandel im Gesundheitswesen vorantreiben. Wenngleich sich die traditionelle „Reparaturmedizin“ stark weiterentwickelt, ist zugleich das Interesse an gesundheitlicher Vorsorge deutlich gestiegen. Mehr Eigenverantwortung für die eigene Gesundheit ist nicht das Problem – sondern die Lösung. Mit der neuen Gesundheitssäule „Selbstständig Gesund“ der Sozialversicherungsanstalt der Selbstständigen haben wir diese Entwicklung genutzt – und ein Anreizmodell im Gesundheitssystem entwickelt, das praktizierte Eigenverantwortung im Interesse der Solidargemeinschaft fordert und fördert. Gerade hier zeigt sich, dass Ehrlichkeit immer auch heißt, aus Betroffenen Beteiligte zu machen. Die hohe Akzeptanz des Modells bei den Versicherten unterstreicht: Sie haben die Botschaft verstanden, sie arbeiten mit, wenn es um ihre Gesundheit und die des Gesundheitssystems geht.

Unser Staat wird auf Dauer keine Kraft mehr haben, wenn wir weiterhin so „haushalten“, wie wir es bisher getan haben. Wachsende Schuldenberge und Strukturen von gestern sind kein Ausdruck eines modernen Staatswesens, wie das manche suggerieren wollen, sondern das Gegenteil davon. Wir können es uns nicht weiter leisten, mit sündteuren Strukturen von gestern zu arbeiten und weiter auf Pump zu leben. Es ist Ausdruck von Ehrlichkeit, Mut und Verantwortungsbewusstsein, den Weg einer konsequenten Konsolidierung zu gehen, um die drückenden Staatsschulden abzubauen und den nächsten Generationen eine Zukunft mit Perspektive zu bieten. Einen strikten Sparkurs einzuschlagen ist sicherlich nicht der leichteste Weg, aber der ehrliche und nachhaltige. Was wir nicht haben, können wir nicht ausgeben. Jeder Euro, den wir ausgeben wollen, muss zuerst erarbeitet werden: Das muss Politik kommunizieren, bevor sie neue (sozial)staatliche Segnungen in den Raum stellt.

Damit wir in eine Chancen-Zukunft und nicht in eine Schulden-Zukunft schauen können, braucht es auch mehr Ehrlichkeit in der aktuellen „Wachstums-Diskussion“. Wer Wachstum auf neuen Schulden aufbauen will, handelt verantwortungslos. Wer behauptet, dass es legitim sei, für Wachstum neue Schulden anzuhäufen, handelt unehrlich gegenüber den Steuerzahlern und den künftigen Generationen. Ja, wir brauchen Wachstum, aber nicht auf Kosten neuer Schulden! Was wir benötigen, sind richtige Wachstumsanreize.

Unser Bildungssystem wird auf Dauer keine Zukunft haben, wenn wir uns nicht endlich ehrlich mit seinen grundlegenden Problemen auseinandersetzen. Die sind nicht im Türschild einer Schule zu sehen, sondern darin, dass wir eines der teuersten Schulsysteme der Welt haben – das aber bei Evaluierungen höchst unbefriedigende Ergebnisse zutage bringt. Ob Neue Mittelschule, Ganztagschule, Gesamtschule oder Gymnasium – es ist unehrlich, immer nur über das Schild an der Tür zu diskutieren, wenn das Preis-Leistungs-Verhältnis und die Inhalte nicht behandelt werden.

Unehrllichkeit kostet Zukunft

Fazit: Die Wahrheit aus politischem Kalkül nicht ins Gegenteil verdrehen und die realen Herausforderungen so sehen, wie sie sind: Wenn das zum politischen Common Sense in der politischen Kultur in Österreich wird, dann sind wir bereits ein gutes Stück weitergekommen. In Richtung Bevölkerung, die der Politik wieder mehr vertrauen kann. Und damit auch in Richtung Zukunft, die von der Reformkraft von heute abhängt. Eines muss man heute ganz ehrlich sagen: Es gibt nichts Teureres als Unehrllichkeit. Denn sie kostet uns unsere Zukunft. Ehrlichkeit gegenüber den Österreicherinnen und Österreichern bietet die Chance, sie zu Reformpartnern zu machen – denn ehrlich währt schlussendlich immer noch am längsten!

Über Ehrlichkeit und Demokratie

Eine ehrliche Demokratiereform muss auch das Parlament stärken

Karlheinz Kopf

Die Akzeptanz von Politik und Demokratie ist arg in Mitleidenschaft gezogen. Das Gefühl von fehlender Klarheit in den Zielsetzungen, von mangelnder Umsetzungskraft der Verantwortlichen und die Häufung von vermeintlichen und tatsächlichen Korruptionsskandalen führen zu einem noch nie dagewesenen Maß an Misstrauen gegenüber der Politik und dem Rechtsstaat. Dazu kommt, dass viele Menschen politische Entscheidungen inhaltlich einfach nicht mehr nachvollziehen können. Das eröffnet den populistischen Kräften eine große Spielwiese für Demagogie und Angstmake. Österreich befindet sich dabei in „guter“ Gesellschaft vieler anderer europäischer Demokratien.

Eine Möglichkeit, diesen Entwicklungen zu begegnen, hat der Österreichische Nationalrat in den letzten Monaten intensiv genutzt, indem er im umfangreichsten Untersuchungsausschuss der Geschichte Licht in viele unerfreuliche Vorgänge an den Schnittstellen zwischen Politik und Wirtschaft bzw. zwischen Politik und Medien gebracht hat. Nicht zuletzt dieser Untersuchungsausschuss sowie einige seiner Untersuchungsgegenstände haben bereits konkrete Maßnahmen nach sich gezogen. So wurden z. B. eine massive Verschärfung des Korruptionsstrafrechts bzw. neue Transparenzvorschriften für Parteien, Politiker und Medien geschaffen.

Demokratie wirkt

Eine weitere wichtige Möglichkeit, verloren gegangenes Vertrauens-Terrain wieder zurückzugewinnen, ist eine stärkere Einbindung der Bevölkerung in die politische Diskussion und die demokratische Entscheidungsfindung. (Übrigens: Glaubt man der politikwissenschaftlichen Forschung, welche das Musterland

der Direktdemokratie – die Schweiz – unter die Lupe nahm, trägt mehr direktdemokratische Entscheidungsfindung den Zusatznutzen in sich, meist von großem Kosten- und Verantwortungsbewusstsein getragen zu sein.)

Klar ist, dass wir nicht nur im Bereich des Rechtsstaates, sondern auch in den Fragen der demokratischen Partizipation durch neue Ideen und Reformen mehr Ehrlichkeit und Verantwortung in der politischen Kultur fördern müssen – durch besseren Parlamentarismus und eine Stärkung der Instrumente der Bürgerbeteiligung.

So wird es in absehbarer Zeit die Möglichkeit geben, dass Bürgerinnen und Bürger schriftliche Anfragen an einzelne Regierungsmitglieder stellen, die diese im Nationalrat in öffentlicher Sitzung zu beantworten haben, wenn diese Anfragen eine bestimmte Anzahl von Unterstützungen bekommen haben. Diese Unterstützungserklärungen wird man künftig unbürokratisch elektronisch abgeben können.

Auch ein fairerer, ja glaubwürdigerer und ernsthafterer Umgang mit dem Instrument des Volksbegehrens wäre ein bedeutender Beitrag zur Vertrauensbildung in die Instrumente unseres demokratischen Systems. In Diskussion steht in diesem Zusammenhang derzeit etwa sehr konkret, dass die Proponenten eines Volksbegehrens künftig zur Begründung ihres Anliegens ein Rederecht im Nationalrat erhalten könnten.

Diskutiert wird zwischen den Parlamentsparteien aktuell auch eine stärkere Personalisierung im Wahlrecht. Dies könnte man durch eine Aufwertung der Vorzugsstimmen und damit vermehrter Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten der Wählerinnen und Wähler bei der Auswahl ihrer Vertreterinnen und Vertreter erreichen.

Alle diese Reform-Überlegungen, die das Ziel verfolgen, die Bevölkerung – die Bürgerinnen und Bürger – wieder stärker in die politische Diskussion und Entscheidungsfindung einzubeziehen, sind sehr zu begrüßen.

Sie können und sie dürfen aber eines nicht bewirken: dass das an sich unbestrittene, bewährte System der repräsentativen Demokratie leichtfertig untergraben und dass das Parlament als die Einrichtung der demokratischen Entscheidungsfindung womöglich fahrlässig geschwächt wird. Nein, alle unsere Reformbestrebungen für mehr Bürgerbeteiligung sollen den Parlamentarismus ergänzen, beleben und damit schlussendlich stärken.

Parlament als Kristallisationspunkt der Demokratie

Mehr demokratisches Bewusstsein, mehr Akzeptanz, mehr Verständnis für die politischen Entscheidungs(findungs)prozesse und die Politik insgesamt wird die Stärkung unseres Parlamentes bringen.

Dazu bedarf es einer teils notwendig gewordenen Rückbesinnung auf die verfassungsmäßigen eigentlichen Aufgaben des Hauses am Ring.

Es ist schon in Ordnung, dass die Regierung ein Gesetzes-Initiativrecht besitzt und mit einer sogenannten Regierungsvorlage einen Gesetzgebungsprozess in Gang setzen kann. Viele dieser Vorlagen entspringen entweder den von den Regierungsmitgliedern bzw. von der Verwaltung im Gesetzesvollzug gemachten Erfahrungen oder einem Willensbildungsprozess auf europäischer Ebene, an dem die Regierungsmitglieder beteiligt waren.

Stärker als bisher muss aber das Parlament seine Alleinkompetenz in der Gesetzgebung betonen: Nicht in einer Konfrontationsstellung zur Regierung, sondern durch eine konstruktive Auseinandersetzung mit deren Gesetzesvorlagen. In allen Fragen der Gestaltung unseres demokratischen Politiksystems sollte das Parlament der Regierung aber auch ganz klar ihre Grenzen aufzeigen und mehr als bisher auch auf die Erarbeitung eigener Vorschläge setzen.

Eine kluge Weiterentwicklung von Rechtsstaat und Demokratie kann zweifellos konkrete Impulse und bessere Rahmenbedingungen für mehr Freiheit, Verantwortung und Ehrlichkeit in Politik und Gesellschaft liefern. Entscheidend ist aber für alle Beteiligten, die damit verbundenen Chancen zu nutzen. Denn die persönliche Verantwortung für Ehrlichkeit kann einem niemand abnehmen.

Ehrlichkeit ist keine Einbahnstraße

Über die Reziprozität im Politikverständnis der Bürger und
im Bürgerverständnis der Politik

Markus Schindler

„Eine schmerzliche Wahrheit ist besser als eine Lüge.“

Thomas Mann

Intelligent sollen sie sein, fachlich kompetent, eloquent, kultiviert, sprachgewandt, volksnah – zum Angreifen. Auf alle Fragen – gleich welcher Komplexität – müssen sie eine fundierte Antwort haben, und zwar möglichst gleich. Dabei sollen sie gut aussehen, ein intaktes Familienleben, einen gefestigten Charakter und eine fundierte Ausbildung vorzuweisen haben. Vorbilder sollen sie sein, schließlich stehen sie in der Öffentlichkeit und repräsentieren uns! Unsere Probleme sollen sie lösen, und das möglichst ohne uns damit ständig zu behelligen – dafür haben wir sie schließlich gewählt, unsere Politiker!

Gleichzeitig halten wir sie jedoch für wenig vertrauenswürdig, schreiben ihnen einen zumindest fragwürdigen Umgang mit der Wahrheit zu, bezweifeln ihre Kompetenz, unsere Probleme zu lösen, nachhaltig und neiden ihnen ihre vermeintlich üppigen Privilegien – vom Einkommen bis zum Dienstwagen mit Chauffeur, von der VIP-Tribüne am Fußballplatz bis zu den „First-Class-Flügen“ zu – vermeintlich exotischen – Destinationen wie etwa Brüssel oder Washington.

Woher kommt diese erhebliche Diskrepanz zwischen Anspruch und „gefühlter Realität“? Wer ist schuld – denn einer muss ja schuld sein – an der Differenz zwischen unserer Erwartungshaltung und ihrer Erfüllung? Kann es sein, dass unsere Erwartungen und damit die Messlatte viel zu hoch – also unerfüllbar – sind, oder

haben wir es mit Blendern zu tun, die uns erst das Blaue vom Himmel versprechen, um gewählt zu werden, aber im tiefsten Inneren eigentlich wissen, dass sie gar nicht willens und/oder in der Lage sein werden, diese Versprechen in der folgenden Legislaturperiode auch einzulösen? Ist es denkbar, dass beide Seiten einander etwas vormachen? Die Politik, die gerne vom mündigen Bürger spricht, aber wenn es darauf ankommt, lieber Entscheidungen hinter verschlossenen Türen trifft und – aus Furcht vor Unmut – meint, ihren Wählern bittere Wahrheiten nicht zumuten zu können? Oder wir selbst, die wir glauben, jedwedes gesellschaftliche Problem an der Wahlurne – zumindest für die kommenden fünf Jahre – abgeben zu können und uns nicht mehr damit befassen zu müssen, denn „die da oben“ werden es schon richten? Oder sind es einfach nur die Medien, die in ungezügelter Sensationslust und Gier nach Skandalen ein derart verzerrtes Politikbild zeichnen, dass die einen zu gehetzten Karikaturen ihrer selbst verkommen und sich die anderen mit Schaudern abwenden?

Wollen wir uns der „Gretchenfrage“ nach der Ehrlichkeit in unserem Umgang mit der Politik und vice versa seriös nähern, müssen wir tiefer gehen und uns mit den Grundmauern unseres politischen Systems und seiner Verfasstheit beschäftigen. Denn – gleich vorgehen – wir leben in einer Kultur der reziproken Unehrllichkeit, die eben dort grundgelegt ist: In unserer Verfassung – insbesondere im Wahlrecht und der daraus resultierenden Parteien-Demokratie sowie in unserer Realverfassung als korporatistisch organisiertes Gemeinwesen – von der Wiege bis zur Bahre.

Repräsentative Demokratie und das Paradoxon der systemimmanenten Mittelmäßigkeit

Österreich ist eine repräsentative Demokratie. Das Wesen dieser Staatsform besteht in der Fiktion, dass ein repräsentativer (sic!) Querschnitt der Gesamtbevölkerung von ebendieser Bevölkerung in Form des Elektorats – also allen Wahlberechtigten – in jene demokratischen Vertretungskörper gewählt wird, die für die Dauer ihrer jeweiligen Beststellungs- bzw. Legislaturperiode die Aufgabe

haben, die Interessen der Gesamtheit aller Österreicherinnen und Österreicher zu vertreten, aus der sie selbst hervorgegangen sind. Mit anderen Worten: Die der Gesamtheit des Elektorats innewohnende „Schwarmintelligenz“ erwählt aus ihrer Mitte eine Reihe von Durchschnittsbürgerinnen und -bürgern, denen im Wege eines Akts der Delegation die Aufgabe und die Verantwortung übertragen wird, die Geschicke des Landes zu lenken. Angesichts dieser in unserer Verfassung grundgelegten Systematik stellt sich nun die Frage, ob an diese gewählten, dem Bevölkerungsquerschnitt entsprechenden – also per definitionem durchschnittlichen – Repräsentanten höhere Ansprüche gestellt werden dürfen als an jeden anderen Durchschnittsbürger – und wenn dem so ist, mit welcher Berechtigung. Ist es nicht vielmehr so, dass eine repräsentative Demokratie – als Gegenentwurf etwa zu Eliten- oder Expertenmodellen – zwangsläufig eine „Mediokratie“ hervorbringt, deren „Mittelmäßigkeit“ – ohne dies wertend zu meinen – konstitutiv intendiert ist? Wer sich also gegen diese systemimmanente Mittelmäßigkeit ausspricht und von seinen politischen Repräsentanten erwartet, dass sie deutlich höheren Ansprüchen gerecht werden müssten, als man bereit ist, an den Durchschnitt der Bevölkerung – also letztlich auch an sich selbst – zu stellen, muss bereit sein, sich der Diskussion über eine Oligarchie der Eliten oder einen von Technokraten und Experten gelenkten Staat zu stellen, und sich ernsthaft mit der Frage auseinanderzusetzen, ob ihn seine eigene Sach- und Fachkompetenz, seine eigene charakterliche Eignung und seine eigene moralisch-ethische Konstitution überhaupt dazu qualifizieren, in einem derartigen Modell auch nur das passive Wahlrecht auszuüben.

Unsere Erwartungshaltung determiniert die Messlatte, die wir anlegen, wenn wir darüber entscheiden, ob jemand seine Aufgabe gut oder weniger gut erfüllt. Niemand würde von einem Durchschnittsbürger erwarten, sich etwa für die Olympischen Spiele zu qualifizieren und dabei athletische Spitzenleistungen zu erbringen. Die Erwartungshaltung, die wir an die Politik und an ihre Repräsentanten stellen, ist aber eben diese. Die eingehende Beschäftigung mit dieser Frage bildet meines Erachtens einen wesentlichen

Meilenstein auf dem Weg zu einem Mehr an Ehrlichkeit im Umgang zwischen den Bürgern und „ihren“ Politikern.

Auswirkungen des indirekten Verhältniswahlrechts auf politische Verantwortungs-Beziehungen und Gestaltungsmöglichkeiten

Nun tritt jedoch eine weitere Determinante im Auswahlverfahren unserer politischen Repräsentanten hinzu, die in ihrem Ergebnis dazu führt, dass der in der Verfassung grundlegende Anspruch auf eine repräsentative Demokratie erheblich durchbrochen und in seiner realen Ausprägung der Fiktion nicht annähernd gerecht wird: Ein indirektes Verhältniswahlrecht, das im Wesentlichen die Grundlage für die Parteien-Demokratie bildet, wie wir sie in Österreich seit der Zweiten Republik kennen.

Verantwortung gegenüber dem Wähler oder der Partei?

Betrachten wir den Aspekt der „Indirektheit“ unseres Wahlrechts, so wird evident, dass die Möglichkeiten für den Wähler, einen konkreten Repräsentanten direkt in eine politische Funktion zu wählen – mit Ausnahme der Bürgermeisterdirektwahl und der Möglichkeit, eine Vorzugsstimme abzugeben –, erheblich eingeschränkt sind. Vielmehr entscheiden die politischen Parteien, welche Personen in welcher Reihenfolge auf ihren Wahlvorschlägen – „Listen“ – nominiert werden. Das hat im Ergebnis zur Folge, dass nicht in erster Linie der Wille der Wähler, sondern das parteiinterne Machtgefüge darüber entscheidet, wer für eine politische Funktion ausgewählt wird. Diesem Auswahlmechanismus ist inhärent, dass der einzelne politische Repräsentant – will er überhaupt eine Chance darauf bekommen, gewählt zu werden – zuerst einen parteiinternen Selektions- und Auswahlprozess durchlaufen muss. Welche Loyalitätsbeziehungen ein derartiger Mechanismus impliziert, liegt auf der Hand. Erst auf den zweiten Blick wird klar, dass darauf nicht nur die innere Macht der Parteistrukturen gründet, sondern auch ihre hohe „Unabhängigkeit“ vom Wähler.

Wie in letzter Konsequenz die Verantwortungs-Beziehungen des einzelnen Abgeordneten gestaltet sind, kann man an den äußerst seltenen Konfliktfällen zwischen der „Ausübung des freien Mandats“ und dem „Klubzwang“ messen.

Diese Systematik führt nicht nur dazu, dass die politischen Vertretungskörper in ihrer personellen Besetzung keineswegs einen auch nur annähernd repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung, sondern vielmehr ein Abbild der Strukturen der in ihnen vertretenen Parteien widerspiegeln. Dass der einzelne politische Repräsentant sein Mandat nicht in einem Wettbewerb mit anderen Kandidaten um die Gunst „seiner“ Wähler erringt und der Wähler selbst nicht die Möglichkeit hat, seine Auswahlkriterien zu definieren und sich für den „am besten Geeigneten“ zu entscheiden, führt darüber hinaus zu einer systematischen Entfremdung der beiden Gruppen voneinander, die die wechselseitige Verantwortlichkeit der beiden Seiten füreinander erheblich relativiert. Der eine hat den anderen nie wirklich gewählt – wer hat schon einen Bezug zu „seinem“ Wahlkreisabgeordneten –, der andere muss zwar ständig seine politische Verantwortung gegenüber dem Wähler wie einen lichten Schild vor sich hertragen, ist jedoch – will er wieder auf einen wählbaren Listenplatz nominiert werden – deutlich stärker von den inneren Gesetzmäßigkeiten seiner Partei abhängig als von diesem.

„Wählertäuschung“ oder Inkompetenz?

Wenden wir uns nun dem zweiten wesentlichen Aspekt unseres Wahlrechts zu, dem „Verhältnis-Wahlrecht“, so stellen wir fest, dass dieses darauf abzielt, dass nur eine absolute Mehrheit der bei einer Wahl abgegebenen Stimmen auch eine absolute Mehrheit der Mandate im jeweiligen Vertretungskörper nach sich zieht. Der dieser Systematik innewohnende Grundgedanke ist auf den ersten Blick zwar sehr demokratisch, hat aber im Ergebnis zur Folge, dass in unserem Land seit einem guten Vierteljahrhundert keine einzelne Partei mehr dazu in der Lage gewesen ist, eine derartige absolute Mehrheit im Nationalrat zu erlangen und darauf

basierend ihre Wahlversprechen und Programme konsequent zur Umsetzung zu bringen. Vielmehr erleben wir seit 1986 eine ungebrochene Reihe unterschiedlich zusammengesetzter Koalitionen zwischen Parteien, deren politische Zielsetzungen einander in vielen Bereichen teils diametral zuwiderlaufen. Im Ergebnis führt das zu einer auf oft erheblichen Kompromissen basierenden Politik, die – insbesondere im Falle eines einigermaßen ausgewogenen Kräfteverhältnisses zwischen den Koalitionspartnern – in jenen Politikbereichen, in denen keine Einigkeit erzielt werden kann, zu wechselseitigen Blockaden und damit einhergehendem Stillstand führt. Dieser Umstand schränkt die Gestaltungsfähigkeit der Politik erheblich ein und verursacht eine deutlich sichtbare Differenz zwischen den Versprechungen, mit denen politische Parteien ihrer Wählerschaft im Wort sind, und ihren Möglichkeiten, diese auch tatsächlich einzulösen.

In der Konsequenz erhöht dies auf der einen Seite die Bereitschaft, eine Reihe politischer Versprechen abzugeben, im vollen Bewusstsein der Tatsache, diese nie wirklich einlösen zu müssen, da – mit Verweis auf die „Unwilligkeit des Koalitionspartners“ – immer gute Argumente zur Verfügung stehen, warum ein noch im Wahlkampf als „zentral“ bezeichnetes Vorhaben im Verlauf einer Legislaturperiode nicht zur Umsetzung gelangen kann. Auf der anderen Seite macht sich schlechterdings der Eindruck breit, Politiker hielten sich grundsätzlich nicht an ihre Versprechen oder seien fachlich nicht ausreichend kompetent, die von ihnen selbst gesteckten politischen Zielsetzungen auch nur annähernd umzusetzen. Dieses systematische Auseinanderklaffen zwischen politischem Anspruchsniveau und realen Gestaltungsmöglichkeiten impliziert einen gefährlichen Vertrauensverlust in die Lösungskompetenz der Politik und damit einhergehend der staatlichen Institutionen.

Zusammenfassend muss konstatiert werden, dass das indirekte Verhältniswahlrecht die Verantwortungs-Beziehung zwischen dem einzelnen politischen Repräsentanten und „seinen“ Wählern ebenso relativiert wie die realen politischen Gestaltungsmöglich-

keiten angesichts des faktisch existenten Koalitions- und Kompromisszwanges. Die in der Folge entstehenden Entfremdungseffekte zwischen Politikern und ihren Wählern einerseits und politischen Problemlösungsansätzen und ihrer Realisierbarkeit andererseits hat sich das „System Politik“ wohl selbst zuzuschreiben: Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass eine ernsthafte politische Debatte über eine Wahlrechtsreform – trotz des evidenten und sich zusehends deutlich vertiefenden Vertrauensverlustes des Elektorats in die Politik – nie in Angriff genommen wurde.

Unselige Wechselwirkung zwischen Korporatismus und Zivilgesellschaft

Deutlich älter als unser Wahlrecht ist der unsere Realverfassung massiv determinierende Korporatismus. Der berufsständische Organisationsgrad, den unser politisches System aufweist, ist nahezu nicht überbietbar. Für jedwedes Anliegen existiert ein Interessenverband – am besten gleich mit gesetzlicher Pflichtmitgliedschaft –, der den Alleinvertretungsanspruch für seinen Interessenbereich stellt und eine möglichst umfassende Struktur ausgeprägt hat, diesem Anspruch auch entsprechend gerecht werden zu können. Dieser Korporatismus österreichischer Spielart hat – neben vielen Errungenschaften, die gar nicht in Abrede gestellt werden sollen – auch zwei weniger positive Auswirkungen auf unsere politische Kultur und den „Ehrlichkeitsbegriff“ in unserem Politikverständnis.

Delegation statt Partizipation: Für den Bürger existiert, je nach spezifischen Bedürfnissen in seinen unterschiedlichen „Erscheinungsformen“ – als Arbeitnehmer, Unternehmer, Bauer, Freiberufler, Sozialversicherter, Pensionist, Konsument, Student usw. –, eine passende Interessenvertretung, an die alle spezifischen berufsständischen und sonstigen Frage- und Problemstellungen sowie die gesamte Interaktion mit dem System der Politik delegiert werden können. Von diesem Angebot machen die meisten auch nur allzu gerne Gebrauch – warum sich auch selbst engagieren, wenn es doch andere gibt, die es einem gerne abnehmen! Hier treffen sich die Interessen: Wer den Anspruch stellt, jedes gesell-

schaftliche Anliegen – von der Wiege bis zur Bahre – zu vertreten, beansprucht auch den gesamten für das jeweilige Anliegen zur Verfügung stehenden öffentlichen Raum für sich. Neben unserem System von Kammern und Verbänden, die alle Lebens- und Politikbereiche systematisch wie personell durchdringen, bleibt wenig bis kein Platz für zivilgesellschaftliches Engagement außerhalb der vorgegebenen Strukturen.

„Backstage-Demokratie“ statt politischer Streitkultur: Die viel gepriesene Sozialpartnerschaft zeichnet vor allem eines aus: Konflikte werden am „Runden Tisch“ und nicht „auf der Straße“ gelöst. Leider steht dieser „Runde Tisch“ meist hinter verschlossenen Polstertüren. Denkt man etwa an das alljährliche Ritual der Kollektivvertragsverhandlungen – eingeläutet durch die berühmterbüchtigte „Metaller-Lohnrunde“ –, so zeigt sich immer das gleiche Schauspiel. Auf der Bühne: verhärtete Standpunkte, Theaterdonner und Säbelrasseln von beiden „Streitparteien“. Hinter den Kulissen: Nachtverhandlungen (mindestens drei Runden!) bei Würstel und Bier und – wer hätte das gedacht – eine Kompromisslösung, von der beide Seiten behaupten, die Interessen ihrer jeweiligen Klientel weitestgehend durchgesetzt zu haben. Wie das Ergebnis tatsächlich zustande gekommen ist, welche Erwägungen und Debattenbeiträge dazu geführt haben und warum man sich letztlich auf eben dieses Ergebnis verständigt hat, bleibt weitestgehend intransparent. Die öffentlichen Scheingefechte spiegeln den realen Verlauf der Diskussion nicht wirklich wider. Auf der Strecke bleibt die politische Streitkultur – zu Grabe getragen von einem antizipierten „Harmoniebedürfnis“ der von solchen Lösungen Betroffenen, die offensichtlich „nicht möchten, dass die Politiker streiten“.

Fazit: Mangelnde Partizipation der Bürger – geschuldet einer Mischung aus Trägheit und Bevormundung – an für sie relevanten politischen Vorgängen und eine schwach ausgeprägte politische Streitkultur degenerieren politische Entscheidungsabläufe zum „Schauspiel“ und ihre Ergebnisse zum „Mirakel“. Schuld daran sind beide Seiten gleichermaßen: Die einen, die ihre Anliegen lie-

ber delegieren, anstatt sich zu engagieren und an den Entscheidungen zu partizipieren, ebenso wie die anderen, die – nicht zuletzt um ihre Existenz zu rechtfertigen – jedes Anliegen an sich ziehen und zum Gegenstand meist intransparenten Interessenausgleichs machen.

Medien als „Spiegel“: Die Rolle der Medien wird im gegenständlichen Kontext meist deutlich überschätzt. Weder zeichnen sie nachhaltig ein negativ verzerrtes Politikbild, das der Realität nicht gerecht wird, noch leisten sie einen engagierten Beitrag zu einer Verbesserung der politischen Streitkultur und der Etablierung einer mündigeren Zivilgesellschaft. Sie bieten die „öffentliche Bühne“, auf der sich im Wesentlichen alle der vorhin beschriebenen Phänomene abspielen. Sie sind ein mehr oder weniger gekrümmter Spiegel der Verhältnisse, in welchem sich beide Seiten gleichermaßen zu sehen bekommen: Namens der Bürger (Rezipienten/Medienkonsumenten) werden die gleichen überzogenen Anforderungen an die Qualität der politischen Akteure im Speziellen und die Gestaltungsmöglichkeiten des Systems Politik im Allgemeinen gestellt. Gleichzeitig wird den politischen Versprechen – oft genug, ohne sie an ihrer Realisierbarkeit zu messen – breiter Berichterstattungsraum gewidmet. Die Medien sind darüber hinaus die Austragungsstätten, in denen der Disziplin des „politischen Schattenboxens“ auf nahezu olympischem Niveau gehuldigt wird. Beste Haltungsnoten erhalten die Verhandelnden an den „Runden Tischen“ meist nicht für Leistungen im Wettstreit der Argumente, sondern für erwartete, berechenbare Lösungen hinter verschlossenen Türen und vermiedene Konflikte, die lieber als „Polit-Hickhack“ abqualifiziert, anstatt inhaltlich gründlich aufgearbeitet und erhellt werden. In diesem Sinne spielen die Medien eine statische, den Status quo des Systems und seiner Wechselwirkungen nicht erheblich verändernde Rolle und leisten auf diese Weise auch ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung der Reziprozität der Unehrlichkeit, die das Politikverständnis der Bürger und das Bürgerverständnis der Politik prägt.

Plädoyer für Wahlrechtsreform, Stärkung der Zivilgesellschaft und Durchlässigkeit zwischen den Systemen

Wer nicht zusehen will, wie das Vertrauen der Bürger in die Lösungskompetenz des Systems Politik und die Institutionen des Staates fortgesetzt abnimmt und in nicht allzu ferner Zukunft dramatische Folgen zeitigt, muss sich einer breit angelegten Diskussion über eine nachhaltige Wahlrechtsreform stellen, die die Schwachstellen des aktuellen Systems und seiner Folgen deutlich aufzeigt. Die Bereitschaft, ein Wahlrechtsmodell zu diskutieren, das die unmittelbare Verantwortlichkeit des Mandatars gegenüber „seinen“ Wählern und damit auch die Verantwortung der Wähler für das Agieren „ihres“ Mandatars herstellt (direktes Wahlrecht) und das Politik durch stärkere Gewichtung relativer Mehrheiten wieder handlungsfähig macht (Mehrheitswahlrecht), wäre ein maßgeblicher Beitrag, den das System Politik zu einem Mehr an Ehrlichkeit im Umgang miteinander leisten sollte.

Wer sich andererseits über korporatistische Bevormundung und über wenig transparente, als unehrlich empfundene politische Entscheidungsprozesse und ihre Ergebnisse beschwert, der darf gesellschaftliches und politisches Handeln nicht einfach delegieren, sondern muss bereit sein, sich und seinen Standpunkt auch aktiv einzubringen. Denn nur durch zivilgesellschaftliches Engagement wird die Fiktion einer repräsentativen Demokratie zur Realität. Angesichts der Tatsache, dass wir in einem Staat mit einem geringen sozialen Gefälle und einem einigermaßen gut funktionierenden Bildungs- und Sozialsystem leben, dessen Wirtschafts-, Kultur-, Wissenschafts- und Sport-Sektoren durchaus dazu in der Lage sind, internationale Spitzenleistungen hervorzubringen, sollte man davon ausgehen können, dass dieses „Humankapital“ im Querschnitt der Bevölkerung durchaus gleichmäßig verteilt ist und sich daher auch bei einem repräsentativen Auswahlverfahren im Bereich der Politik niederschlagen müsste. Voraussetzung dafür ist allerdings die ehrliche Bereitschaft des einzelnen Bürgers, seine persönliche Gestaltungskraft – auf Zeit – der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, und jene

der Zivilgesellschaft, einen Politiker nach „Ableistung“ seines Dienstes an der Gesellschaft wieder anstandslos in ihre Reihen aufzunehmen.

Denn wenn wir nicht aufhören, von denen, die wir wählen, das Unerreichbare zu fordern, aber das Schlechteste zu erwarten, dann verdienen wir nur die, die wir unter diesen Umständen bekommen – ehrlich!

Ehrlich gesagt ...

Warum Politik und Medien von einer Kultur der Unehrllichkeit geprägt sind und was sich dagegen tun lässt

Eva Weissenberger

Der Kanzler heuchelte. Sein Klubobmann führte Schmä. Der Klubobmann des Koalitionspartners sagte nur die halbe Wahrheit. Ein Teil der Abgeordneten versuchte mitzuhelfen, Tatsachen zu verdrehen. Andere standen im Plenum nicht zu ihrer Meinung. Die Parlamentspräsidentin beschönigte diese Zustände. Eine Boulevardzeitung machte mit unbelegten Behauptungen Stimmung gegen eine Partei, die gegen all das polemisierte. Qualitätsmedien verzettelten sich bei der Berichterstattung über den Einschlag von Nebelgranaten.

Als sich SPÖ und ÖVP im Spätsommer 2012 anschicken, den parlamentarischen Untersuchungsausschuss abzudrehen, der eigentlich die Korruption, also die Unehrllichkeit im Land hätte ausleuchten sollen, feierte die Lüge in Österreichs Politik und Medien fröhliche Urständ. Und wozu das alles? Doch nicht am Ende, um dem Kanzler zu ersparen, vor dem Ausschuss zu lügen?

Kultur der Unehrllichkeit

Österreichs Politik und Medien sind geprägt von einer Kultur der Unehrllichkeit. Herrschten hierzulande deutsche Maßstäbe, gäbe es keine Politiker, US-amerikanische, keine Journalisten. Macht und Wahrheit traten in der Geschichte freilich nie als siamesische Zwillinge auf, eher wie entfremdete Geschwister. Würde die Politik sich bemühen, redlich zu handeln, würden die Medien versuchen, transparent zu agieren, es wäre schon viel gewonnen. Ohne Druck werden sie sich nicht ändern. Erzwingen können das nur die Bürgerinnen und Bürger – als Wähler, Aktivisten, Konsumenten.

Man kann den Eindruck gewinnen, weder Politiker noch Medienmanager wissen noch, wo die Grenze zwischen Wahrheit und Lüge verläuft. Sie taumeln in einem Dickicht zwischen Verschweigen, Tarnen, Schönreden, Ausreden, Schummeln, Täuschen, Unterschlagen und Betrügen umher. Dabei befinden Erhard Busek und Christian Konrad in seltener Einigkeit, die Zehn Gebote sollten zumindest jedem christdemokratischen Politiker als Kodex genügen, da brauche es weder Ältestenräte noch Benimmregeln.

Zwei der Zehn Gebote appellieren an die Ehrlichkeit. Du sollst nicht stehlen! Doch Moses kannte kein Vereinsgesetz, keine Vorfeld- und Teilorganisationen, keine Mitgliederzeitschriften und Gratiszeitungen, keine Fußballvereine und Galas. Wie nennt man es, wenn ein Amtsträger oder Funktionär einer Partei bei Unternehmen, an denen der Staat beteiligt ist, für einen Dritten in seinem Einflussbereich schnorrt?

Du sollst nicht lügen! Doch bereits die frühen Aufklärer schränkten dieses Gebot ein. Verwerflich handle ein Lügner nur, wenn er eine andere Wahl gehabt hätte, jemanden schädigen wolle und der Belogene überhaupt das Recht gehabt hätte, die Wahrheit zu erfahren. Seitdem tun sich Lügner leichter, sich zu rechtfertigen. Ulrich Greinert befand im Jahr 2000 in der „Zeit“: „Folglich hätte Präsident Clinton die amerikanische Öffentlichkeit hinsichtlich seiner Liebesaffären insofern nicht belogen, als diese nicht das Recht besaß, darüber Auskunft zu geben.“ Josef Cap, Meister der Dialektik, der er ist, kann sich demnach mit links aus jeder Zwickmühle herausreden.

Zu enge Verflechtungen

Was in Österreich „der Lüge solch lange Beine macht“, analysierte die Doyenne der österreichischen Politpublizistik, Anneliese Rohrer, 2005 in dem Buch „Charakterfehler“: „Die Kleinheit des Landes, die begrenzte Anzahl der Akteure, jeder jedem bekannt; zudem lange Zeit ohne politisches Korrektiv mit Ausnahme der

Jahre 1975 bis 1985, in denen sich die ÖVP vom Schock des Machtverlustes 1970 langsam erholt hatte.“ Doch selbst damals seien die „Verflechtungen, die in der Nachkriegszeit zur Vermeidung von Konflikten gewoben worden sind, zu eng gewesen“. Seit diesem Befund hat sich nichts verbessert.

Ehrlichkeit war noch nie eine politische Kategorie. „Ein kluger Machthaber kann und darf sein Wort nicht halten, wenn ihm dies zum Schaden gereichen würde und wenn die Gründe weggefallen sind, die ihn zu seinem Versprechen veranlasst haben“, schrieb Machiavelli. Und er konnte von den Wahlversprechen, wie sie in modernen Demokratien abgegeben werden, noch nichts ahnen. George Bush sen. forderte die US-Amerikaner im Präsidentschaftswahlkampf 1988 auf: „Read my lips: no new taxes.“ 1992, als er abgewählt wurde, hatte längst ein Witz die Runde gemacht: Woran erkennt man, wenn ein Politiker lügt? Daran, dass er seine Lippen bewegt. „Ehrlich gesagt, ...“: Dass nicht nur Politiker ausgerechnet Sätze, in denen sie die Unwahrheit sagen, gerne mit dieser Floskel einleiten, hat die Kommunikationswissenschaft längst festgestellt, hat selbst der unaufmerksame Zuhörer längst bemerkt.

Belohntes Schwindeln

Die Österreicher sind geduldiger. Der damalige Kanzler Franz Vranitzky verschickte 1995 einen „Pensionistenbrief“, in dem er eine Erhöhung in Aussicht stellte. Er gewann die Nationalratswahl. Sein Versprechen löste er nie ein. Die Wähler wollen offenbar belogen werden. Alfred Gusenbauer, Vranitzkys Nachfolger als SPÖ-Vorsitzender, plakatierte vor der Wahl 2006 „Sozialfighter statt Eurofighter“ und vermittelte, er werde die Abfangjäger zurückschicken, sollte er Kanzler werden. Er zog auf den Ballhausplatz und – Überraschung! – einen internationalen Waffendeal macht man nicht so leicht rückgängig wie den Kauf eines Küchenmessers. Die Wähler belohnen das Schwindeln sogar. Wolfgang Schüssel sagte vor der Wahl 1999, sollte die ÖVP auf dem dritten Platz landen, werde sie in Opposition gehen.

Kurz bevor er sich dann doch, von den Freiheitlichen gestützt, zum Bundeskanzler aufschwang, behauptete er, das sei ja keine Abkehr von seinen Versprechen, sondern – ganz im Sinne Machiavellis – nur eine Ergänzung derselben. Ein paar Monate später sagte sein Klubobmann Andreas Khol: „Die Wahrheit ist eine Tochter der Zeit.“ Im Herbst 2002 feierte Schüssel einen triumphalen Wahlsieg.

Die Hoffnung, dass in Wahlkämpfen nicht mehr gelogen wird, kann man sich abschminken. Wahlkämpfe sind nicht „Zeiten fokussierter Unintelligenz“, wie es der Wiener Bürgermeister Michael Häupl einmal ausdrückte, es sind Zeiten fokussierter Unehrlichkeit – geschickt zu lügen ist eine Intelligenzleistung, von der mehrere Branchen leben.

Andererseits, und das gibt dann doch Zuversicht, mutete Schüssel den Österreichern Wahrheiten zu: Die Pensionen seien nicht sicher; Österreich sei längst nicht mehr neutral und schon gar nicht immerwährend. Keine leichte Übung in einem Staat, der sich bis in die 1990er-Jahre an die Lebenslüge klammerte, er sei das erste Opfer der Nazis gewesen.

Und dann gibt es natürlich auch Situationen, in denen Politiker aus Staatsräson nur die halbe Wahrheit sagen. Was früher für den diplomatischen Dienst galt, betrifft heute auch die Finanzwelt: Ein Minister, der gleich alles sagt, was er weiß, erweist seinem Land nicht immer den besten Dienst. Nicht umsonst wird Finanzministerin Maria Fekter gescholten, wenn sie schneller zieht als ihr Schatten.

Bestechliche Journalisten

Man kann von Politikern also nicht stets Ehrlichkeit erwarten, Redlichkeit und Aufrichtigkeit hingegen muss man verlangen. Das Gegenteil davon nennt sich Klubzwang. Otto Pendl, ein SPÖ-Nationalratsabgeordneter, der in der Posse rund um den U-Ausschuss wider die Korruption eine unterhaltsame, aber un-

rühmliche Nebenrolle spielte, definierte diesen in einem Interview mit dem „Kurier“ so: „I hob in da Partei imma a eigene Meinung. Wann oba was ausdiskutiert is' und die Mehrheitsmeinung a andere is', dann akzeptier' i des.“

Die Politik sucht nicht nach der Wahrheit, sie sucht stets nach Argumenten, die ihre Meinungen stützen, ihre Handlungen rechtfertigen. Sich der Wahrheit so gut es geht anzunähern, ist Aufgabe der Medien. Egon Erwin Kisch postulierte noch: „Nichts ist erregender als die Wahrheit.“ Heute gilt für die einen: Nichts ist erregender als die bezahlte Anzeige, auch wenn sie als solche nicht erkennbar ist. Für die anderen: Nichts ist erregender als die Zitierung in anderen Medien. Auch die redlichsten Journalisten sind bestechlich – mit einem guten Zund.

Alle bisher aufgezählten Schwächen der Politik verstärken die Massen- und Mainstream-Medien, für manche sind sie die Ursache. Auch das kritisiert die Kommunikationswissenschaft seit Langem: Immer größere Stäbe an Pressesprechern und PR-Beratern stünden politischen Redaktionen gegenüber, die vielleicht halbwegs gleich groß bleiben, aber immer mehr Output liefern sollen. Oder: Die Aussagen, die Sound Bites von Objekten der Berichterstattung, mit denen die Medien ihre Konsumenten versorgen, würden immer kürzer. Hier lügen Medien (und Politik) nicht im engen Sinn des Wortes, ein redlicher Diskurs ist in der Kürze aber gar nicht möglich.

Medien leben von Inseraten, Anzeigen, Spots. Das ist nicht unanstößig, sondern ein redliches Geschäftsmodell – solange die Werbung als solche erkennbar ist, solange die Kunden für Geld die vereinbarte Werbung bekommen, aber nicht als Journalismus oder Unterhaltung getarnte PR. In weiten Teilen der österreichischen Mainstream-Medienlandschaft ist das selbstverständlich.

Es gibt aber auch in den Medien Grauzonen. Als die Zeitschrift „profil“ 1970 gegründet wurde, wollte die junge, stürmische Truppe ein Zeichen gegen unsauberen Journalismus setzen –

und ein bisschen auffallen. Geschenke, wie sie damals noch bei Pressekonferenzen verteilt wurden, lehnte sie brüsk ab. Trotzdem war fast jeder Journalist, der heute im Geschäft ist, schon einmal auf einer Reise, die seine Redaktion nicht oder nicht zur Gänze bezahlt hat (die Autorin eingeschlossen). Der Österreichische Presserat empfiehlt hier als Lösung: Wer auf Einladungen nicht verzichten will, soll neben den Geschichten, die so zustande kommen, auf diesen Umstand hinweisen. Das entspricht einer Haltung, die Blogger den altmodischen Journalisten beigebracht haben: Transparenz ist die neue Objektivität. Wenn Wirtschaftsjournalisten also schon Aktien besitzen, dann sollen sie ihren Lesern, Usern, Sehern, Hörern diese Information zugänglich machen. Wenn man an die Wahrheit nie herankommt, dann muss man die Recherche nachvollziehbar machen.

Die Branche muss mit sich selbst ins Reine kommen. Die Wiederbelebung des Presserates war ein erster, wichtiger Schritt. Was würde von außen helfen? Eine sinnvollere, gerechtere Förderung von öffentlich-rechtlichen Inhalten in Wort und Bild; damit verbunden eine staatliche Presseförderung, die mehr auf Qualität abstellt.

Und wie hilft die Politik sich selbst? Dem Diebstahl im öffentlichen Bereich könnten enge rechtliche Grenzen, die Androhung hoher Strafen, eine weisungsfreie Korruptionsstaatsanwaltschaft Einhalt gebieten. Noch effektiver wäre es jedoch, wenn alle Bürger, die schon einmal Steuern hinterzogen, für einen früheren Operationstermin gezahlt oder einen Bekannten beim Amt um einen Gefallen gebeten haben, alle Bürger, die schon einmal eine Putzfrau, einen Fliesenleger oder einen Friseur beschäftigt haben, die nicht angemeldet waren, wenn also fast alle Bürger einsehen würden, dass sie sich mitschuldig gemacht haben, dass Alltagskorruption kein Kavaliersdelikt ist. Ehrlichkeit zu sich selbst ist der erste Schritt.

Auch das keine leichte Übung, in einer Zeit, in der sich jeder Teenager via Facebook eine Wunschildentität zurechtlegen kann,

mit erfundenen Aktivitäten, falschen Freunden und mit Photoshop nachgebesserten Fotos, in einer Zeit, in der Hochstapeln zu den grundlegenden Sozialkompetenzen zählt. Kein Wunder, wenn Politik und Medien glauben, das übertreffen zu müssen.

Ehrlich gesagt, ich bin felsenfest davon überzeugt, dass sie dieser Entwicklung Einhalt gebieten werden; in aller Offenheit denke ich, dass sie dies mit vereinten Kräften angehen werden.

Immer ehrlich sein!

Ein Politikermonolog über Ehrlichkeit und Lüge

Rudolf Bretschneider

„Ebenso wenig ist es so, noch so, als vielmehr auf keine Weise von beiden“ (Sextus Empiricus, Hypot.I, 19)

Inschrift an der Decke der Montaigneschen Bibliothek

Aller Anfang ist schwer; und die Fortsetzung erst recht. Angeblich entscheidet ja der erste Eindruck. Wenn da schon der Eindruck entsteht, dass man schwindelt, kann man sich den Rest sparen.

Also, damit das klar ist: Das ist keine Verteidigungsrede eines Politikers. Die Wirkung eines solchen Versuchs, Sie von der Ehrlichkeit eines in dieser Rolle tätigen Menschen zu überzeugen, wäre – so wie der Applaus, den wir für unsere Tätigkeit erwarten können – „enden wollend“. Aber gelegentlich macht man sich so seine Gedanken angesichts der Vorwürfe, die man zu hören bekommt: „Alle Politiker lügen“. Das ist leicht dahergesagt. Sie „tarnen und täuschen“, sie „tricksen und verschleiern“, „vertuschen“ und „übertünchen“ und „verschweigen“, „inszenieren Ablenkungsmanöver“, „führen hinter Licht“ usw. Das Vokabular scheint schier unerschöpflich. Das ist ja nicht weiter verwunderlich. Laut wissenschaftlichen Studien lügt der Mensch mehrmals am Tag; in Gedanken, Worten oder Werken. Na ja, wer weiß, ob die Studien stimmen und nicht übertrieben sind. Aber diese menschliche Verhaltensweise tritt offenbar in vielen Formen auf und man muss schon sprachschöpferisch werden, um die „Artenvielfalt“ beschreiben zu können ...

Das Merkwürdige ist, dass man zwar „den Politikern“ grundsätzliche Unehrlichkeit unterstellt, jedoch dem einzelnen, den man kennt oder zu kennen glaubt, von diesem Vorwurf ausnimmt; speziell wenn er/sie jener Partei angehört, die man demnächst zu wählen gedenkt. Oft endet da die Skepsis und es beginnt der Selbstbetrug.

Worin besteht Ehrlichkeit?

Gefordert wird freilich von einem Politiker – neben vielen anderen Fähigkeiten und Tugenden – vor allem eines: Ehrlichkeit. Sagen zumindest die Demoskopen. Aber worin besteht sie? Ist man nur dann ehrlich, wenn man genau das sagt, was man gerade denkt, glaubt oder auch nur fühlt? Wäre schon die Unterdrückung der momentanen inneren Regung Ausdruck der Unehrllichkeit? Dann könnte nur der Politiker, dem das Herz auf der Zunge liegt, dem der Mund übergeht, weil es (das Herz) angeblich voll ist, als wahrhaft „ehrlich“ gelten. Es soll ja solche Exemplare geben. Manchmal sind sie eine Zeit lang durchaus erfolgreich. Denken Sie nach! Es werden Ihnen Beispiele einfallen ...

Oder endet die „Ehrlichkeit“ erst dort, wo jemand etwas wider besseres Wissen sagt? Aber dann würde auch das Verschweigen eines Problems, einer Erkenntnis, einer wichtigen Tatsache keineswegs unehrlich sein. Und dennoch wird es von politischen Beobachtern zum Täuschungsrepertoire gerechnet. Ich komme darauf noch zurück. Es scheint gar nicht so leicht zu sein, zu klären, was mit der Forderung nach dem ehrlichen Politiker gemeint ist. „Es ist alles sehr kompliziert“, hat einmal ein amtierender Bundeskanzler gesagt. Obwohl es ein ehrliches Geständnis war – aber nicht unbedingt eine wahre Aussage, denn manche Sachen sind auch in der Politik einfach –, wurde er dafür belächelt, verspottet, ja kritisiert.

Ein Politiker, so hat es den Anschein, muss „im Prinzip“ ehrlich sein. So wie alle Menschen; aber soll er es auch immer sein? Auch dann, wenn seine Ehrlichkeit irritierend ist – für seine Kollegen oder für seine Wähler? Und zwar dadurch, dass er/sie etwas zur Unzeit „ausplaudert“, Bedenken zu einer politischen Entscheidung äußert, die er mit vollzogen hat, nicht einseitig argumentiert, sondern laut über Alternativen nachdenkt. Dann war er ehrlich. Aber er wird rasch zum „Bedenkenträger“ gestempelt oder im schlimmeren Fall zum Nörgler an der Parteilinie – obwohl diese oft genug eine schwer erkennbare Schlangenlinie ist ...

Die oft vernehmbare Forderung nach unbedingter Ehrlichkeit ist nicht neu. „Wer nicht, was ihm als das Beste erschiene, vorbringe, sondern in Furcht vor irgendjemandem die Zunge verschlossen halte, scheine der Schlechteste von allen zu sein“. Ein wahrhafter „Dichter-Satz“! So wie jener, „dass die Wahrheit den Menschen zumutbar“ sei. Zumutbar vielleicht; aber der Mut muss auf allen Seiten vorhanden sein. Mir ist der Nestroy'sche Realismus lieber, demzufolge „die Wahrheit was so Erhabenes is, dass man sie nicht jedem auf die Nas'n binden kann“. Wenn man als Politiker darauf hinweist, dass zu viele Schulden des Staates gefährlich sind, gilt man nicht als „ehrlicher Warner“, sondern leicht als ökonomischer Hinterwäldler. Die ebenfalls ehrlichen Kritiker sprechen sofort von „Kaputtsparen“ oder von „Milchmädchenrechnungen“ und verweisen auf die schädlichen Wirkungen von Ausgabenkürzungen. Autoritäten, von John Maynard Keynes bis Paul Krugman, haben sie stets zitierbereit. Es gibt offensichtlich – und das nicht nur in ökonomischen Fragen – mehrere Wahrheiten; oder eine, die irgendwo dazwischen begraben liegt; leider ohne Gedenkstein ...

Abgehen von der Ehrlichkeit

Immer ehrlich sein! Was für eine schwierig zu erfüllende Anforderung! Die Schwierigkeit beginnt schon bei der Klärung dessen, was man selbst wirklich glaubt oder gar weiß. So manch einer verfertigt ja seine Gedanken erst während des Sprechens; oft verwendet man aus Verlegenheit, unter dem Druck, etwas sagen zu müssen, irgendwelche Floskeln, hinter denen man sich verbirgt. Die Diplomatie hat diese Art der Verstellung geradezu zu einer notwendigen Kunstform entwickelt. Man sagt sich eben nicht alles ins Gesicht. Mitunter muss man auch aus Staatsräson auf offene Worte verzichten. Gut, in diese Situation kommt man als Normalpolitiker eher selten. Aber stellen Sie sich vor, ein Finanzpolitiker, der Bescheid weiß, würde auf eine entsprechende Frage ehrlich sagen: „Ich weiß nicht, ob die Bankomaten morgen früh noch Geld ausgeben werden. Die Situation ist nicht unter Kontrolle.“ Ein Sturm auf die Banken wäre die folgenreiche Folge ...

Zumindest unter solchen Bedingungen ist ein Abgehen vom Prinzip der Ehrlichkeit verständlich, wenn nicht sogar notwendig. „Die Menschen fliehen dabei das Betrogenwerden nicht so sehr, als das Beschädigtwerden durch Betrug (...) gegen die vielleicht schädlichen und zerstörenden Wahrheiten (sind sie) sogar feindlich gestimmt.“¹

Ja, ich weiß, große Geister haben selbst die Notlüge mit dem warnenden Hinweis verworfen, dass jede Lüge der „Menschheit“ schadet. Schadensabwägung war ihnen offenbar fremd; und die abstrakte Menschheit wichtiger als der bedrohte Einzelfall ...

Natürlich wäre es schön und bequem, als Politiker immer ehrlich sein zu können. So zu reden, wie einem der Schnabel gewachsen ist. Man bräuchte sich dann nicht an die früheren Lügen zu erinnern. Man kann sich nicht verplappern. „Die Wahrheit ist der beste Schmä“ . „Truth is the safest lie“. Erinnern Sie sich noch an Grillparzer? „Weh dem, der lügt!“ Lesenswert in diesem Zusammenhang, auch wenn das Stück seinerzeit durchgefallen ist. „Dein Wort soll aber sein: Ja, ja; nein, nein (...) Das Schlimmste ist das falsche Wort, die Lüge“, sagt der Bischof, ein Wahrheitsfanatiker, der seinen gefangenen Neffen lieber sterben als gerettet sähe durch eine Lüge. Der schlaue Koch Leon befreit jenen; nicht zuletzt weil er die „passende Wahrheit“ sagt. Es hätte auch schiefgehen können; natürlich nicht in einem „Lustspiel“. Selbst der bischöfliche Wahrheitsfanatiker ist am Ende milder gestimmt, was das allgegenwärtige Phänomen der Lüge betrifft². Ich hoffe, Sie entschuldigen meine literarischen Exkursionen. Ehrlich, sie sind nicht als Ablenkungsmanöver gemeint.

Ich habe einmal einen Politiker gekannt, der seinen Auffassungen immer sehr direkt Ausdruck verliehen hat. „Ja, ja; nein, nein“ könnte sein politisches Lebensmotto gewesen sein. Wenn ihn etwas geärgert hat, ist er zum Fernschreiber gestürzt und hat seine ehrliche Stellungnahme hineingehämmert. Er hat das getan, was so viele

¹ Nietzsche, F. (1873): Nachgelassene Schriften. Über Wahrheit und Lüge im außermoralischen Sinn.

² „Das Unkraut, merk' ich, rottet man nicht aus, Glück auf, wächst nur der Weizen etwa drüber“.

Menschen von Politikern fordern: offen zu reden, die Meinung direkt zu sagen, aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen. Das wurde ihm auch zum politischen Verhängnis. Ach, da gäbe es viele Beispiele! Auf direkte Fragen direkt zu antworten, ist in manchen Situationen inopportun. Vor allem in Wahlkämpfen. Nur nicht öffentlich deklarieren, selbst wenn man sich in Gedanken schon festgelegt hat, wer der nächste Koalitionspartner sein soll! Es „ohne Wenn und Aber“ kundzutun, ist ebenso problematisch wie den obligaten Eiertanz aufzuführen: „Das hängt davon ab, mit wem wir unser Programm ... usw. usw.“. Es ist eben vieles wirklich kompliziert.

Wahrheit sprechen?

Ehrlich zu sein wird ja von vielen auch gleichgesetzt mit „Wahrheit sprechen“. Ich glaube nicht, dass das wirklich dasselbe ist. Viele Menschen, auch Politiker, haben ein schlechtes Gedächtnis und erzählen dann ehrlichen Herzens Dinge, die nicht stimmen. Sind sie unehrlich? Die Wahrheit sprechen sie nicht. Viele geben erlogene Berichte oder Gerüchte weiter, an die sie glauben. Dabei „sagen sie Lügen“, ohne selbst zu lügen. Sie sind vielleicht leichtfertig, aber nicht „unehrlich“ ...

Mit „Wahrheit“, wie sie von der Wissenschaft verstanden wird – und auch dort ist man ja durchaus uneins, welchen Kriterien eine wahre Aussage entsprechen muss –, fange ich in der Politik wenig an. Die Wissenschaftler haben immerhin ihre Methoden, deduktive, induktive, experimentelle, mit denen sie der Wahrheit näherzukommen suchen. Aber dieses Streben nach Wahrheit bewegt sich auf einer anderen Ebene. Wir haben es mit weit trivialeren Problemen zu tun: mit Rechtsfragen, mit Pensions- oder Arbeitsmarktproblemen oder ökonomischen Schwierigkeiten. Oft müssen wir bei deren Behandlung Experten glauben. Denen glauben auch die Medien – auch wenn es viele Expertenmeinungen gibt. Man wählt dann schon die richtigen Gutachter aus – und die liefern. Manchmal ziehen sie sich auch freiwillig in die Öffentlichkeit zurück und geben eine Instant-Expertise mit Wahrheitsanspruch ab. Die Eitelkeit ist ein Hund und der kurzfristige Medienruhm eine Verlockung ...

Überdies besteht die politische Tätigkeit ja nicht gerade darin, die Wahrheit zu finden, sondern andere Menschen von etwas zu überzeugen: von den eigenen Zielen, von der Wichtigkeit der eigenen Themen, von den eigenen „Visionen“. Oder auch nur von den eigenen durchaus nicht wissenschaftlich begründbaren Überzeugungen. (Natürlich ist eine „wissenschaftliche Begründung“ dabei recht hilfreich, wie die Geschichte des Marxismus-Leninismus aufs Schönste veranschaulicht.) Wenn man etwas fest glaubt, aus welchem Grund auch immer, und man will andere, z. B. Wählerinnen und Wähler gewinnen, kann man da unehrlich sein oder gar lügen? Ja, natürlich: durch die Mittel, die man gebraucht. Das große Ziel trägt man auf der Hauptstraße vor sich her, aber seine Verwirklichung betreibt man auf Umwegen. Oder man begründet eine Maßnahme mit dem hehren Ziel und denkt insgeheim an den profanen Nutzen: „Wir wollen etwas gegen den Klimawandel (oder zumindest den Feinstaub) tun und schreiten daher an eine Parkraumbewirtschaftung“. Von den dabei erzielten Einnahmen redet man ungern; höchstens unter dem Deckbegriff eines Lenkungseffekts.

Kleinigkeiten, werden Sie sagen! Vielleicht. Aber oft sind es die in der Politik eingesetzten Mittel, die etwas über die Ehrlichkeit aussagen. Ist es ehrlich, wenn man auf eine aufkommende öffentliche Debatte, die einem nicht ins Konzept passt, bewusst nicht eingeht, ein anderes Thema hochzuspielen versucht und damit von einem unangenehmen, aber vielleicht wichtigen Problem ablenkt? Frei nach dem Satz „Politik ist die Kunst, die Leute daran zu hindern, sich um das zu kümmern, was sie angeht“³.

Politische Wirklichkeit schaffen

Ist es ehrlich, wenn man Wahlversprechen nicht einhält? Soll ja vorkommen. Vermutlich werden Sie sagen, das sei unehrlich. Nicht unbedingt. Nur dann, wenn man zum Zeitpunkt des Versprechens schon wusste, dass man das Versprechen nicht wird einlösen können – aus finanziellen Gründen oder weil man kei-

³ Paul Valéry

ne Mehrheit oder Koalitionspartner dafür findet. Manches kann man ja leicht versprechen, weil man weiß, dass man nicht in die Verlegenheit kommt, die Zusage umsetzen zu können ... Aber im Wahlkampf z. B. glaubt man sich selbst viel, wenn man einen Satz nur oft genug wiederholt hat.

Und etwas kann man den Politikern nicht wirklich als Unehrllichkeit auslegen: ihr Wollen. Sätze, die Wollen ausdrücken, sind grundsätzlich nicht „wahrheitsfähig“. Dementsprechend hören Sie von Politikerinnen und Politikern Aussagen wie: „das ist mir ganz, ganz wichtig“, oder „ich will, dass das möglichst bald umgesetzt wird“; oder den Ausdruck (sinngemäß) „Yes, we can!“, der festen Willen und Zuversicht suggerieren soll.

Mit derartigen öffentlichen Bekundungen will man nicht „Wahrheit sprechen“, sondern politische Wirklichkeit schaffen. Das Diktum soll irgendwann einmal zum Faktum werden. Nur sehr nüchterne Politiker distanzieren sich von „Visionen“. Viele würden gerne eine mitreißende und überzeugende Rede halten, die mit den Worten beginnt: „I have a dream“! Man will Entschlossenheit zeigen – nur weiß man leider oft nicht, wozu ... Aber ist das unehrlich?

Unangreifbar und immun gegen den Täuschungsvorwurf ist auch die Floskel: „Ich bin der Meinung“. Darin kommt, obwohl mit bedeutungsvoller Gestik und Stimme vorgebracht, etwas Subjektives, Vorläufiges zum Ausdruck. Meinungen sind kein fester Glaube. Man sieht in ihnen etwas Veränderliches, Revidierbares, Flexibles. Ein österreichischer Bundeskanzler war mit dieser Art von Rhetorik durchaus erfolgreich. Interessiert, amüsiert, ja begeistert wurde beobachtet, wie er seine Standpunkte veränderte, trickreich die Kurve kratzte, wie man so schön sagt, und gefinkelt von früheren Aussagen Abschied nahm – z. B. von Rücktrittsabsichten im Fall einer Abstimmungsniederlage. Nicht seine Ehrlichkeit, sondern seine Wendigkeit wurde bewundert, sein souveräner Umgang mit den eigenen Meinungen.

Aber das ist nicht typisch für die Sprache von uns Politikern. Die meisten neigen, zumindest in Interviews, zu vorsichtigen Äußerungen; sie umgehen die Frage, sagen das, was sie sich zu sagen vorgenommen haben, verweisen auf „die Gremien“, in denen das Problem erst diskutiert werden muss; erklären, dass sich das Problem „so nicht stellt“, oder gebrauchen Formulierungen, die bis zur Unwirklichkeit ab- und ausgewogen sind. „The words I never say never get me into trouble“ soll das Motto eines US-Präsidenten gewesen sein. Das kann man schwer verübeln. Mit klaren Aussagen legt man sich oft zu früh fest; sie rufen die Kritiker rasch auf den Plan – die politischen Mitbewerber und die Medien. Natürlich frohlocken die Medien über „starke Sager“ und ein Abdruck ist sicher – wenn schon nicht in der Geschichte, so doch in der Presse ... Natürlich will ein Politiker, so wie wohl die meisten Menschen, als ehrlich gelten. Die eigene Ehrlichkeit kann man freilich nur schlecht selbst kommunizieren. Wenn einer allzu oft sagt „wenn ich ganz ehrlich bin“ ... oder „offen gesagt“, fragt sich der Zuhörer unwillkürlich, ob die sonstigen Aussagen nur mit Vorsicht zu genießen sind.

Ehrlichkeit ist zu wenig

Den Ehrlichkeitseindruck kann man ein bisschen durch authentisches Outfit zielgruppenangepasst zu stärken versuchen: durch Trachtenanzug oder, früher einmal, durch zerschlissene Jeans oder durch eine rote Nelke im Knopfloch; oder indem man sich aufs Fahrrad schwingt oder deftige Sprüche in der richtigen Mundart klopft. Höflichkeit, ausgesuchte Höflichkeit zumal, gilt – und das nicht erst seit Kurzem – als Täuschungstaktik.⁴

Das dringende Verlangen, den eigenen Aussagen Glaubhaftigkeit zu verleihen, hat ja manchmal skurrile Handlungen gezeitigt; etwa, dass man sich notariell die Aussage beglaubigen ließ, ein bestimmtes politisches Amt nicht bzw. nicht mehr anzustreben. Es soll auch schon beim Augenlicht der Kinder und Ähnlichem geschworen worden sein.

⁴ Johann Wolfgang von Goethe: „Im Deutschen lügt man, wenn man höflich ist“. (Faust II, 2. Akt).

Aber man darf die Bedeutung des Faktors „Ehrlichkeit“ für das Politiker-Image nicht überschätzen. Nur als „ehrliche Haut“ zu gelten, ist definitiv zu wenig. Stellen Sie sich einmal vor, ein Politiker würde nach der Devise „Ehrlichkeit über alles“ in Interviews mehrfach Dinge sagen wie: „Dazu hab’ ich keine Meinung“, „ich weiß es nicht“, „da müsste ich erst nachdenken“, „diese Matschkerei geht mir auf die Nerven“ oder gar „dieses Problem übersteigt meine Kräfte“. Das geht höchstens im Scherz. Gefragt sind auch nicht Sätze mit „entweder“ und/oder „sowohl als auch“, sondern in aller Regel eher solche, die Souveränität, feste Zuversicht und Entscheidungssicherheit signalisieren.

Mangelnde Ehrlichkeit ist das eine; explizite Lügen etwas anderes. Ja, da gibt es natürlich viele Spielarten. Im engeren Sinn lügt ein Mensch dann, wenn er etwas sagt, von dem er weiß, dass es nicht stimmt. Davon zu unterscheiden ist das Verschweigen oder die unvollständige Weitergabe wichtiger Informationen; noch einmal etwas anderes ist die Verstellung, die in den verschiedensten Formen auftritt: als Schmeichelei, als Rollenspiel, als psychologische Masquerade. Und auch die Lügen im eigentlichen Sinn treten in vielfacher Gestalt auf: Man argumentiert (selektiv) mit falschen Zahlen – sei es bei der Zahl der erwartbaren Migranten, sei es bei der Frage der Sicherheit der Pensionen. Mancher lügt aus purer Bequemlichkeit, um sich lästige Fragen zu ersparen und hofft, dass nie jemand nachfragt. Ein anderer greift zur listigen Lüge, mit der er den gutgläubigen Kontrahenten hereinlegt. Besonders gefährlich sind die Halbwahrheiten, die den lügenhaften Teilen der Aussage den Anstrich von Plausibilität geben. In der Disziplin gab’s hierzulande schon richtige Großmeister, deren erfundene Geschichten immer auch das berühmte „Körnchen Wahrheit⁵“ enthalten haben.

Besonders „bemerkenswert“ war übrigens einmal ein Wahlplakat eines Politikers mit dem Slogan „Er hat Euch nicht belogen“. Man sollte infolge Erfahrung misstrauisch sein, wenn jemand allzu sehr auf seine Ehrlichkeit oder Moral pocht – und sie den anderen im-

⁵ „Nicht die Lügen, sondern die sehr feinen falschen Bemerkungen sind es, die die Läuterung der Wahrheit aufhalten“ (Georg Christoph Lichtenberg, F. Sudelbuch).

plizit oder explizit abspricht. Nicht nur aus der Literatur, auch aus der Geschichte sind die Tugend-Heuchler und ihre Taten hinreichend bekannt. Ein Politologe hat einmal geschrieben: „Die größten Lügner sind die Saubermänner, die Politik als das sprichwörtlich schmutzige Geschäft verleumdern. Es ist ein untrügliches Kennzeichen populistischer Politiker (...) so zu tun, als ob sie nichts als das allgemeine Gute im Auge hätten und unablässig darauf bedacht wären, dem Volk reinen Wein einzuschenken, gesinnungsethisch ihren innersten Überzeugungen folgten und diese stets mit Aufrichtigkeit verträten“.

Falsche Politikeraussagen – sie müssen nicht unbedingt Lügen darstellen – erkennt man mit ziemlicher Sicherheit am Gebrauch ganz harmloser Worte wie „immer“, „nie“, „alle“.

Skepsis schützt

Der beste Schutz vor der Gefahr, ein Opfer der Unehrllichkeit zu werden, ist freilich eine gute Portion Skepsis. Die ist in weiten Kreisen der Bevölkerung ohnedies vorhanden. So gesehen ist die Unterstellung, „die Politiker“ neigten stets zum Tarnen und Täuschen, vielleicht sogar ein Gewinn; besser jedenfalls als blindes Vertrauen. Auch die öffentliche Diskussion, so unangenehm sie sein mag, hat ihr Gutes; selbst wenn die Institutionen, von denen sie getragen ist, ihrerseits wenig glaubwürdig scheinen. Solange sie nicht „gleichgeschaltet“ sind – wie in totalitären Staaten –, ist das kein allzu großes Problem.

Ich hoffe, ich habe Sie nicht allzu sehr verwirrt. Es ist eben sehr viel – nicht alles – sehr kompliziert. Was bleibt? Vielleicht das: Man muss von den Politikern fordern, dass sie ehrlich sind; aber man kann es nicht erwarten; noch weniger kann man damit rechnen. In „der Wahrheit leben“, wie Václav Havel das genannt hat, mag im Widerstand gegen Unterdrückung und Gewalt fallweise möglich sein; oder für „Heilige“. Wir Normalsterblichen haben zumindest die Neigung zur Lüge, zur Selbst- und Fremdtäuschung, zur Verstellung und „umwinden“ uns damit – frei nach dem Skeptiker Franz Grillparzer – „mit Märchen und dem Scherz ... der Wahrheit Bild“.

Literatur

Meier, C. (1993):

Griechische und moderne Demokratie.

In: Kemper, P. (Hrsg.). Opfer der Macht. Müssen Politiker ehrlich sein?

Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Kant, I. (1797):

Aufsatz: Über ein vermeintliches Recht aus Menschenliebe zu lügen.

de Montaigne, M. (1998):

Über die Lügner.

Frankfurt am Main: Eichborn Verlag

Offe, C. (1993):

Falsche Antworten, verlogene Fragen.

In: Kemper, P. (Hrsg.). Opfer der Macht. Müssen Politiker ehrlich sein?

Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Die Herrlichkeit der Politik

Über kleine Schritte für eine Richtungsänderung zugunsten von mehr Ehrlichkeit im Umgang miteinander und in der Politik

Norbert Schnedl

Ganz aufgeregt wurde die Stimme unserer Pressereferentin am Telefon: „Nein, nicht die Herrlichkeit, es geht um die Ehrlichkeit in der Politik!“ Und seit wann gibt es die? So oder so ähnlich würde der gelernte Österreicher am Beginn des 21. Jahrhunderts wohl fragen. Also, wenn es um die Ehrlichkeit geht, da werden wir wohl ganz am Anfang beginnen müssen.

Christgewerkschafter/innen in Österreich

Die politische Landschaft Österreichs unterscheidet sich auf verschiedene Arten von unseren Nachbarländern. So trägt in Österreich, zum Unterschied von Deutschland, die Volkspartei ÖVP das „C“ der Christdemokraten bzw. Christlichsozialen (CDU/CSU) nicht im Parteinamen. Somit ist die FCG, unsere Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im ÖGB, abgesehen von einigen kleinen Gruppierungen, die einzige politische Großorganisation mit über 200.000 Mitgliedern, die sich nicht nur auf ein christliches Wertefundament beruft, sondern dies auch mit dem „C“ im Namen öffentlich darstellt. Im aktuellen Grundsatzprogramm der FCG, welches beim letzten Bundestag 2009 einstimmig beschlossen wurde, nehmen wir schon mit dem Titel „Wir leben Werte!“ auch ausdrücklich Bezug auf dieses Wertefundament. Man muss aber kein/e Experte/in in Christlicher Soziallehre sein, es reicht eine Erinnerung an die Zehn Gebote, wenn es um das Thema Ehrlichkeit geht. In der Einheitsübersetzung der Bibel in deutscher Sprache finden sich im Buch Deuteronomium die Gebote 7 bis 10: „... du sollst nicht stehlen, du sollst nichts Falsches gegen deinen Nächsten aussagen, du sollst nicht nach der Frau deines Nächsten verlangen und du sollst nicht das Haus deines Nächsten begehren, nicht

sein Feld, seinen Sklaven oder seine Sklavin, sein Rind oder seinen Esel, nichts, was deinem Nächsten gehört.“ (Deut 5,19-21) Die Rückbesinnung auf ein Wertefundament, welches auf den Grundgeboten einer Religion – in unserem Fall: des Christentums – aufsetzt, hat aber einen ganz wesentlichen Zusatznutzen. Allen Religionen ist nämlich eines gemeinsam: Sie lehren uns zwischen Himmel und Erde, zwischen dem Göttlichen und dem Menschlichen zu unterscheiden. Und sie ordnen das Hundertprozentige, das Absolute, dem Göttlichen zu. Dies bedeutet für das irdische Leben: Es gibt hier nichts „Absolutes“ – oder: In jeder Lüge steckt auch ein Körnchen Wahrheit – und umgekehrt.

Die reine Wahrheit

„Absolute Truth“: Unter diesem Titel hat der britische Journalist Edward Stourton ein Buch veröffentlicht, welches die Geschichte der Kirche seit dem Zweiten Vatikanum beschreibt und darin auch die ideologische Schlacht gegen den Kommunismus und die Wende der Kirche zur Entwicklung der Welt nachzeichnet. „Katholizismus und Kommunismus stützten sich auf die Vorstellung von absoluter Autorität, die von ganz oben nach ganz unten strömte. Die Strukturen rund um einen Generalsekretär der Kommunistischen Partei oder um einen Papst beruhen beide auf dem Glauben, dass ihre Oberhäupter einen besonderen Zugang zur Wahrheit haben“, schreibt Stourton. Historisch könnte man es bei der Beschreibung eines Kampfes zweier Systeme belassen, wären der fatalen Logik nicht so viele Menschen zum Opfer gefallen. Mittlerweile ist es hundert Jahre her, seit im Jahr 1912 erstmals in Sankt Petersburg die „Prawda“ erschien, die zwischen 1918 und 1991 das Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Sowjetunion darstellte – und übersetzt heißt der Titel einfach „Wahrheit“! Wenn aber eine Partei für sich die Wahrheit beansprucht – und dies auch so veröffentlicht –, was ist dann mit jenen, die eine andere Meinung vertreten? Neben der Wahrheit kann es ja nur Unwahrheiten geben und jene, die diese verbreiten, müssen demzufolge Lügner sein. Also folgen in dieser Logik Bespitzelung, Verhaftung, Folter, Umerziehungslager – und über

Jahrzehnte gab es in ganz Mittel- und Osteuropa den Begriff „politische Gefangene“. Nicht als Fiktion – sondern als bittere Realität und selbstverständlich im krassen Widerspruch zur „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der UNO, wo uns im Artikel 18 die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit ebenso zugesichert wird wie im Artikel 19 die Meinungsfreiheit. Die Nachwehen der Sowjetunion sind bis heute z. B. in Russland spürbar, wo Mitglieder der feministischen, regierungs- und kirchenkritischen Punkrock-Band „Pussy Riot“ im August 2012 zu zwei Jahren „Straflager“ verurteilt wurden.

Postdemokratische Ernüchterung

Die „großen Geschichten“, die -ismen des 19. und 20. Jahrhunderts, sie scheinen hinter uns zu liegen. Am Beginn des 21. Jahrhunderts beschreibt Colin Crouch unsere Gesellschaft auf einem Weg in die Postdemokratie. „Auch wenn die Postdemokratie weiter voranschreiten mag“, schreibt er, „muss man doch davon ausgehen, dass es neuen sozialen Identitäten nach wie vor möglich sein wird, sich zu formieren, sich ihres Außenseiterstatus im politischen System bewusst zu werden, laut und deutlich Zutritt zu den Institutionen zu verlangen und damit die Welt der konventionellen postdemokratischen Kampagnenpolitik mit all ihren Inszenierungen und schrecklichen Phrasen zu stören.“ Auch dies keine „absolute Wahrheit“, sondern der Versuch, die Richtung zu beschreiben, in dieser so unübersichtlich gewordenen Zeit. Crouch bringt auch einen dritten „Schlüsselspieler“ ins Geschehen. Denn während sich die Politik auf ein eher pragmatisches Vorgehen in kleinen Schritten einpendelt, verbunden mit der Hoffnung, damit Schlimmeres zu vermeiden – so ungefähr ließe sich wohl das „Vorantasten“ der Europäischen Union in der Krise seit 2009 beschreiben – während also Politik immer nüchterner wird, prägt die Wirtschaft immer mehr das Geschehen. Um auf „gesättigten Märkten“ bestehen zu können, wo die Grundbedürfnisse weiter Teile der Bevölkerung mit industrieller Produktion z. B. von Lebensmitteln (Massentierhaltung) gedeckt werden können, muss die Werbewirtschaft immer neue Bedürf-

nisse „erfinden“. Und so werden die „Botschaften“ immer eindringlicher, sowohl die Versprechungen wie z. B.: „Schrei vor Glück!“ – weil Du diese oder jene Schuhe, dieses oder jenes Kleid geliefert bekommen hast – wie auch die immer unverhohlene Drohung: „Du wirst nicht dazugehören!“ – wenn Du dir diese oder jene Marke nicht leisten kannst. Was also ein „Must have“ ist und was „gar nicht geht“, sagt längst nicht mehr die Religion und auch nur mehr am Rand – immerhin erfolgt noch die Gesetzgebung in Parlamenten – die Politik, aber für unsere Art zu leben setzen längst Weltmarken wie Coca-Cola, Red Bull oder McDonald's, Apple und Samsung oder klingende Modelabels die entscheidenden Markierungen. Das Grundsatzprogramm der FCG benennt als erste aktuelle Herausforderung im 21. Jahrhundert eben diese „Schieflage“ und fordert eine „neue Balance der prägenden Teilbereiche unserer Gesellschaft – Politik, Religion, Wirtschaft, Bildung, Kunst und Wissenschaften – zueinander“.

Leben auf des Messers Schneide

Mittlerweile beginnt es auch der Wirtschaft zu dämmern. Mit seinem Buch „Die Ökonomie von Gut und Böse“ beschreibt Tomáš Sedláček, wie tief die Ökonomie in der Kultur verwurzelt ist und fordert radikal neue Wege. Er schreibt: „Wir müssen zunächst die ursprüngliche Methodologie völlig verwerfen und es wagen, an etwas ganz Neues zu denken. Der Weg zu einer neuen Wahrnehmung der Welt führt nur über die Aufgabe der derzeitigen.“ Es ist also eine Entscheidung gefordert – aber Entscheidungen gehen Interessenlagen voraus. Um bei einem Beispiel aus der Wirtschaft zu bleiben: Beim Kauf oder Verkauf eines Gegenstands haben Käufer und Verkäufer – im Regelfall – gegensätzliche Interessen. Die einen wollen möglichst viel bekommen, die anderen möglichst wenig zahlen. Und für Gewerkschafter/innen gehört die Vertretung der Interessen von Arbeitnehmer/innen zum täglichen Brot. So stellt sich bei allen Verhandlungen die Frage: „Heiligt der Zweck die Mittel?“ Also, zählt letztlich nur das Ergebnis? Wenn wir „Gut und Böse“ – also moralische Vorstellungen – bei diesen Fragen berücksichtigen, kommen wir sehr

rasch zu Grenzen. Was ist als „Verhandlungstaktik“ erlaubt? Wo beginnt die „unerlaubte Zone“? Wobei auch die Ergebnisse – die im Regelfall einen Kompromiss dieser gegensätzlichen Interessen darstellen – im Scheinwerferlicht der „Ehrlichkeit“ noch eine Prüfung über sich ergehen lassen müssen: Waren sie wirklich das beste zu erzielende Ergebnis? Wie kann man ein Verhandlungsergebnis dem Auftraggeber gegenüber vertreten? Es scheint, als bräuchten wir in solchen Entscheidungssituationen nicht nur eine gehörige Portion an Mut, sondern auch an Demut. Eine weitere Zuspitzung des Wettbewerbs erleben nicht nur politische Parteien, sondern auch praktisch alle Wirtschaftszweige bis hin zu einzelnen Arbeitnehmer/innen durch die Globalisierung. „To be competitive“ fordert der bekannte Österreicher Niki Lauda nicht nur von Formel-1-Teams, eine ständige Beschleunigung bei der Wettbewerbsfähigkeit zieht sich wie ein „roter Faden“ durch unsere Art zu leben. Mit der „Durchökonomisierung“ aller Lebensbereiche wird es immer wichtiger, das Denkkorsett der bisherigen Arbeitsgesellschaft zu verlassen, fordert der Wiener Berufsbildner Erich Ribolits. „Es ist höchste Zeit für die Einsicht, dass der Mensch sich nicht als ‚arbeitender Konsument‘ vom Tier unterscheidet, sondern als denkendes und eigenverantwortlich handelndes Wesen.“

Demokratie braucht Demokraten

Wenn Ehrlichkeit in der politischen Praxis gefordert wird, dann muss man sich auch auf den politischen Alltag einlassen. Zumindest zwei Seiten verdienen eine genauere Betrachtung: das Verhältnis der politischen Parteien zu den Wählerinnen und Wählern und die Durchsetzung innerhalb einer parlamentarischen Demokratie, was das Finden von Mehrheiten voraussetzt. Ein Beispiel für die – nicht immer einfache – Beziehung zwischen Wähler/innen und politischen Parteien ist die steirische Gemeinde Fohnsdorf. Dort hatte der Bürgermeister mit einigen Großprojekten einen so großen Schuldenberg angehäuft, dass de facto eine Zahlungsunfähigkeit bestand. Weil in Österreich keine Gemeinde in Konkurs geht, schickte das Land Steiermark einen

Regierungskommissar in die Gemeinde. Mit öffentlichen Geldern wurde saniert und eine Neuwahl ausgeschrieben. Der seines Amtes enthobene Bürgermeister folgte zwar seiner Landespartei, in diesem Fall der SPÖ, nicht mehr für die Partei zu kandidieren, gründete aber – mit den ehemaligen Gemeinderäten – eine Namensliste. Wer den Ausgang dieser Geschichte nicht kennt, kann es wahrscheinlich erraten: Die Namensliste schaffte eine deutliche Mehrheit! Nur ein kleines Beispiel für jene Logik, die offenbar dazu geführt hat, dass in ganz Europa Gemeinden, Länder und Staaten seit Jahrzehnten Schulden anhäufen. Denn welche Partei will nicht Wahlen gewinnen? Aber auch die Durchsetzung des „politischen Willens“ in einem Parlament eröffnet spannende Fragen in Bezug auf die Ehrlichkeit. Es geht nämlich bei einem Beschluss zunächst einmal nicht um die Wahrheit, sondern um die Mehrheit. Konkret bedeutet das: 50 Prozent und eine Stimme sind dafür notwendig. Als erfolgreichste Strategie hat sich dabei die „Klub-Bildung“ erwiesen. Wenn also eine möglichst große Gruppe von Abgeordneten mit möglichst einheitlicher Meinung auftritt, wird sie diese auch durchsetzen können. Für den/die einzelne/n Abgeordnete/n bedeutet das sehr oft eine „Turnübung“, die wir als Spagat kennen. Wo kann er oder sie gerade noch mit, sowohl in Bezug auf persönliche Überzeugungen als auch auf Interessengruppen oder Wahlkreise, die von ihm oder ihr vertreten werden? Nur Realitätsverweigerer können annehmen, dass hier nicht immer wieder Reibungsflächen entstehen. Im aktuellen Grundsatzprogramm fordert die FCG: „Die Demokratie steht und fällt mit der aktiven Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger, als Einzelne, aber auch als gesellschaftliche Gruppen. Darum gehört die demokratische Bewusstseinsbildung zu den großen Aufgaben einer selbstverantwortlichen Gesellschaft, auch einer Gewerkschaftsbewegung.“

Wahrheit sagen oder Wahlen gewinnen?

„Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar“: Unter diesen Titel hatte Ingeborg Bachmann ihre Dankesrede für einen Hörspielpreis im Jahr 1957 gestellt. „Wir sagen sehr einfach und richtig,

wenn wir in diesen Zustand kommen, den hellen, wehen, in dem der Schmerz fruchtbar wird: Mir sind die Augen aufgegangen. Wir sagen das nicht, weil wir eine Sache oder einen Vorfall äußerlich wahrgenommen haben, sondern weil wir begreifen, was wir doch nicht sehen können. Und das sollte die Kunst zuwege bringen: dass uns, in diesem Sinne, die Augen aufgehen.“ Wenn wir dieser Aussage von Bachmann eine Anleitung für Interviews – wie sie vom Stil her seit Jahren im ORF zu beobachten sind – gegenüberstellen, wird das Spannungsfeld sichtbar: „Nehmen Sie sich eine konkrete Zielsetzung vor und steuern Sie diese immer wieder im Verlauf des Interviews an. Lassen Sie sich durch Fragen nicht in die Defensive drängen, sondern versuchen Sie bei jeder Antwort, auf Ihr eigenes Thema hinzulenken.“ (Friedrich/Ditz – „Wer nicht auffällt, fällt durch“) Auf der einen Seite die Künstlerin, die will, dass uns die Augen aufgehen. Auf der anderen Seite die zahlreichen Berater, die unsere Politiker/innen auf „Kampfrhetorik“ hintrainieren – und immer darauf hinweisen, dass Erfolg in und über die Medien mit dem Einhalten dieser „Spielregeln“ erkaufte werden müsse. So erreichen wir mit einer Frage den Knackpunkt: „Wollen Sie die Wahrheit sagen oder wollen Sie Wahlen gewinnen?“ Nach dieser Zuspitzung auf das „oder“ doch noch eine kleine Entlastung für die handelnden Personen. Solange es gelingt, demokratische Verhältnisse zu bewahren, gilt der Satz: In der Demokratie hat jedes Volk die Regierung, die es verdient!

Die Weite suchen

In seinem Buch „Christen in der Arbeitswelt“ macht Paul Michael Zulehner Mut, angesichts der geschilderten Zustände nicht „das Weite“ zu suchen, sondern vielmehr „die Weite“. Menschen, die sich nicht abfinden „mit der Flucht vor dem alltäglichen Leben und den letztlich enttäuschenden Versuchen, den Himmel auf Erden zu erzwingen.“ Es werden wohl nur kleine Schritte sein, die aber in Summe eine Richtungsänderung zugunsten von mehr Ehrlichkeit im Umgang miteinander und in der Politik bewirken.

Der Versuch einer Zusammenfassung:

- Demokratie gedeiht nicht in einer Monokultur. Sie braucht eine vielfältige Parteienlandschaft – und diese muss auch gefördert werden.
- Parteien könnten viel öfter den STS-Songtext leben: „eine Meinung haben, dahinter stehen“ – und niemand hat ein Monopol auf kluge Ideen.
- Verträge sind einzuhalten, das haben wir schon von den Römern gelernt, und doch muss es immer wieder neu gelebt werden.
- Als Bürger/in (mit)verantwortlich sein unterscheidet uns wesentlich von Kampfrichtern, die lediglich die Pirouetten auf Eisflächen bewerten.
- Das Bemühen, sich wenigstens in der „Rufweite der Wahrheit“ zu bewegen und „Killer-Phrasen“ zu vermeiden, würde eine neue Diskussionskultur ermöglichen.

Zum Abschluss noch einmal ein augenzwinkernder Blick auf den Titel: Wenn sich unsere politische Kultur – als in guter Balance befindlicher Bestandteil unserer Art zu leben – in diese Richtung hin entwickeln würde: „Jetzt einmal ganz ehrlich: Wäre das nicht herrlich?“

Literatur

Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter (2009):

Grundsatzprogramm: Wir leben Werte!

Wien: Eigenverlag FCG

Interdiözesaner Katechetischer Fonds (Hg.) (1980):

Einheitsübersetzung der Heiligen Schrift.

Klosterneuburg: Österreichisches Katholisches Bibelwerk

Stourton, E. (1998):

Absolute Truth. The Catholic Church Today.

London: Verlag Viking – Deutsch: Mödling: Verlag St. Gabriel

Crouch, C. (2008):

Postdemokratie.

Frankfurt am Main: Suhrkamp

Sedlacek, T. (2012):

Die Ökonomie von Gut und Böse.

München: Carl Hanser Verlag

Gjecaj, A. (2011):

Christliche Soziallehre.

Wien: Verlag des ÖGB

Friedrich, G.; Ditz, K. (1997):

Wer nicht auffällt, fällt durch. Die neuen Spielregeln für die Piktogramm-Gesellschaft.

Wien: Deuticke

Zulehner, P. M. (2011):

Christen in der Arbeitswelt.

Wien: Verlag des ÖGB

Die Vertrauenskrise

Was der Bankensektor zur Rückgewinnung von Vertrauen beitragen kann

Heinrich Schaller

Die öffentliche Wahrnehmung von Banken hat sich seit Beginn der Wirtschafts- und Schuldenkrise stark verändert. Das Vertrauen der Bevölkerung in Finanzinstitute jeglicher Art hat rapide abgenommen, wie diverse Meinungsumfragen bestätigen: Auf die Frage „Wie sicher ist Ihrer Meinung nach das Geld bei Banken?“ antworteten bei einer Spectra-Umfrage im Herbst 2011 71 Prozent der Befragten mit „völlig sicher“ oder „sicher“. Bei derselben Umfrage im Jahr 2009 waren dies noch 76 Prozent. Noch dramatischer zeigt sich dies bei der Frage „Wie groß ist Ihr grundsätzliches Vertrauen in die österreichischen Banken als Finanz-Institutionen?“. Antworteten 2009 noch 56 Prozent mit „sehr groß“ oder „groß“, waren dies im Jahr 2011 nur noch 39 Prozent. Ein Rückgang um 17 Prozentpunkte! Die Interviewten unterschieden dabei allerdings sehr wohl zwischen den Banken, denn 42 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass das Geld nicht bei allen österreichischen Banken gleich sicher ist. Vor allem das Vertrauen zur eigenen Hausbank – egal, welche dies auch ist – ist überdurchschnittlich hoch im Vergleich zum Image von fremden Instituten. Dies relativiert die Misstrauensfrage doch etwas.

Verunsicherte Gesellschaft

Der Vertrauensverlust der Menschen betrifft aber nicht nur den Finanzmarkt, sondern unser Wirtschaftssystem insgesamt und ebenso die Politik, der die Bevölkerung derzeit nur wenig Lösungskompetenz zutraut. Die Begriffe Finanz- oder Wirtschaftskrise greifen also zu kurz. Vielmehr muss man von einer Vertrauenskrise sprechen, die durch Verunsicherung in Großteilen der Gesellschaft geprägt ist.

Auch die Ursachen der Krise sind vielfältig: Aufseiten der Politik wurden einige Fehleinschätzungen getroffen, deren negative Auswirkungen wir heute spüren. Dies beginnt bei der Überschuldung vieler Staaten, von denen man in den letzten Jahrzehnten annahm, dass sie unmöglich bankrott gehen könnten. Ebenso stellt sich die Zinspolitik der Zentralbanken, vor allem die der FED, aus heutiger Sicht als fragwürdig dar. Durch das künstlich niedrig gehaltene Zinsniveau wollte die amerikanische Regierung Investitionen und Konsum ankurbeln, aber vor allem breiten Teilen der Bevölkerung günstige Kredite ermöglichen, um Eigenheime finanzierbar zu machen. Eine Politik, die übrigens sowohl in der Ära Clinton als auch unter Präsident Bush verfolgt wurde! Leider stellte sich heraus, dass die Märkte zu überhitzen drohten und die FED dadurch gezwungen war, die Zinsen anzuheben. Die Kredite konnten von den Schuldnern nicht mehr bedient werden und so stand das amerikanische Bankensystem in kürzester Zeit vor Tausenden an uneinbringlichen Krediten und in Folge vor ebenso vielen Immobilien, die unter massivem Wertverlust gelitten hatten. Erschwerend kam hinzu, dass die Kredite relativ leichtfertig und meist ohne Besicherung vergeben worden waren und damit dieser Wertverlust vollständig zum Tragen kam.

Parallel dazu wurde der Geld- und Kapitalmarkt durch Investmentbanken und Finanzdienstleister destabilisiert, die immer stärker auf Finanztransaktionen gesetzt haben, die von der Realwirtschaft völlig losgelöst waren. Amerikanische Investmenthäuser haben Finanzinstrumente fernab von Bankbilanzen kreiert, mit anderen Produkten – teils auch mit den uneinbringlichen Krediten – verschachtelt und nach Europa exportiert. Weder die amerikanische Bankenaufsicht noch die angloamerikanischen Ratingagenturen haben die fatale Situation vor vier Jahren richtig beurteilt und somit auch die Probleme von Lehman Brothers, der damals zweitgrößten amerikanischen Investmentbank, nicht erkannt. Vernünftige Maßnahmen, um die Lehman-Brothers-Pleite rechtzeitig zu verhindern, blieben also aus.

Unvorbereitetes Europa

Den europäischen Banken kann man den Vorwurf allerdings auch nicht ersparen, dass offenbar sämtliche Sicherheits- und Prüfungsmaßnahmen versagt haben, denn ansonsten hätten diese faulen Produkte niemals gekauft werden dürfen. Durch deren Import wurde die Finanzkrise jedoch über den Atlantik gebracht und damit auch der europäische Finanzmarkt destabilisiert.

In Europa, wo die Staatsverschuldung vieler Länder lange Zeit viel zu wenig beachtet wurde, war man auf diese amerikanischen Finanzpleiten nicht vorbereitet. Man hatte kein ausreichendes Instrumentarium, um zu verhindern, dass sich diese amerikanischen Probleme auf den europäischen Märkten so dramatisch niederschlagen.

Die Suche nach den Ursachen der Krise ist also sehr umfangreich, da diese äußerst vielfältig sind und nicht ausschließlich bei einzelnen, klar erkennbaren Auslösern liegen. Leider wird in vielen Medien und in Folge auch in der Öffentlichkeit die Krisenentstehung sehr vereinfacht dargestellt. Oft macht man den ganzen Finanzsektor zum Sündenbock, ohne dabei weiter zu differenzieren. Beispielsweise wird oft zwischen Investment- und Kommerzbanken nicht unterschieden. Diese erfüllen für die Volkswirtschaft völlig andere Aufgaben und sind daher unterschiedlich zu behandeln. Darüber hinaus haben sie in der Entstehung der Krise gänzlich andere Rollen gespielt und sollten demnach auch unterschiedliche Verantwortungen übernehmen.

Für einen Banker sind dies keine besonders rosigen Aussichten, denn Vereinfachungen wie diese, die leider auch in der Politik passieren, führen dann häufig zu unangemessenen – oft überschießenden, oft auch nicht ausreichenden – politischen und gesetzlichen Maßnahmen. Problematisch ist auch die europäische Unterwerfung unter US-Regulierungsvorschläge. Basel II beispielsweise war eine solche amerikanische Idee, die von den USA nie umgesetzt, von der EU aber in vorauseilendem Gehorsam implementiert worden war. Derzeit ist zu beobachten, dass die europäische Politik den ameri-

kanischen Unterscheidungsansätzen zwischen Kommerz- und Investmentbanken folgt. Grundsätzlich eine sinnvolle Trennung, nur die amerikanische Zugehensweise entspricht eben nicht dem europäischen Finanzsystem, das häufig aus traditionell gewachsenen Mischbanken besteht, deren geschäftliche Trennung wahrscheinlich den Untergang dieser Unternehmungen zur Folge hätte. Gerade bei den Verhandlungen zu Basel III sollte auf unsere speziellen, europäischen, oft sehr kleinteiligen Strukturen besonders Rücksicht genommen werden. Europa muss demnach in seinen Regulierungsansätzen selbstbewusster werden und mehr auf die Strukturen des eigenen Systems achten, um die passenden Lösungen zu finden. Diese Abgrenzung von amerikanischen Ansätzen – bei aller Verbundenheit mit der amerikanischen Wertehaltung und den USA als wichtigstem Partner Europas – würde sicher das Vertrauen der Europäer in Europa erhöhen.

Vertrauen durch Transparenz

Die Entstehung der Krise hat viele Ursachen in den unterschiedlichsten Bereichen. Genauso wird die Rückgewinnung des Vertrauens der Menschen in die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Institutionen nicht durch einen Einzelnen, eine einzelne Branche oder eine einzelne Maßnahme bewerkstelligt werden können. Ohne gemeinsames und koordiniertes Vorgehen sind die Erfolgsaussichten gering. Die Banken können dazu allerdings wesentlich beitragen und müssen dies auch aus Eigeninteresse heraus tun, denn Vertrauensverlust bedeutet für ein Unternehmen immer auch Imageverlust. Imageverlust schlägt sich meist im abnehmenden wirtschaftlichen Erfolg nieder. Da Banken als wirtschaftliche Unternehmen auf Gewinne ausgerichtet und darüber hinaus Volkswirtschaften auf ein funktionierendes Bankensystem angewiesen sind, sind Banken und Finanzinstitutionen gefordert, das Vertrauen wieder herzustellen.

Ein wesentlicher Punkt dabei ist Transparenz. Dies beginnt bei diversen Zahlungsströmen, die teilweise völlig unkontrolliert und abseits jeder Regulierung über den Erdball laufen, und reicht bis

zur Produktgestaltung, die logisch nachvollziehbar und vor allem sinnvoll sein sollte. Konzentration auf das eigentliche Kerngeschäft, nämlich die Finanzierung der Wirtschaft, um Innovationen zu schaffen und neue Investitionen zu ermöglichen, ist ebenfalls ein wichtiger Ansatz.

Transparenz ist aber nicht gleichbedeutend mit völliger Einschränkung des freien Marktes und somit des Bankgeschäfts. Klare Regeln, die die Funktions- und Wirkungsweisen von Märkten berücksichtigen und in Europa möglichst einheitlich gelten sollten, sowie eine gute Aufsicht, die die Einhaltung der gesetzten Regeln streng kontrolliert, sind dafür Voraussetzung. Ganz wesentlich dabei ist, dass sowohl der Gesetzgeber als auch die Aufseher verstehen, wie Märkte funktionieren. Nur so können wirksame Maßnahmen getroffen werden und auch im Falle von kompletten Umstellungen von Systemen entsprechende Übergangsregelungen geschaffen werden, die Banken die nötige Zeit und die nötige Rechtssicherheit für den Transformationsprozess garantieren.

Bedenkliche politische Maßnahmen und überbordende Regulierungsansätze sind gerade heute immer häufiger zu beobachten. Der öffentliche Druck auf die Politik verhindert mangels Zeit oft durchdachte, ganzheitliche Ansätze. Dadurch kommt es vielfach zu singulären Maßnahmen, die, aus dem Gesamtzusammenhang losgelöst, selbst zu einem Problem werden können, anstatt mehr Sicherheit und somit mehr Vertrauen zu geben. Die Idee einer Bankenunion in Europa – also vor allem die Schaffung einer einheitlichen Aufsicht – ist beispielsweise unsinnig, wenn nicht gleichzeitig die unterschiedlichen nationalen Rahmenbedingungen vereinheitlicht und klare Verbindlichkeiten zur Einhaltung eines Stabilitätskurses und einer Budgetdisziplin eingeführt werden.

Freilich ist es eine große Herausforderung, gemeinsame europäische Regeln für unterschiedliche Geschäftsmodelle der Banken und Finanzdienstleister zu gestalten. Wesentlich wird sein, ein „Level Playing Field“, also gleiche Chancen für alle Marktteilnehmer, zu schaffen. Problematisch scheint in diesem Zusammenhang auch,

dass beispielsweise Banken, die von ihrer wirtschaftlichen Lage her in einen geordneten Konkurs geführt werden sollten, vom Staat aufgefangen und mit Steuergeldern subventioniert werden. Dies führt freilich zu einer erheblichen Marktverzerrung, da diese Institute durch staatliche Unterstützung zu denselben Konditionen anbieten können wie wirtschaftlich gut geführte Banken. Eine Maßnahme, die sicherlich nicht zur Rückgewinnung des Vertrauens beiträgt, da die Bevölkerung zwischen ordentlichem und schlechtem Wirtschaften anhand des Angebots keinen Unterschied zwischen den Finanzdienstleistern mehr erkennen kann.

Gesundes Wachstum und Kontinuität

Neben schlanken und effizienten gemeinsamen Regeln, die nur im Zusammenwirken von Politik und Wirtschaft geschaffen werden können, können Banken durchaus auch selbst ganz wesentlich zum Vertrauensaufbau beitragen. Transparentes und nachvollziehbares unternehmerisches Handeln wurde bereits genannt. Entscheidend ist aber auch, zu vermitteln, dass nicht der Momentanerfolg das Wichtigste ist, sondern eine kontinuierliche Entwicklung und gesundes Wachstum. Auf diese Art soll eine nachhaltige wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Verbesserung erzielt werden. Dies ist freilich nur dann glaubwürdig, wenn diese Grundsätze nicht nur kommuniziert, sondern auch gelebt werden. Wenn es durch diese gelebte Praxis gelingt, dass Geiz und schnelle Gewinnmaximierung, ohne nachhaltig zu sein, gesellschaftlich tatsächlich verpönt sind und sich Unternehmen noch ein wenig mehr an ethischen Grundsätzen orientieren, sollte der Vertrauensaufbau bei der Bevölkerung durchaus gelingen.

Ehrlich besser – besser ehrlich

Fünf Thesen zur Ehrlichkeit im Finanzwesen

Thomas Uher

Ehrlichkeit ist eine persönliche Tugend. Wer ehrlich ist, dem vertrauen wir. Ehrlich sein ist mehr, als nicht zu stehlen und nicht zu lügen. Ehrlich sein heißt auch, nichts zu beschönigen und nichts zu verdrehen. Ehrlichkeit ist nicht nur eine individuelle, sondern eine kulturelle Herausforderung.

Leben wir in einer ehrlichen, an der Wahrheit interessierten Gesellschaft? Der amerikanische Moralphilosoph Harry G. Frankfurt schärft den Blick auf unseren Umgang mit Ehrlichkeit und Wahrheit mit einer pointierten These. Er identifiziert in seinem Buch „Bullshit“ das „Bullshitten“ als eines der Grundübel unserer Zeit. „Bullshitten“ im moralphilosophischen Sinn meint, verkürzt gesagt, „einfach so zu tun als ob“ – die Wahrheit ist gar kein Bezugspunkt mehr. Es geht nicht darum, dass Dinge nicht richtig dargestellt werden, sondern darum, dass man es erst gar nicht versucht. „Gerade in dieser fehlenden Verbindung zur Wahrheit – in dieser Gleichgültigkeit gegenüber der Frage, wie die Dinge wirklich sind – liegt meines Erachtens das Wesen des Bullshits“, bilanziert der Moralphilosoph.

Bullshitten fördert daher die Unfähigkeit zur Wahrheit, denn: „Wenn jemand sich exzessiv dem Bullshitten hingibt, also nur noch danach fragt, ob Behauptungen ihm in den Kram passen oder nicht, kann seine normale Wahrnehmung der Realität darunter leiden oder sogar verloren gehen (...). Der Bullshitter (...) weist die Autorität der Wahrheit nicht ab und widersetzt sich ihr nicht, wie es der Lügner tut. Er beachtet sie einfach gar nicht. Aus diesem Grund ist Bullshit ein größerer Feind der Wahrheit als die Lüge.“

Die Warnung des Philosophen ist aktueller denn je. Wir tun in Wirtschaft und Gesellschaft gut daran, unser Verhältnis zu Wahrheit und Ehrlichkeit intensiv und laufend zu reflektieren. Das ist die Grundlage, um diesem Grundwert jene Geltung zukommen zu lassen, die ihm gebührt. Das gebietet nicht nur die individuelle Moral, das gebietet auch die Notwendigkeit, die Wirklichkeit so anzuerkennen, wie sie ist. Der Verlust von Ehrlichkeit mündet rasch in Wirklichkeits- und Zukunftsverlust. Das kann gerade im Wirtschaftsleben fatale Folgen haben.

Aber was muss Ehrlichkeit konkret heißen? Was können wir tun, um Ehrlichkeit nicht bloß auf den moralischen Appell zu reduzieren, sondern zu einem Wert der Tat zu machen? Dazu fünf Thesen für den Bereich des Banking, in dem Ehrlichkeit als Grundlage für gegenseitiges Vertrauen eine Schlüsselrolle spielt.

Ehrlichkeit braucht verantwortungsvolle Transparenz

Eine wichtige Dimension von Ehrlichkeit ist Transparenz. Wir leben heute in einer Gesellschaft, die, getrieben von den Neuen Medien, ein Maß an Transparenz erreicht hat, das noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre. Dabei geht es nicht bloß um „von oben“, behördlich verordnete Transparenz – im Gegenteil. Social-Media-Netzwerke und allen voran Facebook sind zu Transparenzdatenbanken der anderen Art geworden: Jeder kann sich und seine Freunde, Vorlieben, Aktivitäten in Echtzeit transparent machen und sich selbst „gläsern“ präsentieren. Die Entwicklung scheint hier noch lange nicht an ein Ende gelangt.

Empfehlungsmarketing-Systeme werden etwa das mediale Nutzungsverhalten weiter verändern und zugleich immer mehr Transparenz über Mediennutzer schaffen. Auch der öffentliche Sektor erfährt einen Transparenzschub: Open-Data-Portale machen Daten aus vielen administrativen Bereichen, wie etwa Gesundheit, Verkehr oder Umwelt, für alle öffentlich und transparent. Politische Bewegungen, wie die Piratenpartei-Bewegung

in ihren unterschiedlichen Ausprägungen, haben schließlich Datentransparenz zum politischen Ziel erklärt.

Transparenz stellt einen wichtigen Wert für unser Zusammenleben dar – aber es steht ebenso außer Frage, dass die gläserne Gesellschaft eine Horrorvision ist. Transparenz muss dort verantwortungsvoll gehandhabt werden, wo die individuelle Freiheit auf dem Prüfstand steht. Der Bankenbereich ist dafür ein gutes Beispiel: Einerseits geht es um Transparenz in der Beziehung zum Kunden und zur Gesellschaft. Die Gesellschaft und jeder Kunde haben das Recht, zu erfahren, wie eine Bank funktioniert, wie sie arbeitet, was sie bewegt, wie sie sich entwickelt, wie ihre Kundenstruktur ist. Transparenz gegenüber Kunden und Öffentlichkeit bedeutet deshalb auch, Entscheidungen der Bank nachvollziehbar zu machen. Es wäre unehrlich, den Kunden, den Stakeholdern und der Öffentlichkeit zu verschweigen, was die Anliegen, Ziele und geplanten Aktivitäten einer Bank sind.

Aber jeder Kunde hat das Recht auf persönliche Diskretion, wenn es um den Umgang mit seinem Geld geht. Eine Bank, die alle Daten ihrer Kunden offenlegte, wäre nicht ehrlich, sondern würde das Vertrauen ihrer Kunden missbrauchen. Die Herausforderung liegt darin, maximale Transparenz mit maximalem Schutz der Kundendaten zu verbinden. Transparenz ist daher ein Aspekt von Ehrlichkeit im Bankwesen, der stets auch verantwortungsvoll realisiert werden muss.

Die Verantwortung einer Bank ihren Kunden gegenüber manifestiert sich letztlich in der konkreten Beziehung zu den Kundinnen und Kunden. Und hier kommen weitere Werthaltungen ins Spiel, die wichtige Dimensionen von Ehrlichkeit sind.

Ehrlichkeit braucht Verlässlichkeit und Vertrauen

Banken sind Einrichtungen mit einer langen Geschichte. Sie sind in unserem Institutionengefüge und in der Gesellschaft fest verankert. Die Sparkassen-Idee stammt aus dem frühen 19. Jahr-

hundert und hat breiten Schichten eine bis dahin nicht mögliche Form der Zukunftsvorsorge ermöglicht.

In den Ursprungsstatuten der Ersten österreichischen Spar-Casse aus dem Jahr 1819 heißt es: „Dem Fabrikarbeiter, dem Tagelöhner, dem Handwerker, dem Diensthofen, dem Landmann oder sonst einer gewerbefleißigen und sparsamen minderjährigen oder großjährigen Person sollen die Mittel an die Hand gegeben werden, von ihrem mühsamen Erwerbe von Zeit zu Zeit ein kleines Kapital zurückzulegen, um solches in späteren Zeiten zur Begründung einer besseren Versorgung, zur Aussteuer, zur Aushilfe in Krankheit, im Alter oder zur Erreichung eines löblichen Zweckes zu verwenden.“

Bereits hier wird die enorme Bedeutung von zwei Werten deutlich, welche die Geschichte der Banken bis heute prägen: Verlässlichkeit und Vertrauen. Die historische Sparkassen-Idee des Sparens für die Zukunft stieß von Anfang an auf großes Vertrauen: Allein in den ersten drei Monaten des Bestehens der Ersten österreichischen Spar-Casse im Jahr 1819 vertrauten 1.400 Einleger der Spar-Casse ihr Geld an.

Das Vertrauen, das Banken entgegengebracht wurde, hat im Lauf der Zeit immer wieder gelitten. Gerade in jüngster Zeit ist es im Zug der Finanz- und Wirtschaftskrise zu einem enormen Vertrauensverlust in das internationale Bankenwesen gekommen. Die Banken hätten uns in die Krise geführt und müssen nun vom Steuerzahler gerettet werden, damit es nicht noch schlimmer wird: Die öffentliche Meinung zu Banken ist bekannt.

Und auch hier gibt es zusätzlich zu wirtschaftlicher Sachinformation nur einen Weg, um verlorenes Vertrauen und Vertrauen in die Verlässlichkeit des Bankenwesens zurückzugewinnen: Ehrlichkeit. Ehrlichkeit heißt konkret, dass es keine Bankprodukte geben darf, die niemand mehr versteht – selbst Bankfachleute nicht. Risiken lassen sich nicht durch Umstrukturierungen wegzaubern. Risiken bei Veranlagungen muss man offenlegen und deutlich machen.

Unverständliche Produkte gingen meist Hand in Hand mit zu großen Rendite- und Sicherheits-Versprechen. Auch hier gilt der ehrliche Grundsatz: Je höher die erwartbare Rendite, desto höher ist auch das damit verbundene Risiko. Die Bankenbranche hat auf den Druck in Richtung höherer Renditen mit höheren Risiken geantwortet – und das ist teilweise nicht entsprechend kommuniziert worden bzw. haben sich Anleger wenig für mögliche Risiken interessiert. Hier braucht es in Zukunft von allen Beteiligten mehr Ehrlichkeit im Sinn von mehr Mut zu Wirklichkeit – und ein realistisches Verständnis von Risiko.

Vor diesem Hintergrund ist es geboten, die Relation zwischen Bank und Kunden entsprechend wahrzunehmen und zu gestalten. Das tradierte und viel strapazierte Bild „Der Kunde ist König“ war nie ehrlich. Vielmehr war es häufig nur ein Schlagwort, das zur Kaschierung einer Einstellung diente, die in Richtung „der Kunde als Beute“ zielte. Denn die Beziehung zwischen Bank und Kunden ist eine Geschäftsbeziehung. Es ging und geht um Leistung und Gegenleistung. Es geht um eine ehrliche geschäftliche Partnerschaft. Dies ist eine weitere wichtige Dimension von Ehrlichkeit.

Ehrlichkeit braucht Partnerschaft

Partnerschaftlichkeit ist ein Paradigma, das in vielen Bereichen unserer Gesellschaft hierarchische Sichtweisen ersetzt bzw. zumindest ersetzen soll. Dies wird etwa im Verhältnis zum Staatswesen deutlich, wenn davon die Rede ist, dass der „Partner Staat“ den obrigkeitlichen „Vater Staat“ ablösen soll. Der gesellschaftliche Emanzipationsprozess von staatlichen Institutionen und Einflussphären ist zu begrüßen, weil und wenn er Freiheit und Eigenverantwortung und damit den Handlungsspielraum des Einzelnen stärkt.

Wie sehr im Finanzwesen nach wie vor obrigkeitliches und hierarchisches Denken präsent ist, zeigen manche Begriffe des täglichen Gebrauchs im Bankgeschäft. So lösen Worte wie „Kredit-

antrag“ oder „Bearbeitungsgebühr“ nicht nur Assoziationen mit angegrauten Verwaltungsformen aus, sondern sie geben auch ein klares Bild davon, dass der Kunde nicht Partner als vielmehr Bittsteller ist. Partnerschaft bedeutet aber in der Geschäftswelt, eine Beziehung auf Augenhöhe zu gestalten – in gegenseitigem Respekt, in Wertschätzung und im Wissen, dass diese Partnerschaft zum Vorteil aller Beteiligten sein soll. Das Paradigma der Partnerschaft ist im Bankgeschäft in mehrfacher Hinsicht zu konkretisieren:

- Partnerschaft heißt, dass Produkte und Dienstleistungen der Bank für den Kunden verständlich sind.
- Partnerschaft bedeutet, dass Entscheidungen der Bank für den Kunden nachvollziehbar sind.
- Partnerschaft bedeutet, dass sich beide Geschäftspartner darum bemühen, die Dinge aus der Sicht des jeweils anderen zu sehen.
- Partnerschaft bedeutet schließlich auch, dass getroffene Vereinbarungen Bestand haben und dass man sich darauf verlassen kann – als Kunde wie auch als Bank.
- Partnerschaft bedeutet aber auch, dass Kunde und Bank bereit sind, sich an neue Gegebenheiten anzupassen, wenn dies die Umstände erzwingen.

Partnerschaft als Dimension der Ehrlichkeit ist ein auf Reziprozität angelegtes Paradigma. Es fordert beide Seiten der Geschäftsbeziehung heraus, ihre Positionen und Anliegen zu reflektieren und deutlich zu machen. Das ist keine abstrakte Forderung, sondern eine reale Notwendigkeit. Partnerschaftlichkeit ist ein Wert, der sich tagtäglich in der Beziehung zwischen Kunden und Kundenberater konkretisiert und dort spürbar sein muss.

Ehrlichkeit braucht Anständigkeit

Eine letzte Dimension von Ehrlichkeit, die für die Zukunft des Bankgeschäfts unverzichtbar ist, ist Anständigkeit. Anständigkeit ist eine Haltung, die – jenseits gesetzlicher Regulierungen – die

Leitplanken dessen formuliert, was im Geschäftsleben als angemessen gilt – und was definitiv nicht geht.

Die Haltung der Anständigkeit ist eine Frage der freien Entscheidung als Individuum oder als Institution. Sie ist nicht etwas, das sich durch mehr Gesetze und Vorschriften bewerkstelligen lässt. Anständigkeit resultiert im Bankbereich aus dem zentralen Anliegen, das mit der Geschäftstätigkeit verbunden und das letztlich die Antriebskraft für die Geschäftstätigkeit ist.

So ist es für das Bankenwesen das zentrale Anliegen, die Handlungsspielräume von Menschen und Unternehmen mit Blick auf die Zukunft zu sichern – und mit dieser Leistung natürlich Geld zu verdienen. Geschäftliche Aktivitäten, welche die Handlungsspielräume von Menschen und Unternehmen und deren Vertrauen gefährden, sind nicht anständig – und daher zu unterlassen.

Die Haltung der Anständigkeit ist letztlich eine Frage der Unternehmenskultur. Sie muss bei den Vorgaben und Zielen für die Mitarbeiter spürbar sein, sie muss sich in Anreizsystemen, die eine anständige Partnerschaft mit den Kunden zum Ziel haben, niederschlagen. Anständigkeit ist ein Wert, der zwar durch die 1968er-Bewegung stark hinterfragt und relativiert wurde, der aber nichts an Gültigkeit eingebüßt hat, wenn es um die ehrliche Gestaltung von menschlichen und geschäftlichen Beziehungen geht.

Wir brauchen eine neue Ehrlichkeit

Für den Bankensektor ist es unverzichtbar, sich mit den unterschiedlichen Dimensionen und Aspekten des Werts der Ehrlichkeit auseinanderzusetzen. Denn nur das macht es möglich, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen und neues Vertrauen zu gewinnen. Vertrauen war und ist ein Kernwert für Banken, vom Beginn der Sparkassen-Idee bis in die Gegenwart. Vertrauen ist die Basis für das Geschäftsmodell von Banken und eine alltägliche Herausforderung in der Kundenbeziehung.

Deshalb ist es – ganz im Sinn des eingangs zitierten Moralphilosophen Harry G. Frankfurt – notwendig, jegliche Form der Gleichgültigkeit gegenüber Wahrheit und Wirklichkeit kritisch zu sehen und zu bekämpfen. Wir brauchen dafür nicht nur eine Renaissance der Ehrlichkeit, sondern ein neues Verständnis von Ehrlichkeit, das nicht bloß die Antithese zur Unwahrheit ist, sondern auch die Antithese zur Gleichgültigkeit gegenüber Wahrheit und Unwahrheit.

Niemand im Bankensektor soll so tun, als ließen sich Risiken von Anlagen zum Verschwinden bringen. Niemand soll „todsichere“ Geschäfte propagieren. Niemand soll Kunden zu unverständlichen Produkten überreden. Denn mit all diesen Praktiken steht die für das Bankengeschäft existenzielle Ressource Vertrauen auf dem Spiel. Für die Bankenbranche ist es jetzt wichtig, zu erklären, was ihr Geschäft ist, was sie für Menschen und Unternehmen leisten kann – und was nicht.

Ehrlichkeit stellt aber auch eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar. Eine „Fake for real“-Gesellschaft, die so tut, als ließen sich höhere Gewinne mit immer weniger Risiko erzielen, ist nicht zukunftsfähig. Wir müssen in vielen Bereichen der Wirklichkeit ehrlicher und offener ins Auge sehen. Die Bandbreite der zu lösenden gesellschaftlichen Herausforderungen ist groß – sie reicht von der Notwendigkeit höherer Standortattraktivität über die Sicherung des Pensions- und Gesundheitssystems bis hin zu Umwelt- und Klimaherausforderungen. Nur die ehrliche Analyse ist die Grundlage für richtiges Handeln und für berechtigtes Vertrauen in die Zukunft.

Wir dürfen uns daher weder als Institution Bank noch als Gesellschaft davor scheuen, mehr Ehrlichkeit in ihren unterschiedlichen Dimensionen zu fordern und dies auch selbst unter Beweis zu stellen. Das macht Leben und Geschäfte vielleicht nicht einfacher – aber auf Dauer sicher besser.

Literatur

Frankfurt, Harry G. (2006):

Bullshit

Berlin: Suhrkamp Verlag

Die Transparenz der Macht

Für eine offene Debatte über Netzwerke

Harald Katzmaier

Drei Kernelemente einer überzeugenden politischen Rede formulierte Aristoteles in seiner Rhetorik: Logos, Ethos, Pathos. Die politische Rede müsse durch Folgerichtigkeit und Beweisführung glänzen (Logos), die Autorität und Glaubwürdigkeit des Sprechers gewährleistet sein (Ethos) und sie müsse durch rednerische Gewalt auch emotional berühren (Pathos). Wenn wir heute einen Blick auf die politische Kommunikation quer über das gesamte politische Spektrum werfen, wird deutlich, dass wohl alle drei Elemente Verbesserungspotenzial aufweisen. Die rednerische Kunstfertigkeit unserer politischen Repräsentanten hält sich freilich oft auch wegen innerer Blockaden in Grenzen, ausgelöst durch das Wiederholen von einstudierten „Kernbotschaften“, die unter das Volk gebracht werden sollen. Der Ton der Politik erreicht kaum die Herzen der Menschen, und wenn, dann nur durch Aufhetzung und Verstärkung von Ressentiments. Politische Reden glänzen selten durch Folgerichtigkeit und kunstvolle Beweisführung, es handelt sich oft eher um Behauptungen und Meinungen, und das spüren die Leute. Aber das allergrößte Problem des jetzigen politischen Diskurses liegt nicht in Pathos und Logos, sondern im Ethos: Die Politik hat ihre Autorität und Glaubwürdigkeit, und damit wesentliche Teile der gesellschaftlichen Eliten, verloren. Was auch immer an politisch inhaltlich Richtigem formuliert wird, es findet kein Gehör, wenn dem Sprecher von vornherein Unglaubwürdigkeit unterstellt wird.

Ein Elitenproblem

Der Verlust der Glaubwürdigkeit ist ein Grundproblem der herrschenden Eliten. Die Skandale der vergangenen Jahre und der Einzug einer zumindest für Außenstehende offensichtlichen

Korruption ins Herz von Bundes- und Landesregierungen hinterlassen tiefe Spuren. Vor diesem Kontext wird das Einklagen des Grundwertes der „Ehrlichkeit“ so lange notwendigerweise wirkungslos bleiben, solange man demjenigen, der von Ehrlichkeit spricht, nicht vertraut. Zu oft wurde in den vergangenen Jahren von NLP-geschulten Politikern behauptet, „supersauber“ zu sein. Die Menschen spüren, dass das nicht stimmt und dadurch werden die gesamte Politik und die Grundlagen unseres demokratischen Systems zersetzt.

Man kann Vertrauen nicht erzwingen, es ist ein empfindliches Pflänzchen, das nur langsam wächst und schnell zertreten ist. Vertrauen stellt das wichtigste soziale Kapital einer Gesellschaft dar. Dort, wo es einmal zerstört ist, wird die Entwicklungsfähigkeit der gesamten Gesellschaft bedroht. Vertrauen muss man sich erarbeiten. Das geht nur durch konsistentes, nachhaltiges, berechenbares Auftreten, durch Handeln, das tatsächlich im Einklang mit postulierten Werten steht und sich nicht durch Scheinheiligkeit und Doppelmoral auszeichnet; durch Handeln, das aus illegalen oder unethischen Handlungsweisen der Vergangenheit lernt und nicht ständig die politische Mitverantwortung zu verdecken versucht. Die Schaffung von Transparenz in eigenen Prozessen und Entscheidungswegen kann dabei helfen, sie ist ein erster Schritt in Richtung Wiederaufbau von Vertrauen in Handlungsweisen, sie ist ein erster Schritt, dass einem zumindest wieder zugehört und nicht jeder Satz von vornherein von der Mauer des Misstrauens abgeblockt wird.

Demokratie und Machtverteilung

In meiner Rolle als Direktor von FAS.research, einem auf die Analyse von Macht- und Elitenetzwerken fokussierten Forschungs- und Beratungsunternehmen, war es immer mein Anspruch, durch Sichtbarmachen von Machtarchitekturen die Enttabuisierung des Themas der Macht voranzutreiben und durch diese Transparenz demokratiepolitisch positive Effekte zu fördern. Macht hat ja im Unterschied zur Herrschaft etwas mit „machen können“ zu tun,

es ist also nicht die Frage, ob Macht gut oder schlecht ist, sondern es geht darum, wer sie „hat“, wie sie verteilt und welchen Zielen und Werten sie unterworfen ist. Demokratie scheint historisch nachweisbar die beste bislang entdeckte Form zu sein, sich dem Problem der Machtverteilung zu nähern. Sie garantiert am ehesten die „Durchmischung“ bestehender Strukturen, verhindert einseitige Machtkonzentrationen und damit einhergehende Verkrustungen. Dafür muss Demokratie aber auch ernst genommen werden. Gewaltenteilung ist keine philosophische Spitzfindigkeit, sondern eine Frage der Entwicklungsfähigkeit unserer Gesellschaft. Und das sei hier der Politik wirklich ans Herz gelegt: Der Unterschied zwischen der Polizei und der Politik besteht darin, dass die Polizei die Einhaltung einer bestehenden Ordnung garantiert, während die Politik neue Ordnungen gestaltet. Politik bringt demnach Neues hervor und exekutiert nicht den Status quo, denn das ist die Rolle der Polizei. Es macht das Wesen des Politischen aus, bestehende Ordnungen innerhalb des Rahmens unserer Grundverfassung zu gestalten, weiterzuentwickeln und auch Dinge, die nicht mehr benötigt werden, zu beenden.

Schwer vermittelbare Eigenlogik

Die Analyse der Vernetzungen zwischen Politik, Ökonomie und Gesellschaft kann zur Entwicklung von Strategien beitragen, wie das Politische seine Handlungsfähigkeit im Sinne der hier beschriebenen Gestaltungsfähigkeit zurückgewinnt. Ein Grundproblem bestehender politischer Systeme liegt darin, dass die politischen Parteien als Organe der Willensbildung eine systemisch abgeschlossene Eigenlogik aufweisen, die nur schwer mit den Bereichen der Ökonomie, Kultur, Wissenschaft und Zivilgesellschaft vermittelbar ist. Das Überleben in der eigenen Partei ist schwer genug, der Austausch mit den Medien ambivalent. Faktisch sind damit die Energien für Netzworkebildungen über die Dyade Politik-Medien kaum vorhanden. Tatsächlich wissen wir aber aus der netzwerkanalytischen Resilienzforschung, dass Systeme nur dann auch unter schwierigen Bedingungen entwicklungs- und handlungsfähig sind, wenn sie unterschiedliche

Währungen zulassen. In unserem Fall wären das vier Bereiche, die miteinander verknüpft sein müssten: der Bereich des Individuums mit seinem unmittelbaren Kernnetzwerk (Familie und enge Freunde); der Bereich der Communities, also nach dem Prinzip der Selbstorganisation strukturierte Bereiche (Vereine, NGOs, Facebook-Gruppen etc.); der Bereich der Wirtschaft (also durch Wettbewerb gekennzeichnete Zonen) und last but not least die Domäne der Politik und der staatlichen Gewalten, die nach hierarchisch-normativen Logiken strukturiert ist. Ein besonders resilientes Netzwerk integriert diese vier Logiken (Individuum-Markt-Gemeinschaft-Staat) und damit vier Perspektiven, an Probleme heranzugehen. Damit wird das Risiko minimiert, auf nur ein (falsches) Pferd zu setzen.

Würde die Politik ihre Beziehungen transparenter gestalten, etwa durch Sichtbarmachen ihrer Netzwerke qua Netzwerkanalyse, so könnte damit auch in positiver Art und Weise gezeigt und argumentiert werden, warum vorderhand Kontakte außerhalb der Politik noch keine Vorstufe der Korruption, sondern notwendiger Bestandteil eines lernfähigen Netzwerkes sind. Die aktuelle Diskussion ist deshalb so unglücklich, weil Netzwerke mit potenzieller „Unreinheit“ gleichgesetzt werden. Tatsächlich ist diese „Unreinheit“ absolut notwendig und „Multifunktionäre“ sind wesentliche „Broker“ in einem funktionierenden Netzwerk.

Offene Debatte führen

Es ist bedauerlich, dass es hier nur eine verkrampfte Diskussion gibt. Ich denke, dass eine offene, transparente Debatte über die Netzwerke eines Politikers, einer Politikerin vor dem Hintergrund der Netzwerkforschung geführt werden müsste, um in der Öffentlichkeit Vertrauen in die Aktivitäten der Politik wiederherzustellen. Der aus Angst vor Korruptionsvorwürfen außerhalb der Politik nicht vernetzte Berufspolitiker stellt kein Zukunftsmodell dar, das erlaube ich mir hier so drastisch zu formulieren. Um die Probleme der Zukunft lösen zu können, benötigen wir mehr Kontakte zwischen Staat, Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft

und dem Individuum, und nicht weniger. Ausschließlich in innerparteilichen Konkurrenz-Logiken gefangene Berufspolitiker werden nicht fähig sein, die Probleme, die auf uns zukommen, zu lösen. Politiker und Politikerinnen sollten vielmehr stolz sein auf ihre Netzwerke. Es sollte Zeichen von sozialer Kompetenz und Diversität sein, nicht ein Zeichen von Korruptionsanfälligkeit. Dies wird aber nur so in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, wenn Netzwerktransparenz herrscht. Wenn das Vertrauen in die Politik irgendwann wiederhergestellt sein wird, wird man diese Hilfsmittel der Vertrauensbildung nicht mehr benötigen. Hoffentlich werden wir auch solche Zeiten wieder erleben.

Im Dialog ehrlich bleiben

**Herbert Krejci über Sozialpartnerschaft aus Überzeugung,
Europa und Ehrlichkeit in Politik und Kommunikation**

Die Begegnung war kurz und schicksalhaft: Als ein US-Offizier Herbert Krejci in der Portierloge des Hotels „Auge Gottes“ ein Buch lesen sah, fragte er ihn, was er hier lese und warum. „Wir haben im Dritten Reich viel verloren“, rechtfertigte sich Krejci über sein Fachbuch zur Volkswirtschaft (nachdem er erst vor Kurzem vom amerikanischen Arbeitsamt an diese Stelle vermittelt worden war). Das beeindruckte den Offizier, der ihn als Übersetzer in den amerikanischen Nachrichtendienst der Information Service Branch der U.S. Army in Österreich holte, wo er bald zum Redakteur aufstieg.

Journalismus, Öffentlichkeitsarbeit und Sozialpartnerschaft

Der nächste Karriereschritt führte Krejci nach wenigen Monaten zum „Wiener Kurier“, der US-Besatzungszeitung. Ab 1952 war er Leiter des Ressorts für Außenpolitik und Internationales. Mit dem Staatsvertrag 1955 folgte das Ende der Zeitung und Krejci wurde Special Assistant für Public Affairs an der Botschaft der Vereinigten Staaten in Wien. Nicht einmal ein Jahr später begann er als Mitarbeiter in der Presseabteilung der Vereinigung Österreichischer Industrieller (IV) am „Stalinplatz 4“ (die Rückbenennung zu „Schwarzenbergplatz“ war noch nicht in Sicht, erfolgte dann aber rasch).

Damit war der Grundstein für 36 Jahre Tätigkeit in der IV gelegt, eine Zeit, in der für Krejci – geprägt durch Journalismus, Öffentlichkeitsarbeit und die politische Auseinandersetzung – Ehrlichkeit eine wichtige Rolle gespielt hat, denn: „Wahrhaftigkeit ist die beste Form der Kommunikation. Ich habe erlebt, dass ehrlich sein am

längsten währt, Lügen sinnlos ist – und wer es doch tut, ist angesichts des investigativen Journalismus töricht.“

Sozialpartnerschaft als Raum für diskrete Lösungsfindung

Dies sei auch das Erfolgsgeheimnis der Sozialpartnerschaft gewesen, dass man im Ernstfall „bei einem anständigen Nachtmahl und einem Glas Wein“ miteinander ganz offen hätte sprechen können. Diese Einstellung führt ihn dazu, dass er sich noch heute als „in der Wolle gefärbter Großkoalitionär“ bezeichnet, da die Koalition von ÖVP und SPÖ für ihn das Korrelat der Sozialpartnerschaft in der Politik sei. In der Nachkriegszeit waren die Erlebnisse aus der Phase von 1938 bis 1945 ein einender Faktor gewesen, da die handelnden Personen die Realität in ihrer brutalsten Form kennengelernt hatten – entweder im Konzentrationslager oder auf den Schlachtfeldern, und eine Konfrontation wie 1934 zwischen den Parteien wollte auch niemand mehr.

Krejci erläutert: „Wichtig war es, die Grenzen der Zumutbarkeit des anderen zu kennen und in Verhandlungen auch dafür zu sorgen, dass keiner der Partner sein Gesicht verliert, denn sonst bleiben bei diesem Ressentiments.“ Protokollarische Fragen hätten keine Rolle gespielt. Trotz aller Mäkelei seien so persönliche Freundschaften entstanden. Allerdings würden Medien heute aufgrund der technologischen Entwicklungen und der investigativen Möglichkeiten manchmal auch positive Lösungen verhindern. „Es braucht Räume, in denen vernünftige Menschen sprechen, verhandeln, Resultate erzielen und erst danach an die Öffentlichkeit gehen.“ Zu politisch Andersdenkenden hat Krejci in der Industriellenvereinigung immer ein sehr korrektes Verhältnis gepflegt; so war man auch vom Machtwechsel zur SPÖ unter Kreisky 1970 nicht überrascht, sondern hatte bereits in der Zeit davor eine tragfähige Gesprächsbasis mit Spitzenfunktionären und Journalisten aufgebaut.

Lösungen für die Zukunft im Dialog

Die politische Kommunikation von Reformen könne heute durchaus mutiger sein, meint Krejci: „Den Bürgern kann man mehr zumuten, wenn man aufrichtig auf sie zugeht. Die sogenannten ‚Kleinen Leute‘ sind oft vernünftiger als ihre Repräsentanten, wenn man sie nicht mit makroökonomischem Zahlengewäsch überfällt.“ Heute aber seien Begriffe wie Billion bereits Realität, wo man sich in der Regel meist nur Geldbeträge im Zehntausender-Bereich vorstellen kann, und die Erklärungen fehlen. Damit werde etwa ein „Rettungsschirm“ nicht richtig verstanden und verschrecke die Menschen mehr, als er Sicherheit geben könnte. Auch im Bildungsbereich ortet Krejci Ehrlichkeitsbedarf, denn: „Österreich hat viele Talentreserven, wir nutzen sie nur falsch. Wir dürfen nicht alles akademisieren; gerade Handwerksberufe bieten ausgezeichnete Lebens- und Erwerbschancen.“

Föderalistische Wärme für Europa?

Ab 1987 – nachdem sich die IV für einen Beitritt ausgesprochen hatte und ihre Überzeugungsarbeit begann – wäre es darum gegangen, die EU fassbar und begreifbar zu machen. Das persönliche Gespräch ist entscheidend, man muss darüber reden – auch über die Risiken, die unangenehmen Seiten – und transparent dabei sein. „Ich vermisse die permanente Information über die Vorgänge in den europäischen Institutionen.“

Zwischen den einzelnen Verwaltungsebenen brauche es ein gesundes Verhältnis. Fähige Politiker würden aber leider oft eine Landeskariere einer Karriere auf Bundesebene vorziehen, was kleingeistig ist. „Der Föderalismus wird manchmal übertrieben, aber die Länder vermitteln den Menschen Heimat und innere Zugehörigkeit, insbesondere wenn ihnen ein supranationales Machtgebilde wie die Europäische Union diese Wärme nicht geben kann“, meint Krejci und gibt allerdings zu bedenken: „Die Arroganz und Bürokratie, mit der die EU manchmal in Verbindung gebracht wird, liegt oft auch in der Notwendigkeit begründet, bestimmte Themen

europaweit einheitlich zu regeln.“ Umso mehr freut ihn, dass der Friedensnobelpreis 2012 an die Europäische Union verliehen wurde, denn: „Nach dem Krieg wurde Europa als eine große Idee von bedeutenden – oft zutiefst christlichen – Männern mit klarer Weltanschauung und als Friedensprojekt konzipiert. Es ist die Pflicht von uns Alten, immer wieder darauf hinzuweisen, dass Krieg die törichteste und kriminellste Form der Auseinandersetzung ist und unermessliches Leid bedeutet.“

Alte Werte für neue Zeiten

Die laufende Aufarbeitung zahlreicher Skandale ist für den langjährigen Beobachter Krejci keine neue Erfahrung. Auch frühere Zeiten wären nicht skandalfrei gewesen, „Ganoven, die sich schamlos bereicherten, hat es immer gegeben“, so Krejci, allerdings wäre früher mehr von einem Regime des Schweigens zugedeckt und begraben worden, was heute rasch transparent würde. Dabei bedauert er, dass frühere Ehrbegriffe verloren gegangen wären: „Gauerei muss als Gauerei betrachtet und bekämpft werden. In der Wirtschaft sollte der Grundsatz des ehrbaren Kaufmanns wieder wichtiger werden als die Kompetenz zum Nutzen von Umgehungsmöglichkeiten. Es würde uns nicht schaden, wenn wir uns wieder vermehrt an Grundsätzen orientieren, die fälschlich als überholt oder antiquiert gelten. Altmodisch in den Prinzipien zu sein sollte ein Ehrentitel sein.“ Das persönliche Vorleben der Führungskräfte ist dabei entscheidend, und: „Jede Sauerei kommt einmal an die Öffentlichkeit und vor den Richter.“

Interview: Thomas Goiser

Ehrlich zu sich selbst – und Sieger geblieben

Der frühere Widerstandskämpfer, Diplomat, Journalist, Verleger und Schriftsteller Fritz Molden über seine Jugendjahre, Widersprüche, Zwänge und Wünsche für die Zukunft

Was Fritz Moldens Leben besonders macht, ist die Tatsache, dass er extreme Situationen sehr jung und dauerhaft erlebt hat: Erste Festnahme mit 14, erste Haft mit 16, erste Verurteilung mit 17, an der Front mit 18, desertiert mit 19 und spätestens ab dann täglich in Lebensgefahr. Seine gesamten Jugendjahre hat er im Widerstand gegen die Nazi-herrschaft verbracht. „Von allen Oberschulen Großdeutschlands ausgeschlossen“ steht in einem Dokument, das ihm seine Tätigkeit eingebracht hat, allerdings wurde ihm dafür auch die „Presidential Medal of Freedom“ verliehen, eine der höchsten zivilen Auszeichnungen der Vereinigten Staaten. Und die – österreichische – Matura konnte Molden auf kurzem Weg vor einer Kommission nach dem Krieg nachholen.

Entscheidende Prägung im Schicksalsjahr 1938

„Die wichtigste und beeindruckendste Zeit für mein Leben war sicher ab März 1938. Unsere Familie war sehr katholisch geprägt. Mein Vater war zutiefst davon überzeugt, dass Österreich als selbstständiges Land existieren muss. Mein Bruder führte ein Studentenfreikorps an und hat bereits beim Juliputsch 1934 gegen die Nazis gekämpft. Ich war noch nicht einmal 14 Jahre alt und besuchte die Neulandschule. Im Zuge des ‚Anschlusses‘ musste ich erleben, dass am ersten Tag mein Vater in der Redaktion der ‚Neuen Freien Presse‘, die er leitete, festgenommen wurde, und am zweiten Tag, dem 13. März, mein Bruder an seinem 20. Geburtstag von der Hitlerjugend geholt wurde, wobei auch meine Mutter blutig geschlagen wurde, als sie ihn schützen wollte“, erzählt Fritz Molden.

Im Herbst, einige Monate später, wurde er dann auch das erste Mal selbst von der Gestapo für einige Stunden in Gewahrsam genommen, nachdem er als Mitglied der Pfarrjugend an der Jugendandacht von Kardinal Innitzer teilgenommen hatte, die dieser mit den Worten „Unser Führer heißt Jesus Christus“ beendet hatte. Die nächste gefährliche Situation erlebte er 1940, als er einige Wochen in Haft kam. Der heute seltsam erscheinende Grund: Er hatte ganz arglos ein Konzert der Donkosaken im Wiener Konzerthaus besucht – allerdings gemeinsam mit einigen Freunden und alle gemeinsam in der falschen Kleidung (blaue Hemden, kurze Hosen), was von ebenfalls anwesenden Nazis als Uniformierung missverstanden wurde. Noch dramatischer war die Situation für seinen älteren Bruder Otto (den späteren Gründer des Forum Alpbach): Nach zweimaliger Verhaftung als ehemaliger höherer Jugendführer riet diesem ein wohlmeinender Gestapo-Mann, er möge sich doch freiwillig zur Wehrmacht melden, da eine dritte Verhaftung in der Regel tödlich enden würde.

Mit voller Kraft gegen das Unrecht

Beim illegalen Hören des BBC-Radioprogramms wuchs bei Fritz Molden 1941 der Entschluss, sich einer künftigen österreichischen Brigade zur Befreiung Österreichs anzuschließen und dazu nach England zu flüchten. Diese Flucht mit einem Boot über den Ärmelkanal scheiterte schon im holländischen Hafen. Alle Beteiligten wurden verhaftet, Molden wurde nach Wien überstellt und zu sieben Jahren Jugendhaft verurteilt. Der langen Haft entkam er durch die Möglichkeit, sich freiwillig zur Wehrmacht zu melden. Das Vorhaben endete in einem Strafbataillon, das 1942 in der Partisanenbekämpfung in der Ukraine eingesetzt war. Eine Schussverletzung im Oberschenkel und eine Lungenentzündung brachten ihn in ein Lazarett nach Breslau, wo er mithilfe eines regimiekritischen Arztes seinen Gesundheitszustand auf „arbeitsverwendungsfähig“ – also die geringste Tauglichkeitsstufe – heruntersetzt bekam und nach Berlin ging. Auf Anraten eines mit der Familie befreundeten Generals meldete er sich in der Folge

nach Italien und wurde als Dolmetscher eingesetzt und baute erste Kontakte zum dortigen Widerstand auf. Dabei kam ihm besonders zugute, dass seine Mutter Paula von Preradović aus Pola im heutigen Kroatien stammte und fließend Italienisch sprach, was sie ihm auch in der Kindheit mitgab. Seine Division war bei Monte Cassino und später an der Küste in schwere Kämpfe verwickelt; nach dem Tipp eines Kameraden, dass die geheime Feldpolizei auf ihn warte, nutzte er eine günstige Gelegenheit, sich endgültig zu den Partisanen abzusetzen. Auch dort entkam er schweren Kämpfen unverletzt und schlug sich schließlich nach Mailand durch, von wo er mit falschen Papieren nach Wien zurückreisen konnte.

Ehrlichkeit, Vertrauen und Glück

Die österreichische Widerstandsbewegung sandte ihn Mitte 1944 nach Lugano in die Schweiz, um mit dem dortigen englischen Vizekonsul Kontakt aufzunehmen. Als er von der Schweizer Polizei enttarnt wurde, begann seine Kooperation mit dem dortigen Geheimdienst, der ihn mit falschen Papieren versorgte. Mit diesen konnte er zurückkehren, um die Verbindung mit dem überparteilichen „Provisorischen Österreichischen Nationalkomitee“ (O5) aufzubauen und zu halten. In dem Nationalkomitee befand sich auch sein Vater, der nach dem Auffliegen der Organisation im Februar 1945 zusammen mit seiner Mutter verhaftet wurde und den Volksgerichtshofsprozess im April erwartete (der wohl in einem Todesurteil gemündet hätte). Glücklicherweise wurden sie wenige Tage davor wegen des Anrückens der Roten Armee von ihren Wärtern freigelassen.

Molden resümiert seine eigene Tätigkeit im Widerstand: „Ehrlichkeit gab's da keine.“ Aber dafür den Einsatz für eine gerechte Sache und gegen eine Gewaltherrschaft unter permanenter Bedrohung des eigenen Lebens. Umso wichtiger waren Ehrlichkeit und Vertrauen unter den Widerständlern unterschiedlicher politischer oder nationaler Herkunft. Die Grundregeln dabei: Es wurden nur Leute angesprochen, von denen man wusste, dass

sie keine Nazis waren. „Ich habe einen Großteil der Leute aufgrund der Empfehlung durch Dritte getroffen, alles andere wäre zu riskant gewesen. Im täglichen Leben war es vital wichtig, gut gefälschte Dokumente wie etwa ein Soldbuch voller Bestätigungen für Frontbewährung zu haben.“ Laut seinem gefälschten Soldbuch war er Feldwebel – „ein komfortabler Dienstgrad, vor dem die Mannschaften salutieren und der von höherstehenden Unteroffizieren und Offizieren meist in Ruhe gelassen wird“ –, vor seiner Desertion war er Gefreiter, und im Verbindungsbüro der USA im Hauptquartier in Caserta bekleidete er als Leiter der winzigen und nutzlosen vierköpfigen „Austrian Liaison Mission to the Allied Forces“ den formalen Rang eines Oberstleutnants der U.S. Army, wobei er diese Uniform allerdings nie angezogen hatte.

Auch nach dem Krieg in Gefahr

Unmittelbar nach dem Krieg wurde Molden, der bei der Befreiung Innsbrucks durch den österreichischen Widerstand mitgewirkt hat, von Karl Gruber als Sekretär ins Außenministerium geholt. Ab Herbst 1946 begann er als Redakteur bei der „Presse“, wobei ihm 1948 unmittelbar die Verhaftung durch die Sowjets drohte und er von den amerikanischen Streitkräften in einem Flugzeug nach Salzburg in Sicherheit gebracht wurde. Außenminister Gruber beauftragte ihn in der Folge mit dem Aufbau des (heute noch bestehenden) Austrian Information Services in New York, was ihn für drei Jahre in die USA führte.

Branchenzwänge in Medien und Politik?

Nach seiner Rückkehr nach Wien setzte er seine Medienkarriere fort und war Ende der 1950er-Jahre – mit Mitte 30 – wahrscheinlich der mächtigste Herausgeber und Verleger des Landes. Das Thema Ehrlichkeit betraf ihn durchgehend: „In den ersten Nachkriegsjahren war die Einseitigkeit der Berichterstattung in österreichischen Zeitungen viel größer als jetzt. Die ‚Neue Zürcher Zeitung‘ dagegen verfolgte nicht diesen hasserfüllten Ton

gegen andere; in dieser Zeit habe ich in Österreich neben der eigenen ‚Presse‘ vor allem die ‚Salzburger Nachrichten‘ und den ‚Kurier‘ sehr geschätzt.“ Heute hingegen finde er die meisten Leitartikel gerade in Qualitätszeitungen zu wenig objektiv und daher unehrlich, dagegen gebe die „Kronen Zeitung“ wenigstens zu, klare Meinungen zu vertreten.

Was seine eigene Arbeit angeht, gesteht er ein, dass branchenimmanente Phänomene wie die Übertreibung auch ihn betroffen hätten: So würden etwa Buchverlage Neuerscheinungen frühzeitig als Bestseller ausrufen oder bei Printmedien in Bezug auf die Auflagenzahlen geschwindelt – ein Phänomen, das auch heute noch gegenwärtig sein soll. Zur aktuellen Politik meint Molden: „Offenbar haben wir die Phase der großen Korruption hinter uns.“ Die Politikergeneration sei „schwächer als früher, was ihre politische Kraft angeht, gleichzeitig aber nicht unintelligent. Ich finde, dass unser Land im europäischen Vergleich besser in Ordnung ist, als es in den meisten Zeiten seit 1918 jemals war.“ Allerdings herrsche für ihn in der Auseinandersetzung über die großen Zukunftsthemen für das Land zu viel Stille. Seinen Beitrag, dass dieses Land wieder frei und unabhängig wurde, hat er in seiner Jugend geleistet. „Im Krieg habe ich meine Aufgabe darin gesehen, den Widerstand aufzubauen. Ich habe den Krieg gewonnen. Nach der Befreiung habe ich mich zuerst nicht als Rächer und später nie als aktiver Politiker gesehen.“

Interview: Thomas Goiser

Festrede zum 120. Geburtstag von Julius Raab*

Karl Korinek

I.

Wer war denn dieser Julius Raab, der in schwierigster Zeit so vieles für Österreich geleistet hat, so viele unterschiedliche Probleme bewältigt hat, wie

- die Organisation des Wiederaufbaus zerbombter Städte, Verkehrswege und Industrieanlagen und der raschen Beseitigung unglaublicher Wohnungsnot,
- den Aufbau einer völlig daniederliegenden Wirtschaft und – gemeinsam mit Reinhard Kamitz – ihre Entfaltung zu einer blühenden sozialen Marktwirtschaft,
- die Beruhigung einer noch wenige Jahre zuvor gegeneinander stehenden Bevölkerung und – gemeinsam mit Leopold Figl – den Aufbau eines gemeinsamen Österreichgefühls,
- die Konstruktion eines umfassenden und reich gegliederten Systems der Interessenvertretung der gewerblichen Wirtschaft und den Aufbau einer weltweiten Außenhandelsorganisation,
- gemeinsam mit Johann Böhm und dann später mit Franz Olah den Aufbau einer funktionierenden Sozialpartnerschaft, die er vom Einfluss der Besatzungsmächte freihalten konnte,
- die letzten entscheidenden Weichenstellungen und die Führung der alles entscheidenden Verhandlungen um den österreichischen Staatsvertrag, der aus dem befreiten Österreich ein freies Österreich gemacht hat,
- die Bewältigung der Folgen des Aufstands der Ungarn und dessen Niederschlagung im Jahr 1956 mit den Konsequenzen

* Gehalten am 29.11.2011 im Reichsratssitzungssaal des Parlaments in Wien.

zen russischer Panzer an Österreichs Ostgrenze und einem Strom von 200.000 Flüchtlingen,

- die – gemeinsam mit Friedrich Hillegeist – erreichte Schaffung einer umfassenden Sozialversicherung,

um nur die wichtigsten Ergebnisse zu nennen?

Daneben darf man natürlich nicht andere Leistungen des Wiederaufbaus Österreichs vergessen, die mit anderen Namen verbunden sind: die Versorgung der Bevölkerung mit dem, was zum täglichen Leben notwendig war, ist von den Bauernorganisationen unter der Führung Leopold Figls erreicht worden; die Schaffung eines hohen Standards an innerer Sicherheit ist trotz der Versuche der Kommunisten, die Organisation von innen und außen zu destabilisieren, von Männern wie Oskar Helmer und in Wien Josef Holaubek bewirkt worden; der Aufbau eines funktionierenden Gesundheitswesens gelang in den Ländern und der für ein besetztes Land unerhört schwierige Aufbau eines Systems der Wahrung österreichischer Interessen im Ausland wurde raschest in Angriff genommen – und vieles andere.

Ich muss die Aufzählung abbrechen. Sie zeigte uns, dass in dieser Phase des Wiederaufbaus unserer Republik viele bedeutende Persönlichkeiten Großes geleistet haben, in besonderer Weise aber Julius Raab – und zwar sowohl für das Ganze (er hat die Führungsaufgabe schon gehabt und wahrgenommen, als er noch nicht Bundeskanzler war) als auch für wesentliche Bereiche den Wiederaufbau, die Wirtschafts- und Sozialpolitik und zunehmend auch die Außenpolitik.

Wie aber kann man dieses Phänomen Julius Raab erklären? Lassen Sie mich den Versuch machen, diese Persönlichkeit in vier Schritten nachzuzeichnen, indem ich

- die Grundlagen seiner Persönlichkeit,
- die Grundsätze seines politischen Handelns und

- die wesentlichen Aspekte seines politischen Agierens skizzieren will
- und schließlich versuchen möchte, menschliche Grundhaltungen zu nennen, die ihn geprägt haben.

Das alles soll um Objektivität bemüht sein; es wird mir aber nicht gelingen, völlig unbefangen zu sein. Meine Eltern waren mit dem Ehepaar Raab befreundet, ich hab' ihn als Bub schon gut gekannt und sehr geschätzt und er hat mich gemocht. Um transparent zu machen, dass ich aus einer großen persönlichen Zuneigung heraus spreche, habe ich heute diese Uhrkette genommen, die mir seine Witwe nach dem Begräbnis beim Traueressen beim Wegenstein geschenkt hat.

II.

1. Lassen Sie mich zunächst versuchen, die Grundlagen seiner Persönlichkeit herauszuarbeiten. Dabei möchte ich drei verschiedene Aspekte hervorheben:

- Zum Ersten seine Verankerung im christlichen Glauben, seine persönliche Religiosität. Er hat sie nie aufdringlich zur Schau gestellt, er ist natürlich am Sonntag zur Heiligen Messe gegangen, aber auch zwischendurch immer wieder „auf einen Sprung“ in die Kirche, um ein bissl innezuhalten, nachzudenken, zu bitten und zu danken. Ganz selbstverständlich und ohne das irgendwie in die Öffentlichkeit zu stellen. Ganz selbstverständlich hat er abends vor dem Einschlafen den Tag reflektiert und nachgedacht über das, was er getan hat oder hätte tun können.

Dieses Christsein war auch die Basis für seine politische Grundhaltung als Christlichsozialer. Seine Verbundenheit mit Leopold Kunschak und manch anderen Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung, sein großes Engagement für die Kolping-Bewegung spielten hier ebenso eine Rolle wie sein persönliches soziales Engagement – auch das, ohne es an die große Glocke zu hängen.

- Eine wichtige Grundlage für seine politische Tätigkeit war seine berufliche Basis als Gewerbetreibender. Er war überzeugter Baumeister. Als St. Pöltener Baumeister fühlte er sich sozusagen in der Tradition eines Jakob Prandtauer. „Wenn der Prandtauer für das Stift Melk einen Architekten braucht hätt', schauert das liab aus“.

Diese Basis als selbstständiger Unternehmer hat ihm eine Souveränität seines Handelns gegeben und natürlich auch eine große politische Unabhängigkeit. Vieles, was er politisch bewirkt hat, war ja in der damaligen Zeit sehr mutig. Er hat sich nie „abgesichert“; er brauchte das nicht, er konnte ja jederzeit in seinen Beruf zurückgehen.

- Lassen Sie mich noch einen Punkt nennen: Er war – was nicht allgemein bekannt ist – staatspolitisch und vor allem historisch hoch gebildet. Insbesondere seine Kenntnis der politischen Staatslehre der Griechen und Römer war beeindruckend. Mehrmals hat er mit mir während meiner Schulzeit, als er mitbekommen hatte, dass ich mich für Latein und Griechisch interessiere, etwa über Solon gesprochen, den er übrigens für staatspolitisch bedeutender hielt als den späteren Platon und dessen Schüler Aristoteles. Er hat mir als Erster erzählt, dass es Solon um die Eunomia gegangen ist – das ist der Name der Göttin, deren Werk die guten Gesetze sind – und dass das Wichtigste aller Staatsführung nach Solon „der billige Ausgleich zwischen Klassen und Gruppen“ ist. Das ist bemerkenswert, sehen wir darin doch die Basis für seine Politik der Zusammenarbeit und der Sozialpartnerschaft.

Das Motto „quidquid agis, prudenter agas, et respice finem“ habe ich zuerst von ihm gehört. Dieses Bemühen um den richtigen Ausgleich und das „was immer Du tust, tue es mit Überlegung und bedenke die Folgen“ haben sein politisches Handeln ganz stark geprägt. In Ruhe nachdenken und dann handeln. Und um den gerechten Ausgleich bemüht sein.

2. Wenn ich jetzt zum Zweiten versuche, die Grundsätze des politischen Handelns des Julius Raab herauszuarbeiten, so möchte ich auch hier drei Aspekte nennen:

- ➔ Zum Ersten den Blick fürs Wesentliche und die Sachorientierung seiner Politik. Es ging Raab immer zentral um die Inhalte. Es ging ihm um die Sache und nicht ums Drumherum. Er sah es als seine Aufgabe an, politische Inhalte zu gestalten. Die Verhandlungen um das ASVG, die für den Aufbau der umfassenden österreichischen Sozialversicherung ganz wichtig waren, hat er – um ein wichtiges Beispiel zu nennen – in den entscheidenden Phasen selbst geführt.

Im April 1955 hat er in Moskau nicht nur die Staatsvertragsverhandlungen, sondern auch die Verhandlungen über die Art und Höhe der Reparationszahlungen gegenüber der Sowjetunion selbst geführt. Das sollte ich vielleicht etwas ausführen: Raab verlangte in Moskau, die von den Russen geforderten Zahlungen in Warenlieferungen leisten zu können. Das hatte man sich vorher in der Wirtschaftskammer so überlegt. Und dieses Konzept war ganz entscheidend für den Wirtschaftsaufschwung der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre; denn alles, was an Reparationslieferungen an die Sowjetunion zu leisten war, wurde vorher in Österreich produziert und kurbelte so die österreichische Wirtschaft an.

Die Sowjets stimmten dem Vorschlag Raabs nach einigem Zögern zu. Die Details sollten von einer Unterkommission ausgehandelt werden. Molotow nannte den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenwirtschaftsminister Mikojan als Verhandlungsleiter für die Sowjets. Raab erklärte daraufhin, er werde die Unterdelegation Österreichs selbst führen.

- ➔ Die das gesamte politische Handeln Raabs dominierende Grundhaltung war der selbstverständliche Respekt vor dem politischen Gegner und dessen Überzeugungen und Anlie-

gen. Diese Grundeinstellung wurzelte in der während der Nazizeit entwickelten Überzeugung von der Wichtigkeit des Miteinanders¹; sie war auch entscheidende Voraussetzung für die vor allem von Johann Böhm und Julius Raab aufgebaute und gemeinsam gelebte Sozialpartnerschaft.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen ein G'schichterl vorlesen, das mir ein guter Freund erzählte, der damals ein ganz junger Referent in der Bundeskammer war. In einer sozialpolitischen Causa – welche es war, weiß ich nicht mehr – gab es Verhandlungen mit dem ÖGB. Raab akzeptierte darin relativ viele Abstriche von dem von der Bundeskammer vorgelegten und von meinem Freund ausgearbeiteten Konzept. Mein Freund war sehr enttäuscht, Raab muss das bemerkt haben, denn er ließ sich den jungen Mann am nächsten Tag in sein Büro kommen und versuchte ihm zu erklären, warum er nachgegeben habe. Und zu einem wesentlichen Punkt kommend, sagte er meinem Freund nur: „Des kannst ihnen net zumuten.“

Ich glaube, dass ein Gespür dafür, was dem anderen zumutbar ist, letztlich Voraussetzung für jede partnerschaftliche Politik ist. Es ging Raab immer um das Gemeinsame. Das politisch Trennende hinauszuschreien, ist keine Kunst. Aber das wieder zu reparieren, ist schwer.

- ➔ Den Stil des politischen Agierens von Raab möchte ich gerne so zusammenfassen: sich informieren – abwägen – handeln – darüber informieren und Rechenschaft geben und sich der politischen Verantwortung stellen. Und zwar in dieser Reihenfolge! Er hielt nichts vom Herumreden, aber die Auffassung ist völlig falsch, die ihn als Mann der einsamen Entschlüsse sieht.

¹ In der Zeit vor der nationalsozialistischen Diktatur hörte man von Raab mitunter auch scharfe Formulierungen, insbesondere gegen die Sozialdemokratie; auch bekannte er sich im Prinzip zum Korneuburger Programm der Heimwehr, obwohl Raab die Basis der Demokratie nicht verließ und auch – etwa gegenüber Starhemberg – verteidigte. Vgl. *Otto Brusatti/Gottfried Heindl, Julius Raab – Eine Biographie in Einzeldarstellungen*, o. J. (nach 1965), dort insb. die Beiträge von *Walter Wiltschegg* und *Michael Dippelreiter*.

Raab beriet sich immer vor der Entscheidung mit Menschen, von denen er im Allgemeinen viel hielt, oder mit Menschen, denen er im konkreten Sachbereich Kompetenz zutraute. Und natürlich mit seinen Mitarbeitern in der Bundeskammer und im Kanzleramt. Aber wenn es zur Entscheidung gekommen war, war sie rasch umzusetzen.

3. Wenn ich jetzt auf die wichtigsten Aspekte seines politischen Agierens zu sprechen komme, muss ich vorerst sagen, dass Raab sozusagen eine geborene Führungspersönlichkeit war. Wenn er irgendwo dabei war, war er der Chef. Erlauben Sie mir, einen Solon'schen Text zu zitieren, bei dessen Lektüre ich immer an Raab denken muss. Solon beschrieb in einem Gedicht seine Leitlinie politischer Führung:

„Ich hielt des Staates Zügel.
Stand ein anderer Mann kurzsichtigen Blicks,
nur seinen Vorteil suchend da, wo ich gestanden,
nimmermehr hätt' der das Volk zu führen vermocht.“²

Bei Verhandlungen erfasste er Situationen blitzschnell und analysierte sie exakt; er konnte wie ein Schachspieler in Alternativen weiterdenken, aber eben sehr rasch. Bei der Vorbereitung von Entscheidungen verlangte er Prägnanz und sachliche Präzision. In einigen Bereichen, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, später auch in der Außenpolitik war er selbst hervorragend informiert, in anderen stützte er sich auf Fachgespräche und Expertisen – nicht von Politikberatern oder Kabinetten, sondern von sachlich informierten zuständigen Mitarbeitern. Um Sachlichkeit und Seriosität ging es ihm dabei; Oberflächlichkeit war ihm ein Gräuel und weitschweifende Erläuterungen lehnte er ab; das war übrigens auch im Privaten so.

Zu all dem kam ein unglaubliches politisches Gespür, eine hohe – wie man heute sagen würde – emotionale Intelligenz. Ich habe selten einen Menschen erlebt, der inhaltliche Souveränität, tak-

² Zitiert unter Verwendung der bei *Alfred Verdross-Droßberg*, *Antike Rechts- und Staatsphilosophie*, S. 23, wiedergegebenen, auf Wentzel zurückgehenden Formulierung.

tische Meisterschaft und politisches Gespür in dieser Weise verbunden hat.

Raab hatte die Gabe, die Zeichen der Zeit zu verstehen. Er hat erfasst, dass es für bestimmte politische Entscheidungen geeignete und ungeeignete Zeitpunkte gibt – auch das eine Gabe des politischen Gespürs.

Am wichtigsten für Österreich war dabei wohl, dass er das Zeitfenster erkannt und genutzt hat, das den Abschluss des Staatsvertrags ermöglicht hat. Ich darf dazu eine persönliche Erinnerung an den Weihnachtsbesuch erzählen, den meine Eltern mit mir bei Raab zum Jahreswechsel 1954/55 gemacht haben. Wir besprachen gerade das Scheitern der Berliner Staatsvertragsverhandlungen im Jahr 1954, das Leopold Figl und mit ihm viele Österreicherinnen und Österreicher zutiefst enttäuscht hatte. Ich selbst war schon als junger Mensch politisch interessiert und durch viele Gespräche mit meinen Eltern wohl auch entsprechend informiert. Jedenfalls war auch ich über das Scheitern dieser Staatsvertragsverhandlungen sehr traurig und sagte damals – für damalige Verhältnisse vielleicht etwas vorlaut für einen Vierzehnjährigen –, dass ich glaubte, eine solche Chance würde lange nicht mehr kommen. Raab meinte dazu – ich erinnere mich, als ob es gestern gewesen wäre: „Wirst sehen, Karli, in einem Jahr haben wir den Staatsvertrag und die Russen sind weg.“

Ein gutes Jahr später wäre das alles nicht mehr gelungen; erinnern Sie sich: im Oktober 1956 kam es zum Ungarn-Aufstand; da wäre so eine Vereinbarung nicht mehr möglich gewesen, und dann eskalierte der Kalte Krieg.

In der Entscheidungsfindung war Raab freilich – um noch einen weiteren Aspekt zu nennen – autoritär. Wenn er von etwas wirklich überzeugt war und es ihm sehr wichtig erschien, wollte er es unbedingt realisieren. Da entwickelte er eine ganze Palette von Strategien. Sie sind heute geradezu zu Legenden überhöht; mitunter wird da schon übertrieben.

Aber viele Dinge gab es wirklich: von „Nein, des musst Du Dir noch einmal überlegen – und was gibt's sonst noch?“ über ein eine Diskussion beendendes „I glaub net“ oder „I bin dagegen“ und den nahtlosen Übergang zu einem ganz anderen Thema reichte sein Repertoire.

Berühmt wurde folgende Situation: Im Herbst 1955 kam es zu einem Konflikt mit dem Koalitionspartner und die Mehrheit der Politiker in der ÖVP wollte die Gelegenheit benützen, Neuwahlen zu provozieren. Man erwartete einen deutlichen politischen Erfolg, aufgrund der Popularität Raabs und Figls nach dem Erreichen des Staatsvertrages wohl zu Recht. Raab aber war aus staatspolitischen Gründen scharf dagegen. Er meinte, man müsse sich gerade jetzt auf die Arbeit konzentrieren, müsse der Welt zeigen, dass in diesem Land sachlich gearbeitet werde und sollte nicht knapp nach Erreichen der Freiheit und Souveränität einen Wahlkampf führen. In der entscheidenden Sitzung war eine deutliche Mehrheit für die Neuwahlentscheidung zu spüren. Dann Raab: „Die Rednerliste ist erschöpft; die Sitzung ist geschlossen“. Eine Abstimmung vermied Raab, denn er hätte sie – wie er nachher Freunden gegenüber ganz offen sagte – verloren.

4. Hinter all dem stand ein einfacher, bescheidener Mensch, ein sympathischer Kleinbürger, den Ehrlichkeit, aber auch ein einfacher Lebensstil auszeichnete. Gerd Bacher hat über Männer wie Raab, Figl, Helmer und Böhm einmal gesagt: „Sie waren schlechte Redner, sie lasen wenig Bücher, tranken immer den selben Wein und aßen die gleichen drei Gerichte – aber sie haben das Vaterland gerettet.“

Raab war ein Mensch ohne jede Überheblichkeit, den Achtung und Respekt vor anderen Menschen, auch vor politischen Gegnern und vor Mitarbeitern auszeichnete, und zu dem man Vertrauen haben konnte. Vielleicht war das mit ein Geheimnis seines politischen Erfolgs.

III.

Ich werde immer wieder gefragt, ob wir von dieser genialen Führungspersönlichkeit auch für die Bewältigung unserer heutigen Probleme etwas lernen können.

Meine Damen und Herren!

Die politischen Probleme, die heute zu lösen sind, sind andere. Und sie sind in einem anderen Umfeld zu bewältigen. Aber wir benötigen so wie damals

- starke Persönlichkeiten, die Kraft ausstrahlen, unabhängig sind und zu denen man Vertrauen haben kann;
- Persönlichkeiten, die berechenbar sind, gradlinig, ehrlich,
- die sich vor Entscheidungen informieren, die abwägen, die handeln und dann darüber Rechenschaft geben und die sich der politischen Verantwortung stellen,
- und die sich vor ihrem Gewissen Rechenschaft geben, und nicht vor Meinungsumfragen oder oberflächlicher medialer Beurteilung.

Diese Eigenschaften haben Julius Raab geprägt. Und solche Eigenschaften passen in jede Zeit.

Literatur

Korinek, K. (1992):

Von der Selbstverständlichkeit des Glaubens.

In: Christliche Demokratie H. 3, S. 303 ff.

Wien: Karl von Vogelsang-Institut

Korinek, K. (2005):

Der Onkel Julius oder: Der Wiederaufbau Österreichs in Anekdoten.

Wien: Manz

Verdroß-Droßberg, A. (1946):

Grundlinien der antiken Rechts- und Staatsphilosophie.

Wien: Manz



Autorenporträts & Interviewpartner

Rudolf Bretschneider

Prof. Dr. Rudolf Bretschneider (geb. 1944) ist Gesellschafter der GfK Austria GmbH. Nach dem Studium der Psychologie, Germanistik und Leibesübungen in Wien begann er seine berufliche Laufbahn 1965 im damaligen FESSEL-Institut. Vom 1973 bis 2007 war er als dessen Geschäftsführer tätig. Seit Beginn 2008 steht er dem GfK als Konsulent zur Verfügung. Seit 1970 ist er darüber hinaus auch als Lehrbeauftragter des Institutes für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien tätig. Seit 1998 ist er Vorstandsmitglied des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM).

Thomas Goiser

DI (FH) Mag. Thomas Goiser MA ist beim Risikomanagement-Beratungsunternehmen Risk Experts tätig und außerdem als selbstständiger Kommunikationsberater. Nach Studien der Rechtswissenschaften, MultiMediaArt, Public Relations und Risiko- und Sicherheitsmanagement beschäftigt er sich mit der Verknüpfung von interner und externer Kommunikation sowie Möglichkeiten zur Steigerung der Resilienz von Organisationen durch bessere Unternehmenskultur, technische Sicherheitsmaßnahmen und der Ausrichtung auf nachhaltige Entwicklung.

Harald Katzmair

Dr. Harald Katzmair ist Gründer, Geschäftsführer und wissenschaftlicher Leiter von FAS.research, einem international tätigen Forschungs- und Beratungsunternehmen in den Bereichen Netzwerkanalyse, Komplexitätstheorie und Resilienzforschung. Harald Katzmair, geboren 1969, hat Soziologie und Philosophie studiert und ist Lektor und Gastvortragender an verschiedenen

Universitäten und Buchautor. Seit mehr als 15 Jahren entwickeln Harald Katzmaier und sein Team aus Wissenschaftlern und Beratern Tools und Strategien für Entscheidungsträger in einer zunehmend komplexen und unter Wettbewerbsdruck stehenden Welt.

Karlheinz Kopf

Der Vorarlberger Karlheinz Kopf ist Obmann des Parlamentsklubs der Österreichischen Volkspartei. Der ursprüngliche Personalchef der Vorarlberger Traditionsunternehmen Huber Tricot und Wolford wurde 1994 erstmals in den Nationalrat gewählt. Von 2000 bis 2008 bekleidete er die Funktion des Generalsekretärs des Österreichischen Wirtschaftsbundes. 2008 wurde er zum Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs gewählt.

Karl Korinek

Univ. Prof. Dr. Karl Korinek lehrt seit 1970 Öffentliches Recht an verschiedenen österreichischen Universitäten und verfasste rund 300 rechtswissenschaftliche Untersuchungen, darunter mehrere selbständige Publikationen vor allem zu Fragen des Verfassungsrechts und des Wirtschaftsrechts. Er war 1978 bis 2008 Mitglied, seit 2003 Präsident des Österreichischen Verfassungsgerichtshofes. Er bekleidete verschiedene Funktionen in der Wirtschaft, insbesondere in der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft und im Finanzdienstleistungsbereich und war lange Jahre Präsident des Österreichischen Normungsinstituts. Seit seiner frühen Jugend ist er politisch engagiert und war mit Julius Raab und anderen Persönlichkeiten der österreichischen Politik der Nachkriegszeit persönlich bekannt. In den letzten Jahren widmet er sich vornehmlich kulturwissenschaftlichen Anliegen. Auch in diesem Bereich verfasste er mehrere Publikationen.

Herbert Krejci

Prof. Herbert Krejci wurde 1922 in Wien geboren. Ab 1946 arbeitete er für den amerikanischen Nachrichtendienst, dann als außenpolitischer Redakteur, später Ressortleiter des „Wiener Kurier“ und an der Botschaft der USA in Wien. 1956 begann seine Kar-

riere in der Industriellenvereinigung (IV), ab 1961 leitete er dort die Presseabteilung und war Chefredakteur der Zeitschrift „Industrie“, von 1980 bis 1992 war er Generalsekretär der IV. Heute ist Krejci Ehrenpräsident und Vorstandsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik. 2001 erhielt er den Concordia-Preis für sein journalistisches Lebenswerk.

Christoph Leitl

Dr. Christoph Leitl ist seit 1999 Präsident des Österreichischen Wirtschaftsbundes und seit 2000 Präsident der Wirtschaftskammer Österreich. Er absolvierte das Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und war von 1977 bis 1990 in der Geschäftsleitung und als Gesellschafter des familiären Unternehmens Bauhütte Leitl-Werke tätig. Von 1990 bis 2000 war er Mitglied der oberösterreichischen Landesregierung mit den Agenden Wirtschaft, Tourismus, Technologie, Energie, Fachhochschulen, Raumordnung und Europa, von 1995 bis 2000 überdies Landeshauptmann-Stellvertreter mit dem zusätzlichen Ressort Finanzen. Neben seiner Funktion in der WKÖ ist Leitl Ehrenvorsitzender der Europäischen Wirtschaftskammern Eurochambres und der Global Chamber Platform.

Harald Mahrer

Dr. Harald Mahrer ist Präsident der Julius Raab Stiftung. Der Unternehmer und politische Visionär studierte Betriebswirtschaft und promovierte an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er zählt zu den führenden Kommunikations- und Politikstrategen Mitteleuropas, forscht aktiv im Bereich Erneuerung der Demokratie und ist Autor zahlreicher Publikationen im Themenfeld Politik- und Demokratieentwicklung. Mahrer gründete den Thinktank demokratie.morgen und das METIS Institut für ökonomische und politische Forschung.

Fritz Molden

Fritz Molden wurde 1924 als Sohn des Journalisten Ernst Molden und der Schriftstellerin Paula von Preradović geboren. Nach prägenden Jahren im Widerstand machte er Karriere als Journalist,

Herausgeber, Diplomat und Verleger und engagierte sich in der Südtirol-Frage. Für seine Verdienste wurde er unter anderem mit der Presidential Medal of Freedom der USA und dem Großen Befreiungsehrenzeichen Österreichs ausgezeichnet. Heute ist er in vierter Ehe mit der Journalistin und Autorin Dr. Hanna Molden verheiratet und Vater von fünf Kindern. Er hat 14 Enkelkinder und bereits etliche Urenkel.

Heinrich Schaller

Dr. Heinrich Schaller ist Generaldirektor der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich. Zuvor war er Vorstand der Wiener Börse und bis 2006 Vorstandsmitglied der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich. Der gebürtige Linzer und Vater von vier Kindern ist promovierter Jurist.

Markus Schindler

Mag. Markus Schindler ist Unternehmensberater und studierte Kommunikationswissenschaften, Geschichte und Politikwissenschaften an der Universität Wien. Der Kommunikationsstrategie und Unternehmer war mehr als zehn Jahre Geschäftsführender Gesellschafter Österreichs größter PR-Agentur Publico und ist Gründer und Geschäftsführender Gesellschafter der cumclave Unternehmensberatung. In seiner rund 20-jährigen Consulting-Laufbahn beriet Schindler eine Reihe von Vorständen nationaler wie internationaler Unternehmen, die Österreichische Bundesregierung und ausgewählte nationale und europäische Institutionen. Schindler ist Mitbegründer von respekt.net, einer Plattform zur Förderung der Zivilgesellschaft, und lebt in Wien und Brüssel.

Norbert Schnedl

Dr. Norbert Schnedl ist Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und Bundesvorsitzender der Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im ÖGB.

Michael Spindelegger

Dr. Michael Spindelegger ist Vizekanzler und Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten der Republik

Österreich und seit dem 20. Mai 2011 Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei. Er studierte Rechtswissenschaften und promovierte 1983 an der Universität Wien. Vor seiner Laufbahn als Politiker war der ÖVP-Bundesparteiobmann unter anderem an der Universität Wien und in der Privatwirtschaft tätig. Michael Spindelegger ist verheiratet und hat zwei Söhne.

Thomas Uher

Dr. Thomas Uher, verheiratet, Vater von zwei Töchtern, lebt in Wien. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien hatte er Führungspositionen bei der Creditanstalt und der Österreichische Bundesforste AG inne. Seit Juli 2007 ist er Mitglied des Vorstands, seit Juli 2010 Sprecher des Vorstandes der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG.

Eva Weissenberger

Eva Weissenberger ist Chefredakteurin der Kleinen Zeitung Kärnten. Sie unterrichtet journalistisches Schreiben an der FH Wien und beim Kuratorium für Journalistenausbildung in Salzburg. Zuletzt war Eva Weissenberger Innenpolitik-Redakteurin und stellvertretende Leiterin des Wiener Büros der Kleinen Zeitung. Frühere Stationen: Reporterin und Außenmoderatorin beim ORF-Fernsehen; Kolumnistin im Feuilleton der Presse; Politik- und Medienredakteurin bei der Wochenzeitung Falter. 2004 nahm Weissenberger an einem Journalisten-Programm an der Duke University in North Carolina, USA, teil. 2009 besuchte sie mit dem Alfred-Geiringer-Stipendium der APA das Fellowship-Programm des Reuters Institute for the Study of Journalism an der Universität Oxford, GB. 2008 veröffentlichte sie im Verlag Ueberreuter die Biografie „Trotzdem. Die Oscar-Bronner-Story“. 2002 wurde Weissenberger mit der „Spitzen Feder“ für frauenpolitischen Journalismus, 2009 mit dem Kurt-Vorhofer-Preis für innenpolitischen Journalismus ausgezeichnet. 2012 erhielt sie den Leopold-Kunschak-Preis. Eva Weissenberger ist die Vorsitzende von „IQ – Initiative für Qualität im Journalismus“.



Dr. Harald Mahrer

Österreich braucht eine neue Kultur der Ehrlichkeit. Und das nicht nur aus ethischen, sondern auch aus rein pragmatischen Gründen: Mehr Ehrlichkeit in der Politik ist ganz wesentlich, um die Problemlösungsfähigkeit der Politik zu erhöhen. Denn Ehrlichkeit in der Politik heißt, dass Probleme rechtzeitig thematisiert werden – dann, wenn ihre Lösung meist auch finanziell noch vergleichsweise günstig kommt. Eine ehrlichere politische Kultur reduziert auch den Verdruss und das Desinteresse gegenüber der Politik, die sich in immer mehr Bevölkerungsschichten ausbreiten. Ehrlichkeit macht Politik berechenbar und ist Grundlage für eine neue politische Beteiligungskultur.